

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Wirtschaftsrevue. 1950-1951 1950

40 (4.10.1950)



Die aktuelle Reportage auf Seite 8 dieser Ausgabe ist der Firma Osram gewidmet. Wir besuchten das Werk Herbrechtingen. Das Bild hier zeigt die architektonisch gezielte Wirkung der Leuchtöhren im Ausstellungsraum des BSW-Werkzeugsfabrikanten in KÖln. Der Raum ist mit 25 Osram-Leuchtstofflampen HGO 120 ausgeleuchtet.

Der Nimbus der Marktwirtschaft

Der Bundeswirtschaftsminister hat über das Wochenende in Berlin erklärt, es werde in Deutschland keine Planwirtschaft geben, aber gewisse lenkende Maßnahmen, wenn sie nötig wären. Er gedenke dabei den Teufel mit dem Namen auszutreiben. Wir antworten, daß Herr Erhard sich auch mit dem Teufel verbünden würde, um seine Marktwirtschaft zu bewahren. Zweifelslos ist es diese freie Marktwirtschaft, die wir mit allem Mitteln zu erhalten, Erhard ist konservativ. Er hat auf der einen Seite die Kreditrestriktion durchgesetzt. Er hat aber gleichzeitig auf der anderen Seite die Liberalisierung der Einfuhr für Leder angeordnet. Die Schuhindustrie hatte den Antrag gestellt und Erhard gab dem Antrag statt. Das mußte er, daß Schuhe und Lederwaren, das europäische Preisniveau nicht übersteigen werden. Es kommt noch hinzu, daß seit dem 14. September sowohl Fertigerzeugnisse aus Leder und wahrscheinlich auch bald das Halbfabrikat Leder auf der deutschen Freiliste stehen. Die Häute- und Lederpreise in Deutschland haben prompt starkes Tempo gezeigt.

Leder ist ein hochspekulatives Artikel. Von der Haut im Moment der Schlachtung bis zum fertigen „Tropfen“ vergehen viele Monate. Was der Markt macht, während das werdende Leder in den Gruben der Gerberhöfen liegt, läßt sich in der stürmischen Zeit, in der wir leben, schwer berechnen. Noch Anfang dieses Jahres hatten die Gerberinnen meiste Bestände, die schwer absetzbar schienen. Inzwischen sind diese Bestände so gut wie geräumt. Wenn die Gerberinnen den Markt haben, so den meisten Hauptpreisen einzukaufen, um nach 6 Monaten, wenn das Leder fertig ist, festzustellen, daß ausländisches Leder liberal zu einem wesentlich günstigeren Preis heranzukommen, als sie nur die Häute eingekauft haben? Herr Erhard hat gesagt, er würde dafür sorgen, daß jeder Spekulant sich die Finger verbrennen. Das klingt sehr schön, es gelingt aber nicht immer. Viel schlimmer aber ist es, wenn nicht mehr spekuliert wird. Wir haben das z. B. bei der Konservendose erlebt, die nach den großen Nachschüben im vorigen Jahr bei der Osterwoche dieses Jahres eine mehr als übertriebene Zurückhaltung im Einkauf zeigte. Ein Konservenfabrikant sagte uns, es ist immer noch rentabler, nichts zu verkaufen, als soviel zu verkaufen wie im vorigen Jahr.

Es geht also um mehr. Es gibt wohl Spekulationen nach oben und wir sind heute gewöhnt, diese Seite des Begriffs — aus vielen schiefen Erfahrungen — übersehen zu lassen. Erhard hat die freie Marktwirtschaft, das Reklamieren à la baisse zu bremsen und es ist vor allem sehr wichtig, überhöhten Gedanken an eine Spekulation im üblichen Sinne aufzukommen zu lassen. Ein guter Wirtschaftsminister, der für die freie Marktwirtschaft eintritt, muß mit allen Mitteln darauf bedacht sein, für so viel Warenangebot zu sorgen, daß für einen guten, tüchtigen und soliden Kaufmann nur die übliche Risikoprämie entfällt. Das ist Herr Erhard zweifellos nicht gelungen. Er korrigiert jetzt sehr geschickt und, wenn nicht alle Zeichen trügen, wird das Korrigieren einmündigen von Erfolg gekrönt sein.

Dass Herr Erhard seine Marktwirtschaft nicht leicht gemacht wird, will jeder. Er mühte nach Paris fahren, weil die deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen zu Stocken geraten waren, er mußte tunen, wie die Interessentengruppen am 30. September abließ, ohne erneuert werden zu können, weil die Erneuerung von der Auflösung der Stromperren in Berlin durch die Sowjets abhängig gemacht wird und er muß schließlich, aus seiner wachen Kenntnis der kommenden wirtschaftlichen Entwicklung den für ihn sicher sehr schweren Satz von sich geben, daß lenkende Maßnahmen, wenn nötig, in Aussicht stehen. Dabei hat er sicher an die marktlichen Exportaufwendungen gedacht, die uns durch die Verteilung Westeuropas entstehen werden.

Er wird aber auch noch andere Sorgen bekommen. Zwar steigt der deutsche Export, aber er steigt erstaunlich gut und schnell, aber die Liberalisierung der Einfuhr hat in den letzten Wochen zu erheblichen Klammern geführt. Wir sind so, daß die anderen Länder alles liefern, was wir brauchen, was und wie wir langsam mit unseren Lieferungen, die meist eine längere Produktionszeit erfordern, nachkommen, was unsere Devisenbilanz ins Wanken brachte. Jetzt ist es umgekehrt. Wir liefern Fertigfabrikate wie verarbeitete und die Rohstoffländer halten ihre Rohstoffe zurück — und damit gefährden wir unsere Rohstoffversorgung. Bis zur Korea-Krise hat die liberalisierte Einfuhr auf sehr vielen Gebieten der Wirtschaft eine Korrektur der deutschen Preise nach unten mit sich gebracht. Die Gerberei, die Korea mit sich brachte, ließ die Häutepreise international steigen, ließ die Häutepreise steigen und brachte (wenn auch nicht nur aus diesem Grunde) die Gewerkschaften auf den Plan. Für Korea kann Herr Erhard wirklich nichts, und

er hat sehr geschickt gegen diese Wellen gesteuert. Die Schwankungen des deutschen Schiffs liefen gering und niemand wurde nekrotisch (die Zahl der Konkurse und Vergleichsverfahren ging sogar zurück).

Es zeigt sich aber an diesen Beispielen und dieser Entwicklung, daß es für ein Land ohne Kapital und Rohstoffreserven, mit sehr hoher Bevölkerungszahl und großer Arbeitslosenrate außerordentlich schwer ist, in dieser Zeit der politischen Spannungen, die plötzlich große wirtschaftliche Umwälzungen mit sich bringen können, eine freie Marktwirtschaft durchzuführen. Das ist das eine Moment. Das andere liegt in der Natur einiger Produkte, die man nicht allein unter dem ökonomischen Gesichtspunkt betrachten kann, obwohl sie in den Markt eingeführt sind. Manche Länder muß sich gefasst haben, daß das Obst so billig war, wie die Häute des Baares kam, er erhöhte die Schutzpreise — und nicht unerheblich. Die Landwirtschaft und die Forstwirtschaft kann man nicht nur unter dem Gesichtspunkt der freien Wirtschaft betrachten. Man würde diesen beiden Wirtschaftszweigen, jedenfalls in Deutschland, Gewalt antun. Nicht einmal die USA, wo es nur wenig Baares, aber um so mehr Getreidefabriken gibt, lassen die Farmer schutzen, sondern geben ihnen garantierte Preise.

In diesen Tagen hat der deutsche Forstwirtschaftler auf dem Schaustand eine Tagung abgehalten, auf der die Forstwirtschaft freie Preise für Holz forderte. Infolge der so viele Jahre andauernden ungenügenden Preise für das Holz ist der eigentliche Wert des Rohstoffes Holz in der Industrie nicht mehr zu ermitteln. In der Kalkulation eingepreist. Es ist nun sehr interessant, daß gleichzeitig mit dieser Forderung auch der Ruf nach einem Zölldruck für bestimmte Holzarten laut wurde. Für liberale Ohren klingt dies natürlich unangenehm. Man kann nicht auf der einen Seite freie Preise verlangen und diese dann durch eine Zollmauer auch noch schützen lassen. Und doch ist dies ein besonderer Fall. Die Kalkulation, die uns insbesondere in der französischen Zone durch die Besatzungsbehörden beachtet werden müssen, wieder aufgefressen werden, um das Klima nicht zu beeinträchtigen. Es sind immerhin 400.000 Hektar. Auch jetzt noch wird mehr als der Normalertrag geschlagen. Erst 1933 werden wir auf den normalen Satz kommen. Es sind auch noch andere pflegerische Aufgaben von der Forstwirtschaft durchzuführen. Also man kann das Holz nicht mit einer Maschine oder der Kelle vergleichen.

Vielleicht hat das Bundeserziehungsministerium auch bisher geschaut, in diese Dinge einzugreifen. Herr Niklas ist ja bekanntlich keineswegs so liberal wie Herr Erhard, und wir haben schon mehrfach an dieser Stelle im Interesse der deutschen Wirtschaft darum gebeten, daß die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung einseitiger gestaltet würde. Es würde dabei gar nichts schaden, wenn man ausdrücklich Landwirtschaft und Forstwirtschaft als für begrenzte Zeit, schutzbedürftig erklären würde. Entschädigt ist man, das man weiß, wohin der Weg geht. Das ist auch der Grundgedanke, der uns hier in diesem Aufsatz beschäftigt. Solange wir eine Wirtschaftspolitik brauchen, muß der wirtschaftliche Mensch damit rechnen können, daß diese Wirtschaftspolitik konsequent durchgeführt wird. Mancher Vertrauen hat sich Erhard durch die letzten Maßnahmen geschaffen, aber es bleibt noch viel zu tun.

Dazu gehört, daß Herr Erhard sich auch mit seinen anderen Ministerkollegen, nämlich Herrn Schäfer, einmal über die Steuerpolitik ausspricht. Daß der Staat mit seiner Steuerpolitik wesentlich preistreibend wirkt als der größte Spekulant, hat sich inzwischen herumgesprochen. Es mußte daher beantragt werden, daß gelegentlich Maßnahmen in die Presse gelangen, die Umwälzungen zu erhöhen. Der moderne Staat hat sich langsam daran gewöhnt, der größte Anteilnehmer und größte Dividendenbesitzer der Wirtschaft zu sein. Von den Körperschaften nimmt er zunächst mal sofort die Hälfte des Reingewinns. Beim Einzelhandel hat sich herausgestellt, daß er nach Abzug aller Unkosten etwa noch 2% vom Umsatz erhält, wenn der Einzelhändler sein Leben fristen darf. Der Staat nimmt 2% Umsatzsteuer und vom Einzelhändler noch einmal Einkommensteuer und Gewerbesteuer usw. Auch hier ist also praktisch der Staat zur Hälfte am Gewinn beteiligt. Das ist ein unerträglicher Zustand. Es ist mit Recht gefordert worden, die Verbrauchsteuern zu senken. Bei Kaffee, Tee und Spirituosen gibt es verschiedene Meinungen, aber warum immer noch auf Zucker, auf Zigaretten und auf Glühlampen Steuern erhoben werden, ist mir schwer zu verstehen. Über die Zigarettensteuer wird z. Zt. verhandelt. Wir wollen nicht hoffen, daß wir man hier, der Einzelhandel dabei schlechter abkommt als die Industrie. Sicher ist, daß billigere Zigarettenarten auf den Markt kom-

Die Entwicklung in Korea hat eine Beruhigung in der internationalen Wirtschaft gebracht. Auf dem internationalen Warenmarkt sind große Ende voriger Woche die Preise durchwegs — und zum Teil erheblich — zurückgegangen. Auch die deutschen Börsen zeigten am Montag dieser Woche eine kräftige Belebung, worauf wir noch kommen. Wir wollen jedoch vorschlaglich in weiteren Prognosen sein. Wir wissen heute noch nicht, welche tatsächliche Reaktion die Übersetzung des 21. Breitengrades bringen wird. Es scheint nicht so, als ob Sowjetrußland sich engagieren wird, aber man kann nicht wissen.

Gegen Ende der vorigen Woche färbte der politische Optimismus auch auf die internationalen Effektenbörsen ab. Es fiel bei den Warenmärkten in den USA auf, daß gegen Ende der Woche die Käufe der US-Regierung in Metallen für ihre strategische Reserve plötzlich aufhörten, wodurch in New York die Preise einiger Metalle um 2 Cent zu fi. und in London um 8 Schilling zu fi. heruntergingen.

Weiter Ausweitung in den USA?

Es wird natürlich viel darüber gesprochen, ob die Erhöhung der strategischen Reserve fortgesetzt wird und ob auch finanziell der jetzt eingeschlagene Kurs in USA eingehalten wird. Die Meinungen gehen auseinander. Wir zeigen zu der Ansicht, daß sich in der einschlägigen Linie Trumans nichts ändern wird. Was bedeutet das? Das US-Handelsministerium hat festgestellt, daß im 1. Quartal 1950 etwa 100 Mill. Dollar in Form von Hilfsleistungen, Krediten usw. an Länder außerhalb der USA geflossen seien, aber das Außenhandelsdefizit dieser Länder gegenüber den USA unter 200 Mill. Dollar lag. Dadurch wird sich also der Gold- und Dollarbestand dieser

Länder um rund 600 Mill. Dollar erhöht haben, wovon 200 Mill. Dollar auf das Sterlinggebiet, 200 Mill. Dollar auf die europäischen Marshall-Länder und 40 Mill. Dollar auf Japan entfallen. Dazu kamen bei diesen Ländern Einzahlungen aus dem Touristenverkehr in Rekordhöhe. Trotz dieser günstigen Entwicklung müßte das gleiche noch zwei Jahre fortgesetzt werden, bis die Gold- und Dollar-Reserven dieser Länder wieder die Höhe erreichen, die sie 1945 aufgewiesen haben.

Es ist immer wieder diese zwei Jahre, die über Europa noch hängen und die sich automatisch verlängern müssen, wenn die Rohstoffpreise nicht sinken oder tendenziell wenn zusätzliche Rüstungsleistungen von Europa verlangt werden.

Trotz dieses Gold- und Dollarverlustes der USA haben sich die inflationistischen Tendenzen in den USA nicht abgeschwächt. In zahlreichen Industriezweigen in den USA sind bedeutende Lohnveränderungen erfolgt (Automobil-, Elektro- und Stahlindustrie). Die Verdienstmehrer der Clearing-Banken in 23 Großstädten liegen um 22% über denen des letzten Jahres und haben den höchsten Stand seit 1929 erreicht. Der Umfang der Wirtschaftskredite hat sich erheblich erhöht. Der Kreditbedarf zeigt eine ununterbrochene Steigerung. Auch die Zinsverhöhung hat diese Entwicklung nicht gebremst. Die Kautschukumsätze sind im Ausland wieder um 17% gegenüber dem Juli gestiegen (wir erwähnen dies oben, weil man in Deutschland trotz einer ähnlichen Entwicklung des Kreditwachstums nicht etwas zu reduzieren, um damit vielleicht ihre Sicherheit und die Westeuropas zu gefährden).

Glashüttenleute zwischen Westerwald und Taunus

Flüchtlinge aus dem Sudetenland

Zwischen Westerwald und Taunus eingebettet ist das hübsche Tal der Lahn und umgibt von dem jäh aufragenden Fels, auf dem sich die gedrungene Silhouette des Lämberger Deutsches, von Abendsmatten abseht, liegt das lebendige Landschaftsbild Limburg. Seit alters her ist es Kreuzungspunkt der Straßen von Weimar nach Koblenz, von Köln nach Frankfurt und hinüber nach Wiesbaden, Straßen der Kaufmannschaft, die ihr Waren zu den Märkten in Köln und in Frankfurt brachten. Trotzdem hat sich — bei der Jahrhundertwende hinweg — die gleichbleibende Zahl der Einwohner erhalten — sie dem städtischen Charakter des Städtchens wenig geändert. Erst die der geschichtlichen Völkerwanderung gleichstehende, in stürmischer Weise übertriebene Bevölkerungsbewegung der neuesten Zeit — der Zeit nach 1945 — hat in diese ruhige und unberührt gebliebene Landschaft plötzlich Menschen aus weit entlegenen Gegenden hineingeworfen. Menschen, deren unbeschreiblicher Not, aber auch deren unerhörten Selbstbehauptungswillen und der daraus resultierenden Initiative, es gelungen ist, allen Widerständen zum Trotz — und sie waren nicht gering — hier buchstäblich aus dem Nichts — auf einer Schutthalde — Betriebe ins Leben zu rufen, die sich bereits nach 1- bis 2-jähriger Anlaufzeit sehen lassen können. Es handelt sich um die Glashüttenwerke Limburg GmbH, einem reinen Flüchtlingsbetrieb, gegründet im Jahre 1947.

Es ist nicht ganz von ungefähr, daß gerade die Senke zwischen Westerwald und Taunus von den aus dem Sudetenland eingewanderten Flüchtlingen aus der weltberühmten Glas- und keramischen Industrie Nordböhmens als neuer Standort gewählt worden ist. Industrien pflegt man gewöhnlich dort ansiedeln, wo die Bodenbeschäfte die gegebenen Voraussetzungen sind, oder wo die günstige Verkehrsverhältnisse des Platzes bestimmend ist für die Wahl — in Limburg führt außerdem die Linie der Reichsbahn vorbei und überschreitet in einer kleinen 30 m hohen Brücke im Kriege zerstört, jetzt in lachselnder Rekonstruktion wieder hergestellt das tief eingeschnittene Tal der Lahn. Diese Verbindung erleichtert nicht nur den Antransport der im Westerwald lebenden reichen Kalk-, Ton- und Kolin-Vorkommen, sondern auch die heute vielfach mit Lastkraftwagen erfolgende Abfuhr der Fertigerzeugnisse. Braunkohlen können verhältnismäßig frachttüchtig aus dem nur 110 km entfernten Kölner Braunkohlen-Berier bezogen werden.

mes werden und wahrscheinlich wird sich durch die Steuererhöhung für Zigaretten.

Es kann nur sein, daß Herr Erhard noch wesentlich zu steigern, sondern die Sparsamkeit anzulegen, aber wir glauben das nicht. Es hat sich bisher gezeigt, daß in Zeiten sinkender Preise viel eher gespart wird, als in Zeiten steigender Preise. Es hat sich weiter gezeigt, daß die Steuererhöhungen oft größer sind, wenn man eine Steuer ermäßigt. Hier wäre also eine Abstimmung zwischen Finanz- und Wirtschaftsministerium ebenfalls erwünscht, damit die freie Marktwirtschaft den Nimbus behält, den Konsumenten am billigsten zu versorgen. H.

Waren die Voraussetzungen für die Wahl Limburgs als Standort eines neuen Glasbetriebes somit von der Rohstoffseite her verhältnismäßig günstig, so haben sich, im Vergleich zu normalen Zeiten vor den beiden Weltkriegen, — wo diese Frage wegen der Freizügigkeit in der Wohnungswahl und der dadurch gegebenen Möglichkeit, verhältnismäßig nach einem Stamm von Facharbeitern an einen anderen Platz zu ziehen —, für die Unterbringung der Flüchtlings-Facharbeiter für den neuen Industriebetrieb die größten Schwierigkeiten ergeben. Es darf hier kurz der Eigenart der süddeutschen Bevölkerung Limburgs und der umgebenden Landschaft Erwähnung geschehen. Wie wir in Württemberg ist auch in der Lahenseite die allerdings im Umfang und in ihrer Bedeutung mit der württembergischen nicht ganz vergleichbare massenhafte Industrie von der Arbeitssuche her getragen von einer Bevölkerung, die noch stark in der Landwirtschaft verurzelt ist, von Arbeitern, die nur zum kleinen Teil in Limburg selbst ansässig sind, zum überwiegenden Teil in den Dörfern der näheren und weiteren Umgebung in einem Umkreis bis zu etwa 70 km wohnen und tagtäglich nur Arbeitsplätze nach Limburg fahren. Das bedingt, daß in den kleinen und mittleren Industriebetrieben der Lahn- und Dill-Tales eine sehr kriechende Arbeiterschaft tätig ist, die auch einmal über eine längere Zeit der betrieblichen Beschäftigung hinweg durchhalten kann, weil sie eben einen Rückhalt in der eigenen kleinen Bauerwirtschaft hat, in der die Angehörigen noch das Feld bestellen, in der meist eine Kuh im Stall steht und ein Schwein fett gemacht wird. Diese fast handwerkliche Lebensform hat allerdings von der Betriebsseite her gesehen manchmal zur Folge, daß in Zeiten der Hochkonjunktur, wo es dem Betrieb auf jede Arbeitsstunde ankommt, dieser ländliche Arbeiterstamm, der auf die Leistung von Überstunden weder angewiesen noch versessen ist, vielmehr nebenan an die Bestellung seines Ackers denkt, somit seine Arbeitskraft nicht hundertprozentig oder mehr dem Betriebe zur Verfügung stellt, — dem Betriebe nicht das zur Verfügung zu stellen, was er ist, was die moderne Industrieerforderung tut, eine hundertprozentige Arbeitskraft, und wenn es darauf ankommt, auch darüber. Dagegen ist das Verhältnis zwischen Unternehmer und Arbeiterschaft ausgesprochen befriedigend. In vielen Betrieben haben die Arbeitnehmer ihren Arbeitsplatz seit Jahrzehnten inne, z. T. hat sich geradezu die Erbfolge vom Vater auf den Sohn für den Arbeitsplatz ausgebildet — eine Arbeitsplatzdynastie — die Unternehmer kennen ihre Leute persönlich, sie kümmern sich um die Familien-Schicksale des einzelnen und sie lassen es meist auch nicht an freiwilligen sozialen Aufwendungen für die Betriebsangehörigen fehlen.

In diese kleinstädtisch-ländliche Arbeitsstruktur ergab sich nun plötzlich nach 1945 der Einbruch der einwandernden Menschen aus dem Osten. Sie sitzen nicht nur eng gedrängt in den alten Fachwerkhäusern des Städtchens Limburg, sie sind auch über die umliegenden Dörfer des Taunus und Westerwaldes verstreut. Nicht jeder Flüchtling aus dem Sudetenland, — und um diese handelt es sich in erster Linie, weil sie die fachlichen Voraussetzungen mitbringen —, besitzt noch den erlittenen

die USA dies tun werden, aber innerhalb wird schon auch in den USA die Frage aufgeworfen, die wir auch in der vorigen Ausgabe bereits gestellt haben: Entspricht der innere Wert des Dollar tatsächlich noch der gegenwärtigen Relation zum Goldpreis?

Sollte also der Sieg in Korea ein vollständiger militärischer Sieg werden, stehen die USA immer noch vor der Alternative, das militä-

In dieser Nummer

- Synthetische Treibstoffe an der Ruhr
- Ostpreussische Baumwollindustrie
- Westdeutschlands Handelsdefizit noch 111 Mill. DM
- Aufgaben und Chancen der Länder
- Bürgerschaft für Tito
- Obersachsen in der Sowjetunion
- Flüchtlingswertung wieder demontiert
- Die veränderte Rüstungsausrüstung in Metallen
- Ostpreussische Exportchancen

nistische Programm durchzuführen, womit sie unter Umständen ihren Dollar gefährden oder das Rüstungsprogramm wieder etwas zu reduzieren, um damit vielleicht ihre Sicherheit und die Westeuropas zu gefährden.

Beruhigung

Aber lassen wir es zunächst mal dabei, daß durch den Sieg in Korea eine gewisse Beruhigung

nen Schicksalen die Spannung, ganz von vorn anzufangen. Trotzdem haben sich aus den näher liegenden Dörfern genügend Flüchtlinge — Männer und Frauen — vielfach noch Jugendliche, gefunden, die nicht nur Hand angelegt haben, die neue Arbeitsschritte in Limburg mit eigener Hand aufzubauen, sondern auch endgültig dort ihren Arbeitsplatz zu begründen und einzunehmen. Die Leistung der Limburger Glashütte ist nicht auf diese Leute und voll der Ausland ständiger, Direktor Lange von den Glashüttenwerken Limburg konnte gelegentlich über die Bedeutung der neuen Verknüpfung durch die Presse mit Stolz darauf hinweisen, daß die Produkte der Limburger Glashütte auf der Chicagoer Messe im Herbst d. J. zu sehen waren, und daß insbesondere das 8 1/2 Liter Lux-Eisenblech-Beheizungsgerät gerade das Stücken der Fachleute erregt hat.

Die Glashütte erwartet noch im Monat Oktober Einkäufer aus den Vereinigten Staaten in Limburg, Limburger Glas geht bereits in den Nahen Osten, nach Südafrika, nach vielen europäischen Ländern, u. a. sogar nach Belgien, das ein ausgesprochenes glasverzehrendes Land ist, nach Frankreich, Holland, u. a. m. Wenn diese Erfolge in erster Linie auf die Qualität der Limburger Glaswaren beruhen, so war der Sprecher freimütig genug, um auch darauf hinzuweisen, daß zwischensolche die heutige technologische Glasindustrie qualitativ überlegen ist, als die bisherige, wenn sie auch preislich die größten Anstrengungen auf den ausländischen Märkten unternimmt, ihr stützige monatliches Absatzvolumen „à tout prix“ zu halten. Dieses „à tout prix“ der technologischen Glasindustrie sei selbstredend nur dadurch möglich, daß die verstaatlichte Glasindustrie ihre Dumpingpreise im Ausland betrieblich gesehen durch Staatszuschüsse ergötzt bekommt. Trotzdem sei es der Limburger Glashütte um den Wettbewerb nicht bange. Englische Einkäufer hätten gesagt, es sei heute nicht nur näher nach Limburg als nach Prag, sondern auch vorteilhafter für sie.

Trotz der großen und noch langs nicht am Ende angelegten Investitionen für die eigentliche Glashütte hat das Werk, mit Unterstützung des bayerischen Ordinariats, das das Gelände zur Verfügung stellt, und mit Hilfe städtischer Stellen eine Reihe Stellungsbücher für die Unterbringung der im Werk beschäftigten Flüchtlinge gebaut. Hat der schwere Arbeit, insbesondere der Glashütte, die ihre Tätigkeit an dem auf 100 Grad erhitzten Glas ausüben müssen, die bei dem Temperaturwechsel eine gewisse Anfälligkeit für Erkältung „verleihen“ mit sich bringt, ist selbstredend die Unterbringungsfrage gerade für diese Leute von großer Bedeutung, nicht nur für sie selbst, sondern auch für die Leistungsfähigkeit des Betriebs.

gang eingetreten ist, was sich auch in Deutschland an verschiedenen Stellen gezeigt hat. Schon mit Beginn des Umwandlung in Korea gingen die Schweinepreise herab. In Korea sind die Preise für Schweinefleisch und für die Züchterknappheit ist in den meisten Teilen Deutschlands behoben. Das kann am Beginn der Kampagne liegen, aber es ist festzustellen, daß vor Beginn der Kampagne bereits wieder Zucker aufgetaucht ist, der aber doch offensichtlich irgendwo — wir wollen nicht mit Fingern auf irgendeinen Wirtschaftszweig zeigen — gehandelt war.

Man hat sich Gedanken darüber gemacht, wenn die Angehörigen der Bevölkerung finanziert werden. Selbstverständlich sind die besten möglichen gegenseitigen Ansichten vertreten worden. Aus einer Bundesstatistik geht hervor, daß die Sparanlagen in den letzten Wochen nicht die Zunahme zeigten wie vor der Krise. Der Württembergische Sparkassen- und Giroverband dagegen möchte seine Meinung im gegenseitigen Sinne formulieren, muß aber dabei zugeben, daß die Abhängigkeit von Sparanlagen die Einzahlung, wenn auch nur geringfügig, übersteigen hat. Auch wir sind der Meinung, nach unseren Beobachtungen, daß die Angehörigen in der Bevölkerung verhältnismäßig gering waren.

Hoher Investitionsbedarf

Es ist allerdings bedenklich, daß die Sparanlagen nicht stärker steigen. Schon wieder gehen eine Reihe von Meldungen durch die Presse, die den Investitionsbedarf der verschiedenen Industriezweige abschätzen. So hat vor kurzem ein Bahndirektor den Gesamtinvestitionsbedarf der Eisen- und Stahlindustrie der Bundesrepublik auf 2 1/2 Mrd. DM beziffert. Von diesem Betrag könne in 10 Jahren nur etwa die Hälfte durch Abschreibung der Bahnhilfenwerke gedeckt werden. Es besteht im gegenwärtigen Stadium der weltweiten Spannungen noch kein wesentliches Auslandsinteresse an Kapitalinvestitionen für die deutsche Montanindustrie.

Der Investitionsbedarf Westberlins beläuft sich nach den Erhebungen des Magistrats für das Jahr 1930/31 auf 1,1 Mrd. DM, wovon etwas über die Hälfte auf den öffentlichen Bedarf und der Rest auf die private Wirtschaft entfällt.

Es ist interessant, daß diese Meldungen zu einem Zeitpunkt kommen, in dem — wie der Leser im Innern des Blattes feststellen kann — ein Bericht feststellt, die Periode der Investitionen sei ziemlich zu Ende. In vielen deutschen Industriezweigen ist es aber ähnlich wie in der Eisen- und Stahlindustrie. Die Produktion des nächsten Jahres darstellt, und weil weiter die realistische Einschätzung des gesamten Maschinenparkes verhindert, daß geplant und vorbereitete Neufertigungen in Angriff genommen werden. Der Zahlungseingang gibt keinen Anlaß zu Bestandsfragen, da die starke Nachfrage es den Werken erlaubt, den Verkauf nach der Bestellung der Besteller vorzunehmen.

Der Exportbedarf geht bei einigen größeren Werken bis zu 10 v. H. bei den Fahrradfabriken liegt er bei etwa 12 v. H. Eine Bielefelder Fabrik liefert gegenwärtig einen im Frühjahr abgeschlossenen Auftrag über 3000 Fahrräder nach der Türkei aus. Indem jetzt steigende Preise für Fahrräder und Fahrradteile aus Deutschland Interesse besteht, ist ein Auftrag über 3000 Kinderfahrräder für die USA von Belgien, den Niederlanden und Dänemark, die über eine eigene ausreichende Fahrradfabrikation verfügen, liegen laufende Aufträge auf Fahrrädern vor, neuerdings auch auf Teile, die früher nur von Großhandlungen bezogen wurden. Von New York kam in diesen Tagen ein Auftrag über 25 000 Fahrräder. An der internationalen Messe in Linnz haben sich mehrere führende deutsche Fahrradfabriken beteiligt. Das türkische Fahrradgeschäft war nach dem russischen Weltkrieg Dominanz der belgischen Fahrradindustrie geworden, die diesen Markt mit einer Produktion bis zu 30 v. H. zu behaupten suchte.

Man gibt und nimmt

Gewissen Erschütterungen im deutsch-amerikanischen Verhältnis stehen neue Belastungen gegenüber. Es ist eine gestattete Wonne, die jährliche Produktion von Chlor und von synthetischem Ammoniak um ganze 10 Prozent zu erhöhen. Das ist eine kleine Erleichterung, aber auf der anderen Seite steht immer noch das von uns bereits mehrfach kritisierte IG-Farben-Gesetz. Es ist, u. E. mit Recht, ein ordnungsgemäßer Protest der Deutschen chemischen Industrie erfolgt. Das allierte Gesetz ist zweifellos ein Ermächtigungsgesetz, das für den IG-Farben-Konzern alle Hindernisse aufräumt und in ihre Stelle eine diskriminierende Sonderbehandlung setzt, die einen Rückfall in die Zeit des Industrieplans von 1919 darstellt. Es wird mit Recht gefordert, daß die Regelung nach deutschem Recht erfolgt, so daß die privatrechtlichen Grundrechte gewahrt werden sowohl gegenüber den Aktionären wie der Belegschaft und den Werksgemeinschaften. Es ist wirklich nicht klar, wenn die Alliierten uns immer wieder an irgendwelchen Sonderfällen demonstrieren, daß wir rechtlos sind. Auf Rechtsbehelfe baut sich ein Staatsheld und ein vertrauensvolles Verhältnis der Staaten untereinander auf.

Wieder deutsche Kolonien!

Eine etwas eigenartige Einlassung überbrachte der Präsident der deutschen Gruppe der internationalen Handelskammer, Dr. Meffert, an die deutsche Industrie. Er empfahl ihr nämlich sich in die Durchführung des Planes 4 des Programms von Präsident Truman einzuschließen und sich mit Hilfe der in Rahmen dieses Programms vorgesehenen Kreditlinien in den rückständigen Gebieten zu betätigen. Er lenkte bei diesem Rat die Aufmerksamkeit insbesondere auf Afrika, tumal sich dort, was an weitestgehenden Selbstbestimmungen erlauben. Deutschland könne sich in Afrika eine Rohstoffbasis schaffen, ohne Frankreich zu schädigen, wobei natürlich deutsches Kapital investiert werden dürfte. Gemischte Gefühle erweckt ein solcher Vorschlag bei uns Deutschen. Wir haben schon einmal aus Afrika große Investitionen gemacht. Danach nämlich mit der Kaiserliche (also imperialistische) Kolonialpolitik. Man hat uns mit diesen Programmen in den Jahren nach 1918 karsu-mend versucht, daß sich die für uns Deutschen nicht gehöre — daß wir dazu ungeeignet seien. Wir haben auch prompt unsere Kolonien verloren. Also sind wir gekramerte Kinder und schauen das Feuer, solange uns unsere Rechtslosigkeit wie die IG-Farben-Gesetz sagt, immer wieder demonstriert wird, und solange wir keinen Friedensvertrag haben, sind solche Ge-

Unsere Lageberichte

Steigender Auftragszufluss bei den Gläsern — Fahrradindustrie stark beschäftigt — Papierproduktion beträchtlich gestiegen — Wirkung der Bierpreissenkung noch ungeklärt — Die Leistungen der Heimatvertriebenen

Gläsern

Der Auftragszufluss bei den Eisen-, Stahl- und Temporgläsern des Bundesgebietes hat in den letzten Monaten erheblich zugenommen. Er betrug im I. Vierteljahr 1930 im Monatsdurchschnitt 143 000 t gegenüber 200 000 t im Monatsdurchschnitt des I. Vierteljahres 1929. Die Produktion der Gläser hat damit seit Kriegsende einen neuen Höchststand erreicht. Die Gläserhersteller sind dazu übergegangen, sich bei ihren Auftragsbedingungen wieder auf längere Liefertermine einzurichten. Die Verbrauchspreise liegen trotz der besseren Ausnutzung der Kapazität zum Teil auch heute noch unter den Selbstkosten. Demgegenüber sind die Einkaufspreise für Rohmaterialien, insbesondere für Rohglas seit Juli 1929 weitergegangenen Bestrebungen der Gläsererzeuger, eine Preiskorrektur herbeizuführen, 1930, wie von Fachkreise erklärt wird, nicht auf die Tendenz zurückzuführen, die verstärkte Nachfrage auszunutzen. Es handelt sich um die Notwendigkeit, die Preise für Gläsererzeugnisse wieder in ein gesundes Verhältnis zu den Selbstkosten zu bringen. Die z. Zt. gute Beschäftigungslage der Gläsererzeuger wird man aufzufassen werden können, wenn die Werke ausserhalb der Gläserindustrie vorwiegend werden. Die Lage auf dem westdeutschen Schmelzmarkt birgt eine gewisse Anlauf zu Besorgnis. In Gailbrunn und Kuchelhofen sind seit einiger Zeit eine spürbare Verknappung eingetreten. Sie wird auf den zwischenzeitlichen Inlandsbedarf und die beträchtlichen Schmelzverluste zurückgeführt. Nach Auffassung der westdeutschen Gläserwirtschaft wird es erheblichen Maßnahmen der zuständigen Stellen bedürfen, um die noch vorhandenen und weiter anfallenden Gläsererzeugnisse so zu erfassen und zu lenken, daß die Produktion der Gläsererzeugnisse nicht gestoppt wird.

Fahrradindustrie

Bei dem Fahrrad- und dem Fahrradteile-Fabrikanten ist die seit im September wahrnehmende, saisonbedingte Abschwächung des Auftragszuflusses abgeklungen. Der Auftragsbestand sichert volle Beschäftigung bis Anfang 1931. Die Nachfrage bei den Fabriken ist unverändert reg. Von der Industrie wird dieser Zustand nicht überall als befriedigend angesehen, weil er wahrscheinlich einen Vorgriff auf den Bedarf des nächsten Jahres darstellt, und weil weiter die realistische Einschätzung des gesamten Maschinenparkes verhindert, daß geplant und vorbereitete Neufertigungen in Angriff genommen werden. Der Zahlungseingang gibt keinen Anlaß zu Bestandsfragen, da die starke Nachfrage es den Werken erlaubt, den Verkauf nach der Bestellung der Besteller vorzunehmen.

Der Exportbedarf geht bei einigen größeren Werken bis zu 10 v. H. bei den Fahrradfabriken liegt er bei etwa 12 v. H. Eine Bielefelder Fabrik liefert gegenwärtig einen im Frühjahr abgeschlossenen Auftrag über 3000 Fahrräder nach der Türkei aus. Indem jetzt steigende Preise für Fahrräder und Fahrradteile aus Deutschland Interesse besteht, ist ein Auftrag über 3000 Kinderfahrräder für die USA von Belgien, den Niederlanden und Dänemark, die über eine eigene ausreichende Fahrradfabrikation verfügen, liegen laufende Aufträge auf Fahrrädern vor, neuerdings auch auf Teile, die früher nur von Großhandlungen bezogen wurden. Von New York kam in diesen Tagen ein Auftrag über 25 000 Fahrräder. An der internationalen Messe in Linnz haben sich mehrere führende deutsche Fahrradfabriken beteiligt. Das türkische Fahrradgeschäft war nach dem russischen Weltkrieg Dominanz der belgischen Fahrradindustrie geworden, die diesen Markt mit einer Produktion bis zu 30 v. H. zu behaupten suchte.

Papierindustrie

Im August d. J. wurden 143 104 t Papier gegenüber 133 270 t im Juli erzeugt. Somit betrug die Produktionssteigerung 1934 t, während sie im Juli etwa 300 t und im Juni rund 12 000 t betragen hatte. Insbesondere ist die Produktion von Papier (105 125 t) erhöht worden; Pappes war in dem Produktionszuwachs nur mit etwa 20

v. H. (37 270 t) enthalten. Die Ausfuhr an Papier und Pappes hat sich mit 2349 t ungefähr auf der Höhe des Vorkriegsstandes gehalten.

Trotz des erhöhten Produktionsstandes bleiben noch die Mangelerscheinungen in verschiedenen Papierarten, wie Zeitungspapier, Mittelpapier, Packpapier, Kunststrickpapier, Chamoisstrickpapier usw. Sie haben verschiedene Ursachen. Beim Zeitungspapier reicht die Kapazität der westdeutschen Fabriken nicht zur Deckung des Inlandsbedarfs aus, der zur Zeit etwa 18 000 Tonnen Produktion (18 025 t) beträgt. Bei den anderen Papieren werden nicht genügend Rohstoffe eingeführt; dieser Mangel ist gegenwärtig wegen des geringen Angebots in den Weltmärkten nicht zu beheben. Schließlich hat die allgemeine Wirtschaftslage einen erhöhten Papierbedarf mit sich gebracht. Verändertes werden auch Vorkäufe größerer Papier-Verbraucher, deren Umfang jedoch schwer zu kontrollieren ist, für den Mangel verantwortlich gemacht.

Brauereien

Trotz der am 1. September d. J. herabgesetzten Biersteuer und Bierpreissenkung ist der Bierumsatz bei den Brauereien nach der Tendenz in den beiden vorhergehenden Monaten nicht weiter gestiegen. Das unersättlich kühle Wetter möge dazu beigetragen haben, bemerkte der Verband Rheinisch-Westfälischer Brauereien. Eine solche sich jedoch schon abzusehen, nämlich daß der Konsument die Verbilligung zu wenig merke, weil sich der von Brau- und Getreidezweig mit der Regierung anlässlich der Biersteuererhöhung vereinbarte Ausschankpreis von 21 Pfennig für das N° 1 Glas nicht stark genug durchsetze.

Von dem Brauereiverband wird darauf hingewiesen, daß die Hoffnungen der neuen Ernte wieder bei 800 bis 1 000 DM je Zentner stünden, und daß die Getreidepreise von 20 bis 24 DM je Ztr auf 26 bis 28 DM angezogen haben. Auch alle übrigen Kosten der Bierherstellung würden durch die allgemeine Preislage beeinflusst. Die Rohstoffversorgung der Brauereien erweise bei den guten Ernteverhältnissen auch für das am 1. 10. beginnende neue Braujahr gesichert. Eine Verknappung habe sich zu Ende des Quartals bei den Rohstoffen gemeldet. Der Folgen der seit September für das Brauergewerbe bestehenden Lage würden sich erst in den nächsten Monaten zeigen, wenn sich nämlich übersehen lasse, ob die Voraussetzungen für die Senkung der Bierpreise bestehen blieben.

Betriebe Heimatvertriebenen

Nach Angaben, die auf der zweiten Jahresversammlung der heimatsvertriebenen Wirtschaft, Landesverband Nordrhein-Westfalen in Düsseldorf gemacht wurden, erzielten im Jahre 1929 allein die in Nordrhein-Westfalen ausgetauschten Arbeitskräfte bei 22 Betrieben mit 120 Beschäftigten einen Umsatz von 13,5 Mill. DM, die Textilindustrie mit 60 Beschäftigten einen solchen von 11 Mill. DM und die Bauindustrie bei 160 Beschäftigten einen solchen von 13,5 Mill. DM. An Aufträgen wurden diesen Unternehmen insgesamt 1,89 Mill. DM zur Verfügung gestellt. Als wünschenswert wurde angesehen, daß in den Kreditanstalten mehr Sachkenntnis der örtlichen Wirtschaft vertreten seien. Von der Vertriebsbank wird eine stärkere Abwicklung erwünscht. Die Anlaufkosten müßten bei der Rentabilität der neuen Betriebe voll berücksichtigt werden, um dadurch die Kapitalbindung zu erleichtern.

Bundeswirtschaftsminister Prof. Ehrhard sagte auf der Jahresversammlung zu, ihr eine evtl. Steuererleichterung mitteilen zu wollen. Auch solle bei den Betriebskreditlinien großzügig verfahren werden. Es werde erwogen, die heimatsvertriebenen Wirtschaft stärker bei öffentlichen Aufträgen zu berücksichtigen. Von den zuletzt zur Verfügung gelangten ERP-Geldern seien 70 Mill. DM für die heimatsvertriebenen Wirtschaft im Bundesgebiet abgetrennt worden, und zwar 20 Mill. als Garantie für die Vertriebsbank, 25 Mill. DM für die Binnenschiffahrt und 40,5 Mill. DM für Niederrhein. Außerdem wurden im Bürgerhaushalt der Länder für Kredite 107 Mill. DM gegeben.

mens 46, Stahlverein 50%, Mannesmann 62%, Klöckner 70, Henschel 60%, Borsig 22, Kabel Union 27%, von Motorenwerken Daimler 20%, BMW 15, Schlichter 18, Deutsche Linien 130, Feldmühle 82%, Schneider 194, Schwed. Zellstoff 127, Salomander 78 Brief und Heideberger Zement 100%.

Was wird die laufende Woche von M. Bräutigam her bringen?

Eine Stahlverein-Erklärung

In der Düsseldorfer Kundgebung des DOB am 26. September 1930 hat Herr Dr. Viktor Agatz sich über ein Gerücht verbreitet, wonach die Vereinigten Stahlwerke mit einem eigenen Dekartellierungs-Vorschlag den amerikanischen Wünschen zu weit entgegengekommen seien und dafür das Zugeständnis der Alliierten ausgehandelt hätten, die bisherigen Vorstandsglieder zu Liquidatoren zu berufen. Er läßt dahingestellt, ob das Gerücht wahr sei, aber er operiert damit, als ob es wahr wäre.

Der Vorstand der Vereinigten Stahlwerke lehnt es ab, zu der unglücklichen Verlangungsbildung Stellung zu nehmen, die in der Unterstellung eines „Kuhhandels“ in Bezug auf den Dekartellierungs-Vorschlag der Vereinigten Stahlwerke und die Personalien der Liquidatoren liegt.

Zur Sache ist folgendes festzustellen: 1. Die Vereinigten Stahlwerke sind auf Grund ihrer wiederholt erklärten Bereitwilligkeit, sich in eine Anzahl lebensfähiger Werkgruppen aufzulösen, aufgefordert worden, einen eigenen Dekartellierungs-Vorschlag für den Bereich ihrer Geschäftsfelder zu machen. Sie haben diesen Vorschlag der Combined Steel Group eingereicht und ihn auch der Stahlhandelsvereinigung übergeben.

Heute:

„Eine Angelegenheit der Deutschen“

Beim Aufbau der deutschen Demokratie haben uns die Besatzungsmächte außerordentlich tatkräftig geholfen. Sie suchten die Leute aus, die die Umgestaltung der Deutschen zu guten Demokraten leiten sollten. Präsidenten für diese Aufgabe waren nach Ansicht der westalliierten Mitglieder der KPD vor in ersten Fragebogen die Mitglieder der KPD hervorgehoben hat, der heute sich die besten Chancen. Auf diese Weise wurden Kommunisten Minister oder Bürgermeister, Beamte, Lizenzträger deutscher Zeitungen, Sprachführer vornehmlich usw. Sie widmeten sich sehr eifrig ihrer Aufgabe.

Mittlerweile sind jedoch fünf Jahre vergangen. Heute hat die deutsche Regierung den schwierigen Auftrag, die Lücke, die die Besatzungsmächte hinterlassen haben, wieder herauszufüllen. Eine wenig beachtete Aufgabe, die die westalliierten Besatzungsmächte wohl mit dem Hinweis beglichen, daß die Schaffung einer klaren antikommunistischen Front — eine kleine Front — mehr denn je Sache der Deutschen selbst sei. Es sei außerdem ein Beitrag zur Steigerung der Verteidigungsbereitschaft des Westens.

Und weil dies so ist, wurde in Bonn eilig eine Liste angefertigt, mit der 10 Organisationen drängen, die den Bestand der Bundesrepublik bedrohen. Die Liste kann noch erweitert werden, so wurde erklärt. Beamte, Angestellte von Behörden und Arbeiter in staatlichen Betrieben, die Mitglieder einer dieser Organisationen sind, sollen jetzt fröhlich und ohne Pensionssprüche entlassen werden. Vor fünf Jahren wurden diese Leute übermäßig auf Grund ihrer Mitgliedschaft in oben diesen Organisationen bevorzugt.

Die Alliierten begründen diese Maßnahmen gegen gefährliche Organisationen, ebenso wie sie das angekündigte neue Gesetz gegen Hoch- und Landesverrat begründen. Sie würden jedoch nicht, daß dieses Gesetz eines Tages gegen Personen angewendet werden könnte, die mit der Besatzungsmacht — gemeint sind die westlichen Besatzungsmächte — vertrauensvoll zusammenarbeitet haben.

Und weil nun einmal auf Veranlassung der Westalliierten radikal gesichert wird, so erlauben wir uns ganz offen zu bemerken, daß es wohl zweckmäßig wäre, den kleinen Rest der Morgenhau-Jünger, die sich partout nicht massen wollen, nach Hause zu beordern. Diese kleine Konstante sollte man Westdeutschland rückgeben, sie würde einen nicht unwesentlichen Beitrag zur Sicherheit des Westens bilden und nicht zuletzt auch das Vertrauen der deutschen Bevölkerung in den Besatzungsmächten sichtbar leben.

Zug um Zug!

Seit kurzen befassen sich die Westalliierten mit der Frage einer Lagerung der deutschen Auslanderverpflichtungen. Es handelt sich vorläufig nur um eine Bestandsaufnahme, die noch keinerlei Verpflichtungen beinhaltet. Man will eine Rechtsgrundlage schaffen und zu geeigneter Zeit in gemeinsamer Besprechung mit der deutschen Regierung vorerst eine Anerkennung der deutschen Auslandsschulden erreichen. Damit ist aber nicht gesagt, daß etwa eine sofortige Wiederaufnahme des Zins- und Tilgungsdienstes beabsichtigt sei. Von allierter Seite wird auch betont, daß die begrenzte Leistungsfähigkeit Westdeutschlands gebührend berücksichtigt werde und man keineswegs daran dachte, die deutsche Wirtschaft durch Rückzahlungsvorgängen zu schwächen.

Wie die „AGERT“ berichtet, soll die deutsche Yorkingschuld mit rund 11,5 Milliarden DM ermittelt werden sein, davon entfallen auf die Dawes-Anleihe 770 Mill., die Young-Anleihe 1370 Mill., sonstige Regierungsanleihen 2325 Mill., andere Schulden 7300 Mill. und auf Stillhaltekräfte 800 Mill. DM.

Auf Grund der finanziellen Lage der Bundesrepublik dürfte es noch geraume Zeit dauern, bis mit der Tilgung dieser Schulden begonnen werden kann. Allerdings wäre schon die Bereitschaft zu einer Anerkennung dieser aller Verpflichtungen wieder ein gut Maß von Vertrauen der Auslandsgläubiger zur deutschen Bundesrepublik gewonnen werden.

„Wenn es so weitergeht ...“

Die Betreuer des zarten Pfänzchens der deutschen Demokratie sind über die Presse äußerst ungelassen, denn die Berichterstattung ist nicht geeignet, den demokratischen Gedanken zu stärken; so und ähnlich äußerten sich die Bonner Gärtner. Die Presse hat sich nämlich nicht geschert, an verschiedenen unverantwortlich hohen Stellen im Reich und in den Besatzungsmächten des Bundeslagers zur Prüfung der im Laufe von Bonn vergeblichen Aufträge wurden Einzelheiten bekannt, die tatsächlich „ausgeschildert“ der Not des deutschen Volkes das Maß des Erlaublichen überschreiten“, wie sich ein Mitglied dieses Ausschusses äußerte.

Ganz abgesehen von den ungeheuren, vor der Öffentlichkeit ebenfalls kaum vertretbaren Ausgaben für die Ausstattung des Bundeskanzler-Palais, hat sich auch das Bundespräsidium, also ein ganz im Schatten dieses Palais liegendes Amt, „eine künstliche Einrichtung für den Moskau eines mittleren Landes“ gekauft. Für den Leiter des Bundespräsidiums wurde ein Zimmer im „Frankfurter Barock“, eine Einzelanfertigung für 11 447 DM bestellt, ferner wurde ein als „in demselben Interesse erforderlich“ handgewebtes Teppich ausgebestellt. Kostenspunkt: rund 5000 DM. Fragt man nun, wer die Privatheit besaß, Anschaffungen im Sinne „Geld spielt keine Rolle“ zu machen, wird man vergebens auf Antwort warten. Der Leiter des Bundespräsidiums behauptet, er sei schon alles dagewesen, als er seinen Dienst angetreten habe. Im Augenblick ist ein Oberregierungsrat im Beschaffungsbüro der zuständigen Behörde, seit wann aber kann ein Oberregierungsrat allein über so hohe Summen bestimmen? Dieser erklärte zu seiner Entschuldigung, daß er der Meinung war, das Bundespräsidium würde bedeutenden Aufgaben erhalten, sei verleihe etwa mit dem die ehemaligen Propagandaministerium.

Das Beschaffungsbüro hätte mit den Bestellungen von Barock-Möbeln und handgewebten Teppichen und verschiedenen anderen luxuriösen Ausstattungsgegenständen noch etwas zuwarten sollen. Es hätte feststellen können, daß eine solche prächtige Ausstattung in keinem Verhältnis zu der Bedeutung dieses Amtes stünde und der leitende Beamte sich also mit einer ganz einfachen Einrichtung zufriedeln geben

Wir greifen auf:

müßte Bemerkenswert ist, daß bisher kein Leiter dieses Amtes an seinem bestmöglichen Sachverstand und in seinem familiären Umfeld zu einem wirklich bewundernswürdigen Gedanken inspiriert worden ist, daß man diese Anschaffung, auch von dieser Seite her gesehen, überflüssig war.

Es ist tatsächlich ein „heiles Stille“, das da eintrifft wurde“, wie sich ein Abgeordneter äußerte. Aber wie gesagt, den wirklich Verantwortlichen wird man vergebens suchen, wie es in einer autoritären Demokratie meist der Fall ist.

Man wache sich aber in Bonn nicht, der überwiegende Teil der deutschen Bevölkerung lehnt diese Art von Demokratie ab.

Betrifft: „88mal geprüft“

Die STEG schreibt uns: „Der Artikel vom 18. Juli 1930 mit der Überschrift „88mal geprüft“ geht von falschen Voraussetzungen aus. Die STEG hat sich in den 2 Jahren vor der Währungsreform nicht, wie es heißt, mit der Registrierung, Reinigung und mit der Vorbereitung für den Verkauf von überflüssigen Beständen beschäftigt, sondern hat volkreäftig und ganz bedeutende Arbeiten geleistet.“

Hierüber nur einige Zahlen: Bis zum Tage der Geldumstellung wurden etwa 100 000 t Wertgegenstände im Bestand von 284,4 Mill. RM verarbeitet, verkauft und abgerechnet. Hierunter fällt die Verwertung riesiger Mengen von Gebrauchsgütern, die Entschärfung, Bearbeitung und Verwertung der gesamten in der US-Zone nach Kriegsende noch liegenden Spreng- und Kampfmittel-Munition (ca. 230 000 t), die Säuberung von Feld und Flur in der US-Zone von rd. 55 500 t unentzündlichen und amerikanischen Flugzeugen sowie von Fahrz- u. Panzer- und Geschützschröten, von dem über 100 000 t exportiert werden konnten.

Anfang 1948 wurde die STEG von den deutschen Regierungsmächten beauftragt, die Abwicklung der rd. 600 000 t im schwebenden amerikanischen Heeresgut zu übernehmen, die der Wirtschaftler von den Vereinigten Staaten gekauft hatte. Der Vorwurf, daß im Rahmen dieses Geschäftes übernommenen US-Textilbestände seien bis zum Tage der Währungsreform nicht an den Käufer gelangt, ist leicht zu entkräften:

1. Das maßgebende Lager mit rd. 40 000 t US-Textilien in Mannheim-Sandhofen wurde erst nach der Währungsreform am 1. August 1948 an die STEG übergeben.
2. Nach Angaben der STEG-Zentralbuchhaltung wurden aus Einzelübernahmen und Importen bis zur Geldumstellung für 57 Mill. RM, das war der weitaus größte Teil der bis dahin übernommenen Bestände, verkauft.

Diese Bestände wurden ausschließlich auf Weisung der zuständigen Bewirtschaftungsstellen abgegeben, so daß der Vorwurf, die STEG habe irgendeinen Interessenbesitz bevorzugt, völlig unbegründet ist. Die STEG ist rechtlich berechtigt, jeder autorisierten Stelle gegenüber den Nachweis zu erbringen, an wen die Auslieferungen vor der Währungsreform nach den damals bestehenden Bewirtschaftungsvorschriften erfolgten.

Die, wie die Wirtschaftsrevue schreibt, „unheimliche Zahl“ von 888 Prüfungen, welche die STEG im Laufe ihres vierjährigen Bestehens über sich hat ergehen lassen, verteilt ihren Schrecken, wenn man erfährt, daß die STEG bei einem Bestandsstand von rd. 15 000 Beschäftigten, über 620 Organisationsstellen, wie Deutscher- und US-Lager, Manillalagerplätze, Flugplätze, Zweig-, Verrechnungs-, Betriebs-Anstalten usw. besaß und daß die durchgeführten Prüfungen die umfangreichen obligatorischen Bilanzprüfungen wie auch kleinere Ermittlungen umfassen. Auftraggeber dieser Prüfungen waren das Bundeswirtschaftsministerium sowie der Aufsichtsrat und der Vorstand der STEG; Träger der Prüfungen die Rechnungsabteilung des Bundes und der Länder der US-Zone, maßgebende Wirtschaftsprüfungsgesellschaften und die STEG-eigene Revisionsabteilung. Die Prüfungsaufträge wurden von den zuständigen Stellen im Bundesministerium für Wirtschaft gegenüber der deutschen Öffentlichkeit sowie im Rahmen der ordnungsgemäßen Geschäftsführung erteilt.

Grundsätzlich sei zu den Ausführungen der Wirtschaftsrevue noch festgelegt, daß die STEG weder Gewinn noch Verluste machen kann, da sie lediglich die tatsächliche Abwicklung der ihr übertragenen Aufgaben überkommen hat. Ob das sog. Amerika-Geschäft mit einem Gewinn oder einem Verlust abschließt, wird sich erst nach abschließenden Verhandlungen zwischen dem zuständigen Bundesrat und der amerikanischen Seite ergeben.

Wir haben uns in unserer Glasse „88mal geprüft“ mit den Prüfungen der Gesellschaft befaßt und darauf hingewiesen, daß der Steuerzahler jedenfalls an einem Ergebnis einer tiefer schürfenden Prüfung und nicht nur an der Bekanntgabe von nur nackten Zahlen interessiert ist. Die STEG hat uns ein freundlicherweise mit dem Ergebnis der Prüfungen mitgeteilt und zwar: „Das gegen den ehemaligen Leiter der STEG Zweigstelle Hessen eingeleitete Verfahren“, so schreibt uns die Hauptverwaltung, „geht ausschließlich auf die Ergebnisse einer eingehenden Überprüfung der Zweigstelle Hessen durch die STEG-Revisionsabteilung zurück. Das heisst die Prüfungsunterlagen der STEG an die Staatsanwaltschaft weitergeleitet, woraufhin das bekannte Verfahren eingeleitet wurde.“

Frachtausgleich für Westberlin

Die eisenverbrauchenden Betriebe Westberlins erhalten auf Grund einer Entscheidung der eisenverarbeitenden und eisenverarbeitenden Industrie des Bundesgebietes in Zukunft Frachtausgleichsbeträge überweisen. Pro Tonne verkauften Stahls und Eisens werden von der eisenverarbeitenden Industrie durch Umlage 10 Pfg. von der eisenverarbeitenden Industrie 25 Pfg. und vom Eisenhandel 5 Pfg. erhoben.

KARLSRUHER WIRTSCHAFTSVERLAG GmbH, Karlsruhe, Völkchenstraße 25, Telefon 814, Herausgeber und verantwortlich: O. von Hay, Karlsruhe. Zuständiges Postamt: Eilbring Baden. Bezugspreis vierteljährlich 2.— DM zuzüglich Zustelverhältn. Anzeigenannahme: Karlsruhe, Völkchenstraße 25, zur Zeit: 10. Anzeigenpreisliste Nr. 1 gültig. Berliner Verlags-Vertrieb: Erich Pier, Berlin-Charlottenburg 4, Leibniz-Strasse 80, Tel. 87 26 35. Satz und Druck: Badendruck GmbH, Karlsruhe.

Westdeutschlands Handelsdefizit noch 111 Mill. DM

Importe im August um 2% gesunken — Exporte um 2% gestiegen

Der Wiederaufbau des Ausfuhrhandels der Bundesrepublik weist sich nach der starken Aufwärtsentwicklung seit April dieses Jahres im August nur verlangsamt fort, wie das Statistische Bundesamt mitteilt. Auch die Einfuhr weist eine rückläufige Tendenz auf. Der Einfuhrüberschuss nahm beträchtlich ab. Nach Abzug der Importe, die mit Mitteln der Marshallplänehilfe und der Besatzungsmächte bezahlt wurden, ergab sich ein höherer Einfuhrüberschuss als in den letzten Monaten.

Die Einfuhr, die in den ersten Monaten dieses Jahres verhältnismäßig niedrig lag und sich im Juli erheblich ausweitete, konnte im August um 2% zurück und hatte einen Wert von 804 Mill. DM gegenüber 849 Mill. DM im Vormonat. Sie lag damit jedoch noch weit über dem Stand während der Frühjahrsmonate. Dieser erhebliche Einfuhrrückgang ist darauf zurückzuführen, daß im Juli besonders große Einfuhren an Baumstoffe (insgesamt für 122 Mill. DM, größtenteils aus GABIO-Mitteln) getätigt wurden, während im August die Einfuhrverhältnisse sich nur auf 21 Mill. DM überdurchschnittlich gering blieben. Auch der Import von Wolle, Zellulose, Bieremalz und Häuten war rückläufig, während die Einfuhr von industriellen Fettsäuren, Kupfer, Erdöl, Eisenort, Kautschuk und Zinn höher war als im Juli. Auch die Einfuhr an Fertigwaren erhöhte sich, vor allem bei Geweben aus Wolle, Wolle, Wolle, Leder und Häuten. Der Import an Lebens- und Genussmitteln, der im Vormonat eine erhebliche Zunahme verzeichnete, ging wieder zurück. Weniger eingeführt wurden vor allem Weizen, Mais, Eier, Zucker, Kakao, Schmalz, Gemüse, Gerste, Kaffee und Weizen. Die Einfuhr von Butter, Obst, Schweinen, Nüchternfrüchten, Hafer, Fleisch und Obstwaren war dagegen erheblich höher als im Juli.

Der Anteil der Marshallplänehilfe an der Gesamteinfuhr erhöhte sich auf 69% im Vergleich zu 54% im Juli. Eine Zunahme verzeichnete die Einfuhr aus Großbritannien, Belgien/Luxemburg, Dänemark, Schweden, Italien, den Niederlanden und Norwegen. Bei den Importen aus den Nicht-Teilnehmerländern weist vor allem die Einfuhr aus den USA einen starken Rückgang gegenüber dem Vormonat auf. In geringem Maße nahm auch die Einfuhr aus Indien, Indonesien, Australien und Neuseeland ab.

Die Ausfuhr der Bundesrepublik konnte sich infolge der anhaltend günstigen Absatzverhältnisse auf dem Weltmarkt im August weiter erhöhen und stieg wertmäßig um 2% auf 733 Mill. DM gegenüber 710 Mill. DM im Vormonat. Diese erneute Zunahme entfiel überwiegend auf erhöhte Exporte von Fertigwaren, unter denen vor allem die Ausfuhr von Maschinen (insbesondere Werkzeug- und Kraftmaschinen), Personenkraftwagen, Teerfarbstoffen (vor allem nach China und Argentinien) und anderen Erzeugnissen der chemischen Industrie zunahm. Geringfügig stiegen auch die Exporte von Musikinstrumenten und Spielzeug an. Der Absatz von Eisenfertigwaren und Walzwerkzeugen (Misch, Draht, Stabstaben, Eisenbahnbaumaterial) zeigt eine rückläufige Tendenz.

Unverändert war die Ausfuhr an Rohstoffen und Halbwaren. Größere Zunahmen im Export von NE-Metallen (Kupfer, Blei, Aluminium), Rohelisen und Koks ständen starke Rückgänge bei der Ausfuhr von Holzwaren, Schrot, Chemiefasern und Steinkohle gegenüber. Die Koksausfuhr lag dabei auffallend hoch und erreichte mit 870 000 t fast wieder den Stand von 1949. Unter den Erzeugnissen der Ernährungswirtschaft verzeichnete der Export von Roggen im Austausch gegen Getreide nach Dänemark und pflanzlichen Ölen eine Zunahme, während die Ausfuhr von Nischiwki zurückging.

Die Ausfuhr der Bundesrepublik nach den Teilnehmerländern am Marshallplan erhöhte sich im ansehender gleichem Maße wie die nach den übrigen Ländern. Der hohe Anteil der Marshallplänehilfe an der Gesamteinfuhr der Bundesrepublik (73%) blieb infolgedessen unverändert. Mehr ausgeführt wurde nach Schweden, Dänemark und den Niederlanden, dagegen ging der Export nach Italien und der Türkei zurück. Unter den anderen Ländern war insbesondere die Ausfuhr nach den USA und Brasilien eine Zunahme, während der Export nach Japan und Ägypten gegenüber dem Vormonat zurückging.

Die Einfuhr und Ausfuhr der Bundesrepublik Deutschland und Westberlins im Juli und in den ersten sieben Monaten 1950 wird im folgenden auf Grund der Angaben des Statistischen Amtes des Vereinigten Wirtschaftsgebietes nach Gruppen, Untergruppen und wichtigen Waren aufgeführt, in Millionen DM wiedergegeben:

Warengruppe	Einfuhr		Ausfuhr	
	Jul. 1950	Aug. 1950	Jul. 1950	Aug. 1950
Insgesamt	849	804	710	733
Ernährungswirtschaft	472,5	489,7	10,3	12,2
Schokolade, Kakao	12,5	10,5	0,2	0,2
Getreide	120,5	107,3	1,3	1,3
davon:				
Weizen	7,4	10,6	0,1	0,2
Mais	25,2	22,9	0,4	0,3
Roggen	2,2	2,3	—	—
Weizen u. Getreide	16,9	16,2	—	—
Eier, Eierweiss, Eigelb	30,7	31,2	—	—
Nahrungsmittel (sonstige)	348,8	346,9	4,1	20,5
davon:				
Kaffee	44,8	32,2	—	—
Zucker	1,2	1,7	—	—
Kakao	16,3	12,6	—	—
Milch, Fett	8,8	10,8	—	—
Sonstige	19,7	17,7	0,5	0,4
Linsen, roh	21,7	20,1	0,2	0,3
Zucker	47,3	47,6	0,1	0,3
Getreide u. Ernährung	20,7	20,3	0,1	0,2
Margarine u. ä.				
Speisefett	5,2	5,2	0,6	1,8
Öl	2,8	2,8	0,2	0,5
Sonstige	46,1	33,9	2,6	2,2
Textilien				
Wolle	9,1	4,8	0,1	1,1
Kunststoffe	18,9	16,5	0,1	0,1
Kunstleder	22,8	20,8	—	—
Wolle	9,1	25,9	—	—
Gesamtwirtschaft	201,3	207,8	10,0	202,9
Baustoffe	211,0	175,1	108,4	426,9
davon:				
Wolle u. a. Tierhaare, roh				
u. bearbeitet, Halbwolle	37,0	40,9	7,4	20,3
Baumstoffe, roh u. bearbeitet, Holzwaren				
Abfälle	128,9	111,3	1,3	3,3
Flachs, Hanf, Jute				
Hanf u. a. sonstige	8,8	8,8	0,2	1,9
Felle u. Pelzwerk, roh	2,9	2,9	—	—
sonstige Felle u. Häute	12,0	12,0	—	—
Bau- u. Holzwaren				
Holzwaren	3,1	3,7	1,7	17,5
Kunststoffe, Gipswaren				
Bleie	13,9	14,3	—	—
Metalle, einseitig				
Metalle, einseitig	11,3	16,4	78,9	494,2
Metalle, einseitig				
Metalle, einseitig	1,7	11,8	4,3	20,3
Metalle, einseitig	5,8	4,8	—	—
Metalle, einseitig	1,2	1,2	—	—
Metalle, einseitig	3,6	3,6	4,3	23,0
Metalle, einseitig	107,0	108,9	181,3	220,0
davon:				
Metalle, einseitig	2,1	14,4	0,4	3,8
Metalle, einseitig				
Metalle, einseitig	6,0	6,7	4,4	21,6
Metalle, einseitig				
Metalle, einseitig	5,8	30,3	3,7	11,6
Metalle, einseitig	3,7	4,2	1,3	3,5
Metalle, einseitig	6,7	38,8	3,3	5,0
Metalle, einseitig	7,3	1,3	20,6	106,4
Metalle, einseitig				
Metalle, einseitig	0,5	0,5	2,6	22,0
Metalle, einseitig	6,8	6,3	4,4	20,0
Metalle, einseitig	—	—	—	—
Metalle, einseitig	0,3	0,6	0,4	1,1
Metalle, einseitig	4,8	24,8	9,9	3,3
Metalle, einseitig	0,6	1,4	2,4	7,8
Metalle, einseitig				
Metalle, einseitig	34,9	113,8	0,7	1,6
Metalle, einseitig	6,3	3,3	43,9	240,9
Metalle, einseitig	9,9	4,4	11,1	44,8
Metalle, einseitig	103,1	103,8	90,2	240,9
Metalle, einseitig	31,1	33,9	10,0	90,9
davon:				
Metalle, einseitig	1,3	1,3	1,9	14,7
Metalle, einseitig	0,7	0,2	1,3	15,6
Metalle, einseitig	1,4	0,1	1,9	11,1
Metalle, einseitig	10,6	10,6	—	—
Metalle, einseitig	0,3	0,2	1,9	7,4
Metalle, einseitig	4,2	5,8	6,8	70,9
Metalle, einseitig				
Metalle, einseitig	0,3	0,4	0,3	30,1
Metalle, einseitig	7,7	27,9	23,6	111,7
Metalle, einseitig	1,2	8,7	2,9	14,3
Metalle, einseitig	0,2	1,2	11,3	10,1
Metalle, einseitig	3,4	16,1	16,3	108,9
Metalle, einseitig	1,0	7,2	8,3	48,3
Metalle, einseitig	8,1	37,7	39,2	181,3
davon:				
Metalle, einseitig	0,3	1,4	4,8	29,3
Metalle, einseitig	—	—	—	—
Metalle, einseitig	0,3	1,3	10,4	34,3
Metalle, einseitig	0,9	5,8	34,3	241,1
Metalle, einseitig				
Metalle, einseitig	3,3	12,4	16,8	87,3
Metalle, einseitig				
Metalle, einseitig	2,3	26,6	13,0	70,3
Metalle, einseitig	0,2	0,9	11,0	9,1
Metalle, einseitig	0,1	1,0	10,2	31,7
Metalle, einseitig	0,9	1,0	8,6	47,8
Metalle, einseitig	5,8	6,8	3,8	20,3
Metalle, einseitig	5,8	30,8	19,2	111,7
Metalle, einseitig				
Metalle, einseitig	6,9	38,4	32,5	184,9
Metalle, einseitig				
Metalle, einseitig	4,8	27,3	7,8	130,2
Metalle, einseitig	1,9	11,1	4,3	53,0
Metalle, einseitig				
Metalle, einseitig	0,4	2,7	14,3	42,8
Metalle, einseitig	2,4	15,7	7,7	42,8
Metalle, einseitig	0,3	0,7	1,6	11,3
Metalle, einseitig				
Metalle, einseitig	—	—	0,1	11,9

Westdeutschlands Spezialhandel

Die Einfuhr und Ausfuhr der Bundesrepublik Deutschland und Westberlins im Juli und in den ersten sieben Monaten 1950 wird im folgenden auf Grund der Angaben des Statistischen Amtes des Vereinigten Wirtschaftsgebietes nach Gruppen,

Ostzonale Buntmetallsorgen

Auf einer gemeinsamen Arbeitstagung des Ministeriums für Industrie und der Kammer der Technik in der Ostzone wurden Maßnahmen beschlossen, Buntmetalle einsparen. Man klammert sich zwar immer noch an den Wunschtraum, in Ostdeutschland mehr Buntmetalle zu erzeugen, hat aber langsam doch eingesehen, daß die Anforderungen des fünfjährigen Plans die Kräfte der ostdeutschen Wirtschaft auf dem Gebiet der Buntmetalle bei weitem übersteigen. Die Kupfererzeugung auf den wertvollsten deutschen Vorkommen bei Mansfeld erreicht heute trotz aller Propagandaveröffentlichungen noch nicht die Höhe, die sie vor dem Krieg erreichte.

Um die bestehende Lücke in der Buntmetallversorgung der ostdeutschen Wirtschaft zu schließen, weiß man sich kaum einen anderen Rat als eine breite Massenerzeugung für eine umfassende Einparzung von Edelmetallen zu organisieren. Dazu werden Wettbewerb ausgeschrieben, „Buntmetallparven“ eingesetzt, alle Konstruktionsbüros, Forschungsstellen und Produktionsbetriebe angewiesen, die Einsparung von NE-Metallen mit gesteigerter Aktivität zu betreiben, und, wie nicht anders zu erwarten, werden die Forschungsanstalten angewiesen, „Austauschstoffe“ zu entwickeln.

Der technische Direktor der Volkswerk Stralsund glaubt, je Legier 1000 kg Kupfer einsparen zu können, wenn man für die Beschläge nicht wie bisher Messing, sondern Stahlgieß, Leichtmetall oder Preßblei verwendet und alle Botenstellungen aus Kupfer durch Messingblei ersetzt. Die Messingbleiherstellung für Buntmetalle sollte übersetzt und gesenkt werden. Die Liste der Verwendungsvorgaben für Buntmetalle, die heute schon in 236 Positionen, ausgehend von der Ampel bis zum Zahnstocher, so ungefähr alles umfaßt, was man normalerweise aus Metall herstellt, soll noch erweitert werden.

Dabei würde die ostdeutsche Wirtschaft über genügend Blei und Zink zum Beispiel verfügen. Wenn nicht die wertvollsten ostdeutschen Blei- und Zinkvorkommen mit den dazugehörigen Hütten und Walzwerken in Obersachsen nach dem Krieg an Polen gefallen wären, schließlich hätte Westberlins 1941 eine Bleiherstellung von 700 000 t, aus denen 21 500 t Blei und 91 500 t Zink gewonnen wurden. Das waren im genannten Jahr rund 39% der gesamten deutschen Bleiherstellung und sogar 43,9% der Zinkerzeugung. Man könnte auch Leichtmetalle in ausreichenden Mengen erzeugen, wenn Ostdeutschland heute noch über das

größte deutsche Aluminiumwerk, das Lauterwerk in der Lauter, verfügte, dessen Kapazität 60 000 t im Jahr betrug. Dieses Werk wurde demontiert und dient heute der Aluminiumerzeugung in der Sowjetunion.

Man hätte es auch in Ostdeutschland nicht nötig mit erheblichen Kosten, die allerdings meist zu Lasten der Arbeitenden gehen, die letzten kümmerlichen Reste an Kupfer-, Blei-, Zink-, Zinn- und, wie es heißt, an Nickel- und Zinnzusammensetzungen, und darüber hinaus ein Sparprogramm aufzustellen, das bei weitem über alles hinausgeht, was sich die Wirtschaftsführung unter Hitler leistete, wenn man sich nicht außerdem noch freiwillig von einer Welt abgekoppelt hätte, die einen Überfall in Deutschland nahezu zu Edelmetallen gewandelten Buntmetalle bei entsprechenden Gegenleistungen zu liefern.

So wie die Dinge in Ostdeutschland gegenwärtig liegen, muß man sich bemühen, aus der Not eine Tugend zu machen, wobei der „Erfolg“ kaum zweifelhaft sein kann.“

Die unter Führung des stellvertretenden Ministerpräsidenten Walter Ulbricht stehende Delegation der Ostzoneregierung ist von ihrer Reise nach Bukarest und Sofia nach Berlin zurückgekehrt. Gleichzeitig traf auch der Chef der diplomatischen Mission Bulgariens, Bevollmächtigter Gesandter und außerordentlicher Minister, Georgi Karloff, der an den Verhandlungen in Sofia teilgenommen hatte, wieder in Berlin ein.

Synthetische Treibstoffe von der Ruhr

Vor Wiederaufnahme der Produktion

In der Bundesrepublik werden bald wieder synthetischer Treibstoff hergestellt werden, kündigte dieser Tage sämtliche Wirtschaftsverbände an. Bei der Wiederaufnahme der Benzinsynthese an der Ruhr können nach Informationen von gut unterrichteter Seite durch die Hochdruckhydrierung und die Fischer-Tropsch-Synthese zunächst, schätzungsweise 15 Prozent des deutschen Treibstoffbedarfs gedeckt und damit mindestens 10 Mill. Dollar an Devisen bei der Einfuhr von Mineralöl gespart werden. Namhafte Ruhrindustriellen sind der Ansicht, daß damit auch schlagartig die äußerst angespannte Lage auf dem Pech- und Teermarkt auf verhältnismäßig Weise gelockert werden könne, wenn es erst einmal wieder möglich ist, die früher in größten Maßstäben in Deutschland durchgeführte Umwandlung von Pech und Teer durch die Hochdruckhydrierung in Öl und Benzin wieder in Gang zu bringen. Durch Einsatz der z. Zt. kaum absetzbaren schweren Teere des Ruhrbergbaus bei der Hydrierung könnte allein schon ein großer Teil der stillgelegten Ruhr-Hydrierwerke Scholven und Böhler mit einer Durchsatzkapazität von etwa 200 000-250 000 t im Jahr in Betrieb genommen werden. Die Scholven-Chemie-AG hat inzwischen das „kleine Permit“ für die Aufarbeitung von 18 000 t Rohbenzol auf Reibbenzol pro Monat erhalten, wovon in der Anfangsphase etwa 5000 t erzeugt werden. Scholven könnte in etwa 6 Monaten mit einer Produktionskapazität von 30 000 t pro Jahr die Hydrierung aufnehmen.

Ausländische Verhandlungen mit dem allerersten Stellen wegen der baldigen Genehmigung



DEUTSCHE INDUSTRIEAUSSTELLUNG BERLIN 1950

Das freie Berlin zeigt die Leistung der freien Welt

zur Erdölhydrierung waren bereits vor dem New Yorker Außenministerbesuch im Gange. Die seit einiger Zeit neben den norddeutschen Raffinerien ebenfalls auf Erdölbasis produzierenden Ruhr-Hydrierwerke (Gelsenberg-Benzin-AG in Gelsenkirchen früher auf Stein- und Kohlenbasis) und die Union Rheinische Braunkohlen-Kraftstoff-AG in Wesseling bei Köln haben vor kurzem von alliierten Sicherheitsbehörden die Erlaubnis erhalten, die Benzinsynthese wieder in Betrieb zu nehmen. Es ist weiterhin geplant, einen Teil der Fischer-Tropsch-Anlagen der Ruhrchemie-AG in Oberhausen in das westdeutsche Erdölverarbeitungsprogramm einzubeziehen. Von allierter Seite ist eine Crackkapazität von 65 000 t pro Jahr im Rahmen des Gesamtplans zur Errichtung von neuen Crackeinheiten mit zunächst 11 Mill. t Durchsatzkapazität vorgesehen worden.

Die Fischer-Tropsch-Werke können nach einer Aufhebung des Verbots für die Fischer-Tropsch-Synthese nur verhältnismäßig geringe Treibstoffmengen liefern, weil der Schwerpunkt ihrer Erzeugung bei der Geringwertigkeit der dort hergestellten Treibstoffe aus Reibbenzinsynthesen liegt. Vorprodukte für eine große Menge von Ausgangsprodukten der chemischen Industrie gelegt werden muß. Der Anteil des Synthesenbensins, das nur im Gemisch mit Benzin oder als Lösungsbenzin verwendet werden kann, an der Primärproduktion dürfte nach Ansicht von Fachleuten kaum 30 Prozent

überschreiten. In absehbarer Zeit wäre nur das Fischer-Tropsch-Werk in Bergkamen in der Lage, mit einer Primärerzeugung von zunächst 50 000 t im Jahr die Erzeugung wieder aufzunehmen. Im folgenden Halbjahr nach Produktionsaufnahme könnte die Produktion auf 60 000 t gegenüber früher 95 000 t Primärprodukte gesteigert werden. Von den übrigen fünf Fischer-Tropsch-Werken im Ruhrgebiet ist das Krupp-Treibstoff-Werk in Wanne-Eickel zusammen mit der Ruhr-Chemie-AG in Oberhausen in der Umstellung auf das Oxidverfahren begriffen, nach dem ganz andersartig als bei der Fischer-Tropsch-Synthese höhere Alkohole für die chemische Industrie hergestellt werden. Für eine Wiederinbetriebnahme der Werke Rheinfelden in Moers, der Paraffinwerke Dortmund und der Gowerkschaft Viktor in Groppe sind noch erhebliche Investitionen erforderlich. Chemie-Industriellen sind der Ansicht, daß nur eine grundlegende Revision des Washingtoner Abkommens über die verbotenen und beschränkten Industrien in der deutschen Kolonialwirtschaft ermöglicht werden, ihren Aufträgen innerhalb der deutschen und der europäischen Wirtschaft nachzukommen. Darüber hinaus könne durch die Verweigerung der Kohle das sogenannte Sortenproblem des Ruhrbergbaus günstig gelöst und die schlechte Ertragslage des rund 400 000 Menschen beschäftigenden Kohlenbergbaus, der eine Schlüsselstellung unter westeuropäischen Industriezweigen einnimmt, erheblich verbessert werden.

Berliner Brief. Zu Ehren der Wahl

Vor der eigenen Tür kehren — Das Schloßenspiel — Was tun, wenn die Wollpreise wieder fallen? — Handwerksverfolgungen

In den letzten Gazetten wird jetzt nach der Methode „Rein dich oder ich froh dich“ jeder Vorgang des öffentlichen Lebens, der Wirtschaft und sogar des Privatlebens mit der „Ökonomie“ in Verbindung gebracht. „Zu Ehren der Wahl“ werden Überschriften geleistet, wird die Qualität gehoben, werden Unterschriften für den Stockholmer Friedensappell gesammelt, werden Sammlungen für den Koreakrieg veranstaltet, werden die Leistungen von „zig Projekten“ gelobt, kurz und gut, es gibt nichts, was nicht gewaltsam mit der Wahl, die keine ist, in Verbindung gebracht wird. Dieser ganze Wahnsinn wird nicht nur der Wahl wegen veranstaltet, er ist ein Abbildungsversuch im Hinblick auf die von 1. bis 13. Oktober am Funkmarkt gezeigte 1. Deutsche Industrierausstellung, die ein Ereignis von Welt Rang zu werden verspricht. Seine Veranstalter merken nicht, daß diese plumpe Propaganda ihre Wirkung auf die Bevölkerung der Ostzone in dem Maße verliert, je größer Mittel sie sich bedient. Die „Tägliche Rundschau“ föhlt sich bedrängt, in ihrer Beilage „Bildungschar“ in großer Aufmerksamkeit auf der Titelseite eine Gruppe von diskutierendem Arbeitern zu zeigen, die die Frage wälzen, warum nicht auch Berlin wählt. Nach ihrer Meinung deshalb nicht, weil Berlin als Ganzes wählen müßte ohne Einflußnahme der fremden Besatzungsmächte, und weil eine Wahl nur im Sowjetsektor die Spaltung Berlins anerkennen würde. Genau das ist der Wunsch der Berliner und darüber hinaus der Deutschen, eine unbeeinträchtigte Wahl in ganz Deutschland nach demokratischen Grundsätzen. Man weiß im Berliner Lager, was eine solche Wahl bedeuten würde. Sie wäre das Ende der SED und ihrer Satellitenparteien.

Mit einem Dumping auf Kosten der Ostzonenbevölkerung versuchen die deutschen Machthaber jetzt das Schaufenster Berlin, soweit es nach Osten geöffnet ist, auszubekleben zu machen und gleichzeitig die Schwierigkeiten Westberlins zu erhöhen. Seit drei Wochen haben die HO-Läden gewisse Lebensmittelpreise stärker erhöht als in der Parität zu den Westberliner Preisen entspricht. Das trifft besonders für Brot zu. Die HO gibt bis zu zehn Broten für 1,05 Ostmark je Brot ab, was nach dem derzeitigen Kurs 21 Westpfennigen entspricht bei einem Westberliner Brotpreis von 30 bis 33 Westpfennigen. Auf dieser Basis hat sich ein lebhafter Brotmangel nach Westberlin entwickelt, und darüber hinaus werden auch andere Bedarfsartikel geschmuggelt, bei denen sich eine Gewinnspanne ausrechnet läßt. Es ist natürlich dem Arbeitlosen und dem Rentner nicht zu verargen, wenn er von der Möglichkeit des gegenwärtig billigeren Einkaufs bei der HO Gebrauch macht. Die Westberliner Bäckerin und auch der Handel mit anderen Lebensmittel- und Verbrauchsgüter sollte jedoch erst einmal vor der eigenen Tür kehren, ehe er sich über ein Dumping beschwert, das er selbst un-

terstützt. Wie festgelegt wurde, haben Westberliner Bäcker das ostdeutsche Brot der HO aufgekauft und sich durch dunkle Mittelsmänner besorgen lassen, um an der Kursdifferenz ungeeignetste Gewinne einzubringen. Das haben auch andere Sparten des Handels getan. In den letzten Tagen hat sich der westliche Zollfahndungsdienst stärker in den Verkehr zwischen West- und Ostberlin eingeschaltet, und es ist zu hoffen, daß manchen Westberliner Geschäftsmann seine arbeitslosen Geschäftsmethoden gelegt werden.

Gegenwärtig ist wieder einmal das „Schloßenspiel“ im Gange. Seit Wochen werden für Westdeutschland bestimmte Lastkühne von den Sowjets angehalten, weil angeblich in den Mannschaften Unstimmigkeiten bestehen. Es konnte bisher in dieser Frage keine Klärung herbeigeführt werden, und nur Zeit legen wieder 85 Lastkühne an den Schloßes fest. Erst jetzt haben sich die britischen Besatzungsbehörden entschlossen, mit dem gleichen Mittel zu antworten, und beginnen an den Westberliner Schloßes für den Osten bestimmte Kahnladungen zu beanstanden. Sie sollen aus dem ersten Schloßespiel der Sowjets gelernt haben, daß nur diese Methode erfolgreich ist.

Der Koreakrieg hat bekanntlich eine weltweite Rohstoffknappheit ausgelöst, von der neben Metallen besonders Wolle ergriffen wurde. Die „Tägliche Rundschau“ gibt zu dieser Frage Professor Jürgen Kuczynski das Wort, der sich in längeren Ausführungen über die Verhältnisse der Wirtschaft im Imperialistischen Lager infolge des Koreakrieges äußert. Wenn Herr Kuczynski jedoch in diesem Zusammenhang schließlich der Wollkonferenz in Melbourne schreibt, daß ein ganzer Vermutungs-Kontinent der Frage gewidmet war: „Was tun, wenn die Wollpreise wieder stark fallen?“, so unterschätzt er die wirtschaftlichen Fähigkeiten der Konferenzteilnehmer erheblich. Wenn auch Herr Kuczynski keine Antwort auf diese Frage weiß, die Teilnehmer dieser Konferenz werden sie, wie jeder der einigermaßen logisch zu denken gewohnt ist, gewandt haben. „Billiger verkaufen“, Herr Kuczynski! Das ist nun einmal so in einer freien Wirtschaft, in der gute Zeiten mit schlechten abwechseln und nicht wie in der östlichen Planwirtschaft Wollpreise der HO einfach dekretiert werden. Die Wollpreispoker des englischen Weltreiches haben auch bei den niedrigeren Preisen der Vergangenheit gelebt, und sie werden auch leben, wenn die Wollpreise wieder fallen sollen, was sehr wahrscheinlich ist. Das regelt sich in einer freien Wirtschaft automatisch.

Die Woche brachte eine neue Aktion des Wirtschaftsausschusses des Berliner Stadtkreises. Die Inhaber von mehreren hundert Privatbetrieben wurden durch eine Verfügung des Rechtsamtes des Ostmagistrats davon in Kenntnis gesetzt, daß ihnen die Gewerbebescheinigung mit sofortiger

Aus der deutschen Wirtschaft

Baden

Der Leiter der Abteilung Wiederaufbau des badischen Innenministeriums, Ministerialrat Leiser, gab in einem Überblick über den Stand des Wohnungsbaus in Südbaden bekannt, daß Baden durch ein rechtzeitige verändertes Aufbaugesetz einen günstigen Anlauf des Wiederaufbaus ermöglicht habe. Für das Jahr 1950 seien in Baden 58,3 Mill. DM an öffentlichen Geldern für den Wohnungsbau bereitgestellt worden; die in Baden des Landes Baden insgesamt angelegten Summen betragen sich auf mehr als 280 Mill. DM. Es sei der Bau von 6000 Wohnungen geplant gewesen; wahrscheinlich würden jedoch beträchtlich mehr als 6000 Einheiten fertiggestellt werden, denn bis Anfang September habe die Badische Landes-Kreditanstalt bereits für den Bau von 4000 Wohnungen Zuschüsse von je 6000 DM gegeben, 200 der Geldern, die in drei nächsten Wochen noch ausbezahlt werden, solle der Bau von weiteren 4000 Wohnungen gefördert werden. Diese Beihilfe sei um so bemerkenswerter, als vor dem Krieg durchschnittlich nur 4000 bis 4500 Wohnungen im Jahr neu hinzugekommen seien und die Höchstzahl in einem Jahr 5300 neue Wohnungen betragen habe. Gegenwärtig arbeite das badische Ministerium des Innern bereits Pläne für das Jahr 1951 aus. Allen im Rahmen des sozialen Wohnungsbaus sollen im nächsten Jahr 12 000 Wohnungen gebaut werden. In einem erheblichen Teil der neuen Wohnungen sollen Heimatvertriebene einziehen.

Die Tatsache, daß in diesem Jahr noch rund 12 000 Heimatvertriebene aufzunehmen sind und auch für das nächste Jahr bereits eine Umsiedleraktion mit weit höheren Zahlen vorgesehen ist, hat die Bürgermeister des Kreises Säckingen veranlaßt, neue Wege der Wohnraumbeschaffung zu erörtern. Man kam zu dem Ergebnis, an verschiedenen Plätzen des Kreises Säckingen mit Wohnhäusern zu erstellen, um der Wohnungsnotlage eingetragenen Herr werden zu können. In der ersten Zeit sollen die Baracken dann durch feste Bauten ersetzt werden.

In Südbaden ist in den letzten Monaten und Wochen die Arbeitlosigkeit ein ständig zurückgehendes, obwohl laufend Umsiedler aus Schleswig-Holstein und Bayern aufgenommen wurden. Auch in Nordbaden ist die Arbeitslosigkeit gesunken, jedoch liegen die Arbeitslosenquoten dort immer noch sehr hoch. Einem Bericht des Landesverwaltungsamtes Württemberg-Baden, Stuttgart, zufolge, betrug die Zahl der Arbeitslosen Anfang September in Karlsruhe 8965, in Heidelberg 8695, und in Mannheim 20881, und war damit höher, als die Zahl der Arbeitslosen in irgend einem nordwürttembergischen Arbeitskreis.

Gebrüder Junghans AG, Uhrenfabriken in Schramberg (Schwarzwald) haben nach der erst Ende 1949 abgeschlossenen Demontage ihrer Fertigungsanlagen in voller Umfang wieder aufgenommen. Das Aktienkapital wurde im Verhältnis 10:7 von 11,4 Mill. RM auf 7,98 Mill. DM umgestellt. Aus dem Umstellungsbericht ist ersichtlich, daß man mit steigender Konkurrenz des In- und Auslandes rechnet. Den sich aus der Umstellung ergebenden Verlusten von 11,10 Mill. RM stehen aus Aufwertung des Sachanlagevermögens und der Vorräte 8,28 Mill. DM gegenüber. Am 30. 6. 49 betrug das Reinvermögen 16,58 Mill. RM. In der DM-Zirkulationstabelle wird es mit 14,38 Mill. DM ausgewiesen.

Die Metallfabrik Josef Neff in Friesenheim feiert ihr 75jähriges Bestehen. Die noch kurz vor Kriegende durch Bombeneintritt schwer beschädigte Hauptteil des Betriebes konnte trotz aller Schwierigkeiten noch vor Beginn der Kampagne 1949/50 wieder aufgeföhrt werden. Seitdem ist die gesamte Anlage wieder in Betrieb. Obwohl erfreulicherweise im großen und ganzen die Zuckerverknappung im Einzelhandel nicht zu unläutererem Geschäftsumfeld zusammengeführt, haben sich in Einzelhandels-Geschäften zu Kopplungsgeheimnissen verhalten lassen. In derartigen Fällen darf es nicht allein bei der Verhängung von Geldstrafen bleiben. Die Käuferkraft muß diesen Geschäften gegenüber daraus ihre Konsequenzen ziehen. Dies würde nicht allein im Interesse des Ansehens des Einzelhandels liegen, der in seiner überwiegenden Mehrzahl sich redlich um eine saubere und gerechte Bedienung seiner Kundschaft müht, sondern zugleich auch zur Bereinigung des Marktes von verantwortungslosen Geschäftsmachern beitragen.

Die Saba-Werke in Willingen müssen auf Grund der großen Nachfrage ihre Produktionskapazität für elektrische Kühlgeräte vergrößern. Das Werk hat erst vor einem halben Jahr einen preiswerten vollautomatischen 50-Liter-Kühlgedruck auf den Markt gebracht. Die schon jetzt erforderlich gewordenen Ausweitung der Produktionskapazität zeigt an, wie groß das Interesse an preisgünstigen Kleinkühlgeräten ist.

Vom 28. September bis 4. Oktober findet die „Mittelbadische Herbstmesse in Lahr“ statt. Zur Eröffnung werden Staatspräsident Wohlfel, Landtagspräsident Dr. Person und Wirtschaftsminister Dr. Laas erwartet. Die Ehrenpräsidentin hat Oberbürgermeister Dr. Wälchli übernommen. 143 Firmen aus Lahr und Mittelbaden stellen auf der Messe aus. Neben einem Walfest am 7. Oktober findet am 4. Oktober ein Bauerntag statt, auf dem Landwirtschaftsminister Kirchschläger und der Präsident des Badischen Landwirtschaftlichen Hauptverbandes, Lampert Schill, sprechen.

Württemberg

Die dem Volksbanken des württembergischen Genossenschaftsverbandes (Baden-De-Bi-Bi) anvertrauten Gelder in laufender Rechnung, Termingeldern und Sparanlagen haben sich im August um 8,3 Mill. DM auf 184,5 Mill. DM erhöht. In dieser Summe sind 62 Mill. DM an Sparanlagen enthalten. Bei den Ausleihungen in Kontokorrenten beträgt die Wechselverpflichtungen um ein weiteres Zuwachs um 4,6 Mill. DM zu verzeichnen, während die Akzeptokredite und Debitormischungen um 3 Mill. DM zurückgingen. Der Gesamtbetrag der Ausleihungen betrug Ende August 383,5 Mill. DM.

Rückwirkend ab 1. September 1950 wurden für die Arbeiter der Zementwerke in Blumberg, Lauffen, Lohr, Nürtingen, Obergünzler und Uim neue Löhne vereinbart. Die Stundenlöhne wurden um 18 bis 18 Prozent erhöht. Dafür fallen die bisher ge-

mählten Monatsbeihilfen, die für Verheiratete 20 DM und für Ledige 15 DM betragen, fort. Die neue Lohnvereinbarung erhöht die Stundenlöhne effektiv um 4 bis 8 Pf.

Die Badefachausstellung, die im Rahmen der Kongresse für das Badenwesen 1950 vom 21. bis 26. September in Stuttgart veranstaltet wurde, ist von 50 Ausstellern aus dem ganzen Bundesgebiet besucht worden. Es war eine vielfältige Auswahl von Erzeugnissen der mit dem Badenwesen verbundenen Industriezweige gezeigt, darunter sind vor allem Badenwesen, Badedüsen, Unterwassermassagerie sowie die verschiedensten Sauna-Einrichtungen zu erwähnen. Darüber hinaus fanden die Geräte zur Veranschaulichung elektro-medizinischer Bäder Interesse des Fachmannes. Tabellen und schematische Darstellungen gaben Aufschluß über den heutigen Stand des Badenwesens. In einer besonderen Abteilung waren moderne Schwimm- und Rettungsgeräte zu sehen.

101 Konkursen, darunter 30 mangels Masse abgelehnte Konkursen, sind im 2. Vierteljahr 1950 in Württemberg-Baden ermittelt worden. Das sind den amtlichen Statistiken zufolge 8,5 Prozent weniger als im ersten Vierteljahr. Die Zahl der Verordnungen hat sich dagegen um 4 auf 26 erhöht. Der weitaus größte Teil der Insolvenzen betrifft Neugründungen. Die Zahl der Wechselproteste hat im 2. Quartal 1950 weiter zugenommen und hat mit 1480 Protesten die bisher höchste Anzahl erreicht.

Die Umsätze des Einzelhandels einschließlich der Warenhäuser und der Konsumgenossenschaften in Württemberg-Baden sind nach einer Statistik des württembergischen Wirtschaftsministeriums in den ersten acht Monaten des Jahres gestiegen und lagen im August bei 124 Prozent des Monatsdurchschnitts von 1949 und um 42 Prozent über den Umsätzen vom August des Vorjahres. Besonders bemerkenswert ist die Fortsetzung der Aufwärtsentwicklung von 133 Prozent im Juni auf 122 Prozent im August des Jahres. (Monatsdurchschnitt 1949 = 100). Das in diesen Monaten die Umsätze, wie auch im vergangenen Jahre, im allgemeinen rückläufig sind. Die Zunahme, die sich in den Sommermonaten dieses Jahres zeigte, hat sich in der Hauptsache auf die günstigen Ergebnisse der Sommerurlaubskäufe und auf die Dekorationskäufe im Zusammenhang mit dem Korea-Konflikt zurückgeführt.

Eine Umfrage der Arbeitsgemeinschaft der Industrie- und Handelskammern in Württemberg-Baden hat ergeben, daß die Betriebe in diesem Gebiet an einer Finanzhilfe für die Errichtung von Lehrlehrlingswerkstätten kein großes Interesse haben, da die Kapazität der vorhandenen Lehrlehrlingswerkstätten für die Ausbildung des Nachwuchses genügt. Es soll in Lehrbetrieben sogar noch genügend Platz für zusätzliche Ausbildung von Lehrlingen vorhanden sein, der zur Zeit nicht ausgenutzt wird, da die betr. Firmen ihren Nachwuchsbetrieb mit ihrem jetzigen Lehrlehrlingsbestand als gesättigt ansehen. Viele Firmen zeigen aber Interesse an der Errichtung von Lehrlehrlingswerkstätten, die nach Überwindung der allgemeinen Wohnungsmangel etwa ab 1954 dann als Leihbetriebe oder zu ähnlichen Zwecken verwendet werden könnten. Betriebe, die an einem Kredit für die Errichtung eines Lehrlehrlingsbetriebs interessiert sind, setzen sich am zweckmäßigsten mit ihrer Industrie- und Handelskammer in Verbindung. Nach einer Mitteilung des Deutschen Industrie- und Handelszweigs sollen nicht unbedeutende Mittel zur Überwindung der Berufsnot der Jugendlichen vorgesehen sein.

Rheinland-Pfalz

Einer Veröffentlichung im Mitteilungsblatt der Industrie- und Handelskammern für die Pfalz zufolge sind Ende August 1950 in der Pfalz 18 750 Arbeitlose registriert. Im Februar dieses Jahres erreichte die Arbeitslosigkeit ihren Höchststand mit 20 100. Ende Juli 1950 wurden im gesamten pfälzischen Wirtschaftsgebiet 375 000 erwerbsfähige Arbeiter und Angestellte gezählt. Erwa 40% der Neumehrung der letzten Monate entfallen auf die Bauindustrie und auf die Industrie der Steine und Erden. Rund 1200 Arbeiter und Angestellte fanden in der Eisen- und Metallindustrie Arbeitsplätze.

Auf dem Gelände der Sawega findet vom 13. bis 22. Oktober die Südpfälzische Herbstausstellung, verbunden mit einer Landwirtschafts- und Herbstblumenausstellung, statt. Beteiligt werden sein: Handel und Gewerbe, Industrie mit einer Sonderausstellung „Neuzeitliche Heizgestaltung“, selbst Blumen und Früchten eine Sonderausstellung. Der gezielte Verkauf von Fahrzeugen aller Art, Handwerk, modellschöne Handwerks- und Industriebetriebe.

Bayern

Die Produktionsabteilung der bayrischen Wirtschaft war im August etwas stärker als die im Bundesgebiet, geht aus dem Augustbericht des Bayerischen Wirtschaftsministeriums hervor. Die industrielle Produktion hat mit einem Indexwert von 112 (ohne Bauwirtschaft) im August einen neuen Höchststand seit Kriegsende erreicht (1949 = 100). Mit einer Fortsetzung der Aufwärtsentwicklung kann gerechnet werden. Der bayrische Export war im August mit einem Wert von 13,83 Mill. Dollar vor allem infolge zurückgegangener Schrottaushfuhren etwas geringer als im Vormonat. Die Niederlande stehen nach wie vor an der Spitze der Abnehmerländer.

Auf Grund der von der Bundesregierung in ihrer Kabinetsitzung vom 2. Mai 1950 beschlossenen Erklärung des Bayerischen Landes als Notstandsgebiet im Sinne der Verbandsordnung hat der Bundeswirtschaftsminister nunmehr die öffentlichen Auftraggebern empfohlen, einwärtigen den Bedarf „Bayerischer Wald“ auf folgende Kreise zusammenzusetzen: Walsertal, Wolfstein, Obervogel, Reichen, Fischhofen, Bogenwindtshaus, Hainig, Kolling, Cham, Neumarkt, Wald-München, Ober-Verstadt, Vieschtal, Vohraustraß, ferner die Kreise Deggendorf und Passau, sofern sie nördlich der Donau liegen.

In Kreisen der nordbayerischen Industrie wird die Ansicht vertreten, daß bei der Lenkung der Investitionskapitalien die industriellen Randgebiete

stärker berücksichtigt werden müssen. Bayern möge in dieser Beziehung erheblichen Wunsche an Kap eine hinstingende Steuerung industrieller Unternehmen ermöglicht eine aktive Förderschritte. Neben der Schaffung neuer Produktionsmöglichkeiten müsse vor allem die Steigerung der bestehenden Kapazitäten durch eine intensive Rationalisierung in Angriff genommen werden.

Die Getreideernte in Bayern hat durch erhöhte Erträge an Sommerweizen, Sommergerste und Wintergerste im Vergleich zu 1949 eine wesentliche Steigerung erfahren. Mit 1 237 000 t liegt sie um rund 80 000 t höher als im Vorjahr.

Der Verband der sächsischen Textilindustrie und die Industrie- und Handelskammer haben mit Wirkung vom 1. 9. 1950 eine neue Lohn- und Gehaltsregelung getroffen. Der Stundenlohn der Arbeitnehmer über 21 Jahre wurde um 8 Pf. für die männlichen und um 7 Pf. für die weiblichen heraufgesetzt. Ferner wurden die Zulagen und auch die Haushaltsbeihilfen um je 10% erhöht. Kaufmännische Angestellte erhalten eine Zulage von 10% in den Klassen 1 und 2 und von 8% in den Klassen 3 und 4.

Der Regierungsvorschlag für die Kapitalerhöhung bei der Bayer. Staatsbank ist jetzt von Haushaltsausschuß des Landtags verabschiedet worden. Nach dem Entwurf wird das Grundkapital der Bank von bisher 10 Mill. DM auf insgesamt 40 Mill. DM vor der Währungsreform, 40 Mill. RM, erhöht. Die Erhöhung soll innerhalb zwei Jahren vorgenommen werden mit jeweils 10 Mill. Bundesbanknotenleistungen, die zur Aufstockung der Bayerischen Staatsbank soll solange dem Reservefonds zugeführt werden, bis der Reservefonds den Betrag von 10 Mill. DM erreicht hat, danach sollen jeweils 25% des Jahresgewinns an den Reservefonds überwiesen werden.

Hessen

Der Produktionsindex der hessischen Industrie hat im August mit 109 Punkten einen neuen Nachkriegshöchststand erreicht. Die Produktion lag demnach über dem Stand von 1938. Auch hinsichtlich der Arbeitslage wurde mit 103 Punkten erstmals das Produktionsniveau von 1938 überschritten. Die Versorgung der Bevölkerung erreicht jedoch infolge der starken Bevölkerungszunahme erst 80 Prozent.

Die Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft des hessischen Handwerks AG, Frankfurt a. M. hat auf der letzten Hauptversammlung den Vorstand zur Erhöhung des Grundkapitals der Gesellschaft bis zum 31. 12. 1954 um 150 000 DM ermächtigt. Es sollen neue Aktien mit einem Nennwert von 300 DM ausgeben werden. Das Grundkapital von bisher 0,4 Mill. RM wurde auf 0,3 Mill. DM neu festgesetzt. Nach den Ausführungen des Vorsitzenden des Aufsichtsrates Dr. Paul Müller, Frankfurt, wurde die Zahl der Wohnungen nach der DM-Umstellung von 1848 auf 265 Wohnungen. Seit der Währungsreform wurden 130 fertiggestellt und weitere 241 Wohnungen stehen in Offenbach, Mainz, Wiesbaden und Darmstadt kurz vor ihrer Vollendung.

In Bad Nauheim wurde zwischen der hessischen Holzgewerkschaft und dem Arbeitgeberverband der Holzindustrie ein neuer Tarifvertrag abgeschlossen. Der neue Vertrag gilt bis zum 31. Januar 1951. Mit Wirkung vom 25. September ist der Stundenlohn für die Arbeiter der Holz verarbeitenden Handwerks, des Sägewerks und der Holzindustrie einschließlich der Sperrholzbetriebe um 7 Pf. erhöht worden. Danach beträgt der Mindestlohn in der Spitze der Ortsklasse 1 jetzt 1,30 DM.

In Frankfurt a. M. nahm der Geschäftsführer des „Deutschen Hotel- und Gaststättenverbandes“, Dr. Sauf, zu der geplanten Neuregung bzw. Ausweitung der Getränkesteuer Stellung. Zur Zeit befaßt sich der Hessische Landtag mit einem Entwurf über die Getränke- und Spirituosensteuer für das Land Hessen. Wie verläuft, soll dieser Entwurf als Grundlage für gleichlautende Gesetze in den anderen Bundesländern dienen. Da bislang nur die großen und mittleren Städte von dem Recht der Erhebung einer Getränkesteuer Gebrauch gemacht hätten, dürfte diese Steuer jetzt nicht zu einem breiten Bestandteil des kommunalen Steuersystems gemacht werden. Grundätzlich vertritt die Getränkesteuer in ihrer jetzigen und auch in der geplanten Form gegen das Prinzip der Steuerlosigkeit. Wenn schon Getränkesteuer, dann tatsächlich auf die Ware, auf das Getränk. Das heißt dann auch auf die durch den Lebensmittelhandel laufenden Getränke. Nach Meinung von Dr. Sauf könne dadurch diese Steuer auf ein Zielmaß gesenkt werden und würde aber eine erhebliche zur Folge haben. Nach sei die Getränkesteuer eine reine Gaststättensteuer, die allein auf die in Lokalen umgesetzten Getränke erhoben wird.

Nordrhein-Westfalen

Nordrhein-Westfalen rechnet mit einer Getreideernte von 1 674 000 Tonnen. Das wären 150 000 Tonnen weniger als im Vorjahr.

Ministerpräsident Arnold hat dem rheinisch-westfälischen Handwerkern mitgeteilt, daß die Landesregierung Nordrhein-Westfalen entsprechend ihrer bisherigen Einstellung auch weiterhin nachdrücklich für die Beibehaltung des großen Befähigungsnachweises im Handwerk eintritt.

Die Vereinigte Elektrizitätswerke AG, Dortmund, die zu den größten rein kommunalen Stromversorgungsgesellschaften gehört, kann auf ein 50jähriges Bestehen zurückblicken. Aus Anlaß dieses Jubiläums veranstaltete die Verwaltung eine Feierstunde, auf der Generaldirektor Dr. Siegel über die Entwicklung der VEW seit ihrer Gründung einen Überblick gab. Das Unternehmen hat jetzt nach nahezu vollständiger Beseitigung der Kriegsschäden wieder den technischen Vorkriegsstand erreicht und teilweise sogar über- und Erweiterungen liegt gegenwärtig auf dem Gemeinschaftswerk Haltingen, das mit 30% einer ECA-Anleihe von 18 Mill. DM und unter

Aufwendung eigener Mittel auf eine Leistung von 105 000 kWh gebracht wird. Im Münsterland und Sauerland sind zwei neue Hochspannungsleitungen im Bau. Für die nächsten Jahre rechnet das Unternehmen infolge erhöhter Industrieanforderungen und der zu erwartenden Mechanisierung der Landwirtschaft mit einer weiteren Zunahme des Strombedarfs.

Nachdem der Umsatz der Bestockungsindustrie im Bergischen Land im Januar 1950 auf 1,9 Millionen DM zurückgegangen war, hat der Umsatz für Bestock- und Tadelholz schon Art mit 2,7 Millionen DM im Juli 1950 wieder bereit den Monatsdurchschnitt von 1949 überschritten. Den wesentlichen Anteil an dieser Belebung hat die immer noch im Steigen begriffene Exportwirtschaft.

Wie von den Philips-Valvo-Werken mitgeteilt wird, schreiben Verhandlungen mit der Stadtverwaltung Krefeld über den Ankauf eines 7 Hektar großen Grundstücks zur Errichtung einer Fernsprechanlage bestehender Fabrik. (Siehe auch unsere Meldung an gleicher Stelle in der vorigen Ausgabe.)

Werkzeugmaschinenfabrik Wagner & Co., Dortmund, hat wieder auf. Nachdem endlich die Werkstätten, in denen alle Maschinen demontiert wurden, freigegeben worden sind, ist die neue Fabrikation wieder angelaufen.

Die Dortmunder Fahrzeughaufrfirma H. Wagner erhält aus der Türkei einen Exportauftrag über 180 Ford-Touren-Autobusse. Die für die türkische Landwirtschaft bestimmten Spezial-Anhänger müssen innerhalb von drei Wochen fertiggestellt und geliefert werden.

Der diesjährige Ehrenrittingtag mit der 131. Hauptversammlung im Laufe der jetzt 90jährigen Geschichte des Vereins Deutscher Eisenhüttenleute findet am 2. und 3. November 1950 in Düsseldorf, dem traditionellen Tagungsort, statt. Der eigentlichen Hauptversammlung am 2. November sind wie in früheren Jahren am Vortage mehrere Fachtagungen aus dem Gebiete des Eisenhüttenwesens vorgeschaltet, die ihren Abschluß in einem Kernausschlußtag am 3. November in der Hüttenhalle finden werden.

Auf der Bundesfachschau für das Hotel- und Gaststättengewerbe in Köln vom 29. 9. bis 4. 10. ist Belgien mit einer sehr repräsentativ wirkenden offiziellen Ausstellung vertreten, auf der Erzeugnisse der belgischen Landwirtschaft, wie Trauben, Obst, Gemüse und Blumen gezeigt werden. Die französischen Aussteller werden für die Weine ihres Landes, die holländischen Firmen zeigen Spirituosen, Gebäck, Konserven und Blumenzwiebeln, während italienische Aussteller die Veranstaltung mit Wermut- und sonstigen Süßweinen sowie mit Kaffeemaschinen beschränken.

Niedersachsen

Die Hackethal-Drahl- und Kabelwerke AG in Hannover feierten am 29. September ihr 50jähriges Bestehen. Am 29. 9. 1900 wurde die Firma als „Hackethal-Drahl-Gesellschaft mbH“ mit einem Kapital von 500 000 Mark in Hannover zur Auswertung der Patente des Telegrafendirektors a. D. Louis Hackethal gegründet. Obwohl die Werk zu 70 Prozent börsennotiert war, wurde bereits Ende 1943 schon wieder mit 500 Belegschaftsmigliedern gearbeitet. Heute schaffen bei Hackethal über 1800 Beschäftigte im wesentlichen für den Export.

Der Wirtschaftsminister des Landes Niedersachsen hat seine Einsparung von 28 Mill. DM errechnet, die sich für sein Land aus dem Stopp der Erntefürsorge, das heißt durch den Stopp der Montage von Rüstungs- und Verteidigungsanlagen ergibt.

Hannover und Schleswig-Holstein

Die Wumag Waggon- und Maschinenfabrik AG aus Göttinge hat ab 1. Oktober die Maschinenhalle II der früheren völlig demontierten Blohm & Voß-Werft Hamburg gepachtet. Mit einer Dieselmotoren von ca. 4000000 sollen Schiffmaschinen, überwiegend Krupp-Dieselmotoren gebaut werden.

Die Raffinerie der „BP-Benzin- und Petroleum-Gesellschaft“ in Hamburg-Pinkenwerder (früher Olex) hat am 28. September voll ihren Betrieb aufgenommen. Die Anlage wurde 1934 von der Eurontank erbaut. Im Dezember 1948 erwarb die Anglo-Iranian Oil Company, London, die stark kriegsbeschädigten Anlagen und begann mit dem Wiederaufbau. Bereits im Februar 1949 wurde ein Teil des Betriebes wieder in Gang gesetzt. Nach ihrer jetzigen vollständigen Wiederherstellung und Erweiterung verfügt die Anlage über eine Kapazität zur Verarbeitung von jährlich 600 000 t Rohöl. Hieraus werden 210 000 t Benzol, 170 000 t Dieselöl, 30 000 t Gas und 180 000 t Heizölrückstände gewonnen. 10 000 t beträgt der Verlust. Verarbeitet werden Rohöle aus den Fördergebieten der Anglo-Iranian Oil Company in Persien, Kuwait und dem Irak.

Der Anteil der Raffinerie an der weltweiten Rohölverarbeitung beträgt rund 14%. Sie besitzt dagegen nahezu 64% der deutschen Crack-Kapazität. Die Raffinerie liefert ihre Produkte entsprechend den Vorschriften der Teestoffbeschränkung an das Zentrum für Mineralöl, Vertreter der Chemikalie bestanden bei der Beschäftigung der neuen Anlage, daß genügend Benzin vorhanden sei, um die Bewirtschaftung aufbauen zu können. Der zur Erhöhung der Klopffestigkeit des Benzins benötigte Zusatz Bleibenzolthyl muß aber aus den USA eingeführt werden, da das einzige deutsche Herstellerwerk im sowjetischen Besatzungsgebiet demontiert wurde. Da die USA diesen Zusatzstoff seit Ausbruch des Korea-Konflikts zurückhalten, drohen der Benzinversorgung von dieser Seite her Schwierigkeiten.

Das staatliche Außenhandelskontor wird in Zukunft tätige Sprecherei für alle Auslandsfirmen Bremerhavens in den Räumen der Bremerhavener Handelskammer abhalten. Zweck dieser Sprecherei ist die persönliche Aufklärung der am Außenhandel interessierten Firmen und eine Ausdrücke über alle aktuellen Außenhandelsprobleme. Der erste Sprechtag findet am 28. September, 14 Uhr in den Räumen der Industrie- und Handelskammer, Bremerhaven, statt.

Die konstituierende Sitzung der bremischen Wirtschaftskammer findet am 10. Oktober unter Vorsitz des Bremer Senators für Wirtschaft, Hermann Wolters, im Bremer Rathaus statt.

Bei Borgward Bremen konnten auf Grund der Teilnahme an der ADAC-6-Stunden-Endprüfung auf dem Nürburgring am 24. 9. 1950 folgende Erfolge verzeichnet werden:

4. Hans 1950“ am Start, 4. „Hans 1950“ am Ziel. Wertungsgruppensteiger und schneller Fahrer der Klasse bis 1200 ccm, Großer Mannschaftspreis mit goldenem Schild, 5 goldene und 1 silberne Medaille.

Die Industrie Schleswig-Holsteins erhöhte im August ihre Produktion in nahezu allen Industriezweigen. Nach amtlichen Angaben wird das vorwiegend auf die Aktivität der Bauindustrie, auf umfangreiche Exporte, teils insbesondere, zurückgeführt. Nur die Industriezweige NE-Metalle, Maschinenbau und Keramik weisen einen Produktionsrückgang auf, infolge längerer Lieferfristen, traten im August in der Versorgung mit Roh- und Hilfsstoffen vorübergehend Mangelserscheinungen auf. Die weltweite Lage der Sommer-schuldverfall, Steuerrückzahlungen und die Auszahlung von Subventionen haben zur Belebung der Industrie beigetragen.

Am 13. und 14. Oktober findet in Travemünde die Jahreshauptversammlung der westdeutschen Papierfabrikanten statt.

Wegen Werkespionage standen in Lübeck der 44jährige Ingenieur Rudolf König und der 30jährige Konstrukteur Adolf Radars vor Gericht. Sie wurden letzter wegen fortgesetzten gemeinschaftlichen Diebstahls betriebseigener Konstruktionspläne und Zeichnungen der weltbekannten Lübecker Firma für Fischereifischereimaschinen (Nordischer Maschinenbau Rudolf Bauer) für die norwegische Firma „Ma-Trø-Fa“ Vertriebs für Fischereifischereimaschinen in Oslo zu je acht Monaten Gefängnis verurteilt. Mangels Beweise mußten sie von der Anklage des Verrates von Betriebsgeheimnissen und Vergehens gegen den Patentschutz freigesprochen werden. Dieser Prozess hätte somit ein wertvolles Beitrag zur Sicherung des deutschen Patentschutzes im Ausland werden können.

Ostzone

Das Volksinkommen in der Sowjetunion betrug im Kalenderjahr 1950 etwa 30 Milliarden Ostmark, betriebe die ostzone Wirtschaft „Die Wirtschaft“ vom 29. September. Der einhellige Staatshaushalt rechnet hiervon 19,4 Milliarden Ostmark oder 64% des Volksinkommens in Anspruch. Dieser sogenannte einseitige Staatshaushalt umfaßt den Haushalt der Republik (11,7 Milliarden), die Haushalte der Länder (3,7 Milliarden), der Stadt- und Landkreise (4,3 Milliarden), sowie der kreisangehörigen Gemeinden (0,4 Milliarden) und ferner die Sozialversicherung (3,3 Milliarden). Der Anteil der Leistungen der volkseigenen Wirtschaft an dem gesamten Staatseinkommen wurde zu Beginn dieses Jahres von dem Staatssekretär des Finanzministeriums der Sowjetunion, Rumpf, mit nahezu 10% angegeben, während dieser Anteil im Vorjahr nur 2,9% betragen habe. Durch Steuern (einschließlich der Steuern der volkseigenen Wirtschaft) werden 50% der Deckungsmittel aufgebracht, während die restlichen 50% sich aus Einnahmen der Verwaltung (Gebühren usw.) zusammensetzen. Zur Ausgeweitheit wird in dem Artikel der „Wirtschaft“ lediglich festgestellt, daß diese durch den als Gesetz beschlossenen Volkswirtschaftsplan bestimmt werde. Die Ausgaben würden sich zu rund 20% auf die Wirtschaft verteilen, zu 20% auf die allgemeine Finanzverwaltung (einschließlich Reparaturen) zu 20% auf kulturelle Belange und zu 15% auf die Verwaltung.

Die Volkswirtschaft der Sowjetunion müsse gegenwärtig noch immer über ein Drittel ihrer gesamten Produktion für die Produktion von Rüstungsgegenständen zur Verfügung stellen, und zwar auf dem Wege der Beschäftigung sowie der ständigen Reparationsmaßnahmen aus der laufenden Produktion, des Abtriebs der SAG-Gewinne, sowie der sich ständig steigenden Ausbeutung der Uranvorkommen. Zu diesem Ergebnis kommt das deutsche Institut für Wirtschaftsforschung in einer vergleichenden Betrachtung über die deutsche Industrieentwicklung in West- und Ostdeutschland in dem Wochenbericht vom 29. September 1950. Im Endergebnis stellt sich die effektive Industriekapazitätverteilung, die in Westdeutschland bereits den Vorkriegsstand überschritten habe, für die sowjetische Besatzungszone auf höchstens 54%. Allein wegen der verhältnismäßig hohen Investitionsanlässe überschreite die mangelnde Industrieleistung die Bevölkerung in der Sowjetunion in keinem wichtigen Verzugsbereich ein Viertel des Vorkriegsstandes, wobei die qualitativen Verschlechterungen der an die Zivilbevölkerung verteilten industriellen Waren noch besonders zu berücksichtigen sind.

Die Zahl der Beschäftigten in der Volkswirtschaft der Ostzonerepublik werde durch den Fünfjahr-Plan auf 7,6 Mill. festgesetzt, erklärte der Ostzonen-Ministerpräsident Otto Grotewohl am 27. September vor der provinziellen Volkskammer in Oettern. Das bedeute, daß bis 1955 gegenüber dem laufenden Jahr eine Erhöhung der Beschäftigtenzahl um 600 000 erreicht werden müsse. Infolgedessen sei eine Erhöhung des Prozentsatzes der arbeitenden Frauen erforderlich. Der Prozentsatz der arbeitenden Frauen in der gesamten Ostzonenvolkswirtschaft werde in Erfüllung des Fünf-Jahresplans von 37% auf 42% erhöht werden. Grundätzlich seien alle Berufe und Arbeiten den Frauen zugänglich. Eine bevorzugte Einbeziehung der Frauen gelte für qualifizierte Berufe der Elektro-Industrie, der Optik und Feinmechanik, des Maschinenbaus, des Baugewerbes, des graphischen Gewerbes sowie der Holz- und Möbelleindustrie.

Im Oktober Berlins wurden in den letzten Tagen bei einer großen Anzahl von Firmen — die genaue Zahl steht nicht fest — die entweder Filialen westdeutscher Betriebe sind oder die Filialen in den westdeutschen Betrieben unterhalten sind Durchprüfungen der Volkspolizei durchgeführt, die auch zu Beschlagnahmen und einem sofortigen Einsatz von Treuhändern führte. Der Oettern-Stadtrat für Wirtschaft, Bruno Baum, erklärte dazu in einer Presskonferenz, daß die von dem Oettern-Magistrat angeordneten Maßnahmen als notwendige Schutzmaßnahmen gegen umfangreiche Warenverlagerungen von Ost nach West anzusehen seien. Der Oettern-Magistrat habe seit längerem beobachtet, daß ständig umfangreiche Warenströme aus dem Oettern in die westdeutschen Betriebe gingen, insbesondere Eisen- und Baumaterialien nach Westberlin geschickt wurden. Sämtliche Geschäfte, die Ost-West-Geschäftsverbindungen hätten, würden überprüft werden. Je nach den Verbindungen und auch nach der volkswirtschaftlichen Bedeutung der Betriebe werde entschieden werden, ob sie ihren Inhabern zurückgegeben bzw. in welcher Form sie weitergeführt werden sollten.

Gordon Gray berichtet:

Aufgaben und Chancen der Länder

Woran sind die USA interessiert?

Einer der interessantesten Berichte der letzten Zeit dürfte wahrscheinlich die Ausarbeitung des Sonderauftrages von Präsident Truman für Fragen des Dollarausgleichs, Gordon Gray, sein. Darin werden folgende Punkte besonders herausgestellt:

1. Die lateinamerikanischen Länder streben stetig einer wirtschaftlichen Hochkonjunktur zu; sie dürften für das nordamerikanische Anlage suchende Kapital in der nächsten Zeit die stärkste Anziehungskraft ausüben.
2. Die Erträge der kanadischen Aushuf, soweit sie nach den USA gehen oder in US-Dollar berechnet wird, werden wahrscheinlich steigen; die Vereinigten Staaten sollten nach Ansicht von Gordon Gray die Käufe von kanadischen Gütern für die Durchführung des ERP-Programms und für das Verteidigungsprogramm der USA nach Kräften steigern.
3. Die steigende Industrieproduktion Japans sollte eine finanzielle oder materielle Unterstützung dieses Landes durch die USA nach 1951 nicht mehr erforderlich machen. Für Japan dürfte das größte Problem sein, ausländische Absatzmärkte zu finden; jedoch sind hier schon seit dem letzten Entwicklungsprogramm eigene Lösungen durch die größere Aufnahmefähigkeit in Süd- und Südostasien, in Lateinamerika und in Korea anzubahnen.
4. Für Afrika wird als dringendstes Problem die Beschaffung von Nahrungsmitteln für eine stark zunehmende Bevölkerung bezeichnet. Gegenüber dem afrikanischen Kontinent sind die Wirtschaftsmöglichkeiten der Vereinigten Staaten beschränkt, denn in erster Linie müsse die nordamerikanische Investitionskapital auf Europa ausgerichtet bleiben.
5. Die Entwicklungsmöglichkeiten im Nahen Osten sind nur begrenzt. Doch ist es von lebenswichtiger Bedeutung für die westliche Welt, diese beschränkten Möglichkeiten zu

fördern, um dieses Gebiet gegen eine Verstärkung des sowjetischen Einflusses zu immunisieren. Irak und Iran werden aus den höheren Preisen für Erdöl und Ägypten aus den höheren Preisen für Baumwolle Nutzen ziehen, doch ist es fraglich, ob hierdurch die zu erwartende Verteuerung der Einfuhren ausgeglichen werden kann. Eine solche Verteuerung könnte im Nahen Osten erheblichen Schaden anrichten.

6. Die neuen Regierungen der jetzt selbstständigen Staaten Süd- und Südostasiens stehen vor der Aufgabe, ihre landwirtschaftlichen Probleme angesichts der kommunistischen Bedrohung aus eigenen Kräften und aus eigener Geschicklichkeit zu lösen. Indonesien und Malaya werden hierbei durch das westliche Wiederaufbauprogramm stärksten Unterstützung. Thailand wird sich hierzu durch seine Lieferungen von Reis und Kautschuk, und Ceylon durch bessere Preise für Tee beteiligen. Die Reisante Burma betragt mit ein Drittel des Vorkriegsstandes, doch steigt sie stetig an. In Indochina ist mit einer Besserung der wirtschaftlichen Lage, solange die verwerrende innenpolitische Lage anhält, nicht zu rechnen.

7. Für Indien bietet das Verteidigungsprogramm der westlichen Welt wenig, was sich auf wirtschaftlichem Gebiete naturgemäß auswirken könnte. In dem Rest von Süd- und Südostasien kann viel durch die Gewährung von Anleihen getan werden. In Indien jedoch wird man ohne ausdrückliche Schenkungen nicht viel weiter kommen.

8. Von den europäischen Ländern leidet Frankreich unter einer vertriebenen Arbeitslosigkeit und unter einer gewissen Trägheit in seiner wirtschaftlichen Entwicklung. Auch in Westdeutschland macht die Arbeitslosigkeit noch immer Sorgen. Außerdem hat Westdeutschland wirtschaftlich durch den Verlust

seiner östlichen Absatzmärkte gelitten. Italien kämpft ebenfalls mit dem Problem der Arbeitslosigkeit, mit dem Problem des Ausgleichs seiner Zahlungsbilanz und der Entwicklung seiner eigenen Hochleistungs- und sonstigen wirtschaftlichen Mittelstellen. Diese drei Länder, Frankreich, Westdeutschland und Italien, sind einer internen sozialen und politischen Neugestaltung bedürftig, die durch Dollarhilfe allein nicht durchgeführt werden kann. Das hohe wirtschaftliche Potential Westeuropas ist durch das Fehlen von eigener Initiative und durch die Abhängigkeit der europäischen Industrie- und Geschäftswelt gegenüber einer internationalen in Konflikte mitbringenden Konkurrenz stark behindert. Dessenwegen hat man hier zu Handelsbeschränkungen geiffert und die Kartellbildung als Allheilmittel auf seine Fahnen geschrieben. Die Wiederaufbauhilfe hat die in Europa gehegten Hoffnungen, daß man im Jahre 1952 einer Dollarhilfe nicht mehr bedürftig, zusehen werden lassen. Es wird notwendig sein, so schließt der Bericht, nach Auslaufen des Marshall-Planes ein neues wirtschaftliches Hilfsprogramm, auf lange Sicht berechnet, für Europa auszuarbeiten, das im Juli 1952 beginnt und die Bereitstellung von 1,5 bis 2 Mrd. Dollar jährlich erforderlich machen dürfte.

Bei näherer Überlegung dieser 8 Punkte scheinen uns die Aussichten insbesondere für Europa als zu pessimistisch dargestellt zu sein. Immerhin sind diese Thesen ein Wert, einer größeren Öffentlichkeit bekanntzugeben zu werden.

Daneben stellen wir folgenden Bericht: „Zufriedenstellende Finanzstabilität Westeuropas“

Wie aus einem Bericht des Untersuchungs-ausschusses der OEEC über die Finanzlage der europäischen Marshallplan-Länder hervorgeht, konnte in Westeuropa allgemein eine zufriedenstellende finanzielle Stabilität erzielt werden. Über die zukünftigen Aussichten der Finanzstabilität in Westeuropa wird in dem Bericht festgestellt, daß in den Marshallplan-Ländern noch weitere große Investitionen zur Aufrechterhaltung der wirtschaftlichen Gleichgewichts und für Wiederaufbauarbeiten nötig sein werden. Auf einigen Gebieten zeigt sich jedoch bereits schon jetzt eine Abnahme der Investitionen, da der Bedarf in einigen Sparten der Wirtschaft bereits gedeckt erscheint. Andererseits macht sich in vielen Ländern eine weitere Zunahme von Investitionsmitteln bemerkbar.

Als hauptsächlichste Ursache für die erfolgreiche Finanzstabilität drohender Inflationen bezeichnet der Bericht des Finanzausschusses die in den letzten Jahren erfolgte beträchtliche Zunahme der Produktion. Die industrielle Produktion liegt derzeit in den meisten Ländern beträchtlich über dem Vorkriegsstand, während sich die landwirtschaftliche Produktion immer mehr nähert. Das sprunghafte Ansteigen der Produktion auf allen Gebieten zeigte jedoch im vergangenen Jahr teilweise ein Abflauen, so daß weitere Maßnahmen auf diesem Gebiet nötig erscheinen.

Eine Voraussetzung über die Folgen zu treffen, die die Einstellung der außerordentlichen Hilfe an Marshallplan-Ländern zeitigen würden, ist derzeit sehr schwierig. In einigen Ländern ist die im Rahmen des Europa-Hilfsprogramms gewährte Unterstützung relativ so groß, daß ihr Ausfall wahrscheinlich kaum durch eine Erhöhung der innerstaatlichen und durch Sparmaßnahmen wettgemacht werden könnte. Es wird daher in diesen Ländern nötig sein, die Ausgaben zu beschränken, falls sich nicht

Lohnbewegung in Frankreich

Die seit langem erwartete, von den französischen Gewerkschaften seit Jahresbeginn geforderte, von der Regierung und den Arbeitgebern in langwierigen Verhandlungen bisher nicht wieder aufgehobene Lohnbewegung ist jetzt, zum Teil durch reine Privatinitiative, zum Teil mit staatlicher Einwirkung, wenigstens zum Teil auf Regierungsinitiative durch 3 Lohnkommen in Fluß gekommen, die innerhalb weniger Tage unterzeichnet wurden.

Während die in der nordfranzösischen Textilindustrie unterzeichnete Abkommen, durch das die Löhne und Gehälter um durchschnittlich 10% erhöht wurden (13 bis 14% für die niedrigen Löhne und 7% für die höchsten Gehälter), vornehmlich lokalen Charakter besitzt und die Angleichung der Löhne und Gehälter dieser Industrie an die in den anderen nordfranzösischen Industriezweigen bezahlten Löhne zum Ziel hat, stellt die von der Leitung der staatlichen Renaultwerke gewährte Lohn- und Gehaltserhöhung um 5 frs pro Stunde für die niedrigen Löhne und 12,50 frs pro Stunde für die höchsten Gehälter einen „Test“ für die Metallindustrie des Pariser Raumes dar, der rund 300.000 Arbeiter beschäftigt. Der Stundenlohn eines pariser Arbeiters stellt sich bei Renault damit auf 103,20 frs. Inaugural, die neuen Löhne treten rückwirkend vom 1. September 1950 in Kraft. Außerdem gewährt die Firma ihren Arbeitern und Angestellten - rund 40.000 - in Zukunft ein Sterbegeld, das nach zehnjähriger Tätigkeit in der Firma gewährt wird und 100.000 frs plus 10.000 für jedes vierjährige Kind beträgt.

Das Abkommen geht auf eine ausschließliche Initiative der Fabrikleitung zurück, ohne daß vorher Verhandlungen mit den Vertretern der Belegschaft stattgefunden. Da die Firma unter staatlicher Kontrolle steht, darf man annehmen, daß diese Initiative von der Regierung nicht gebilligt, sondern wahrscheinlich hervorgerufen worden ist, mit dem Ziele, die unvermeidlich gewordene Lohnbewegung nach den jeweiligen regionalen und branchenspezifischen Bedingungen auszurichten. Auf diese Weise hofft die Regierung das Hindernis zu umgehen, das sich zur Festsetzung eines einheitlichen Mindestlohnes für ganz Frankreich nach Abschaffung der 5 regionalen Mindestlohne als unüberwindlich erweist. Mit der Restsetzung der Löhne bei Renault wolle die Regierung andererseits der Privatindustrie des Pariser Raumes, insbesondere der Metallbranche, einen Anhaltspunkt geben, auf welchem Niveau die Regierung die Löhne in der Pariser Gegend geregelt sehen möchte.

Daß hier auch politische Erwägungen mitspielen, versteht sich. Die Streikbewegungen der letzten Jahre gingen zum größten Teil von der Pariser Metallindustrie aus, und gerade die Belegschaft von Renault stand sehr oft an der Spitze dieser Bewegungen. Zu bemerken ist noch, daß der kommunistische Gewerkschaftsbund - C.G.T. - keines dieser beiden Lohnabkommen unterzeichnet hat.

Mittel und Wege finden, auf andere Art und Weise große Importe zu finanzieren. Sollte dies nicht gelingen, könnte eine Inflation kaum vermieden werden.

In Ländern, wo es in den unmittelbaren Nachkriegsjahren außerordentlich leicht war, einen hohen Beschäftigungsstand beizubehalten, besteht das Hauptproblem darin, den Bedarf und vielleicht vor allem auch die Investitionsmöglichkeit auf derartige Höhe zu halten, daß die Produktionskapazität voll ausgenutzt und eine wirtschaftliche Stagnation vermieden werden kann.

Auswirkung der Währungsabwertungen
Über die in einigen Ländern erfolgten Währungsabwertungen wird in dem Bericht im allgemeinen erwähnt, daß ihre Auswirkungen auf die internen Finanzlagen der betreffenden Länder nur mäßig waren. Ein Großteil des Handelsverkehrs der ERP-Teilnehmerländer spielt sich mit Ländern ab, die ihre Währungen abwerteten, und dies führte zu einer Reduktion der Importpreise und damit zu einer Erhöhung des Preisniveaus.

Im allgemeinen stiegen die Preise in der Mehrzahl der ERP-Länder nach der Abwertung, nachdem sie in den ersten Divivierteljahren 1949 etwas gefallen waren. In den sechs Monaten nach dem September 1949 stiegen die ein-pro-Preise jedoch nur in Österreich um 10% und in nur vier anderen Ländern um über 5%. Die Detailpreise wurden in keinem Land um mehr als 10% erhöht und nur in drei der 16 ERP-Länder war das Ansteigen mehr als 5%. Es kann jedoch als Folge der Währungsabwertungen noch immer zu einzelnen Preisanstiegen kommen.

Der Preisanstieg nach der Währungsabwertung hat in mehreren Ländern Probleme hinsichtlich der Lohnbewegung geschaffen. Es ist wichtig für alle ERP-Länder, durch geeignete Maßnahmen eine neue Inflation und ein weiteres Ansteigen der Lohn- und Preisniveaus zu verhindern, um nicht aber aus der Währungsabwertung hervorgegangenen Vorteile verlustig zu geben.

Nach Verminderung der US-Hilfe

Die im Entwurf des Europa-Hilfsplanes vorgesehene graduelle Verminderung der amerikanischen Hilfe wird in den nächsten Jahren

folgende Auswirkungen auf die wirtschaftliche Entwicklung Europas zeitigen:

1. Das Dollarproblem wird nach wie vor bestehen bleiben, da bestimmte Güter noch weiterhin aus Dollarländern importiert werden müssen. Durch amerikanische Investitionen könnte die daraus entstehende Dollarlücke zum Teil ausgefüllt werden.
2. Das Dollardefizit auf der ganzen Welt wird verringert werden müssen, falls die Anleihefähigkeit in überseeischen Ländern nicht erhöht wird. Eine solche Verminderung kann jedoch nur dadurch erzielt werden, daß der Inlandbedarf der einzelnen Länder und die Investitionen von einem Steigen über die Produktionskapazität zurückgehalten werden.

Allgemeine Schlüsse:
Abschließend wird in dem Bericht festgestellt: Die Bewahrung der internen Finanzstabilität ist ein wesentliches Teil der Wirtschaftspolitik der ERP-Länder. Stabilität der Preise und günstige Lage des Arbeitsmarktes sind unerlässlich für den wirtschaftlichen Wiederaufbau der Teilnehmerstaaten, der sich jetzt besonders in der Liberalisierung des Handels und der Gründung der Europäischen Zahlungsunion manifestiert. Jede Inflation oder auch nur jede beginnende Inflation in einem Land würde sich als ernstes Hindernis für die Liberalisierung des Handels erweisen oder es in Zahlungsschwierigkeiten bringen. Andererseits würde auch jede Deflation Zahlungsschwierigkeiten in den anderen Ländern hervorrufen, da sie Exporteinschränkungen verursachen.

Es war die amerikanische Hilfe, die das Erreichen der gegenwertigen internen Finanzstabilität der ERP-Länder ermöglichte. Jeder Fehler im Hinblick auf die Verminderung der amerikanischen Hilfe würde für jedes Land ein Nachlassen der Fähigkeit bedeuten, auch in Zukunft eine stabile Wirtschaftslage zu bewahren. Die interne Stabilität muß bewahrt bleiben, um an den Bemühungen aller Teilnehmerländer zur Erreichung eines gesunden Wirtschaftsstandes teilzunehmen. Dieser wird im ersten Artikel des Abkommens über den Europa-Hilfsplan folgendermaßen definiert:

„Es ist ein zufriedenstellend hoher Stand wirtschaftlicher Aktivität ohne außergewöhnliche Hilfe von außen.“

Pfund-Aufwertung wieder dementiert

Meldungen aus Südafrika über die Möglichkeit einer Aufwertung des Pfund Sterling gegenüber dem Dollar haben über das Wochenende dieser Frage, die wir schon in der vergangenen Woche zusammen mit der internationalen Wertpapierkommission, erneut eine starke Beachtung zuziel werden lassen. Aus London, der Londoner City verlässt sich hier, daß an diesen Gerüchten nichts Wahres sei. Die amtlichen Dementis britischer Regierungstellen haben allerdings, wie man in London nicht, insofern einen begrenzten Wert, als eine Veränderung der Währungs-Parität niemals zum Voraus bekanntgegeben wird. Doch ist die Lage in diesem besonderen Falle eine andere. Auch die Londoner Bankiers erkennen die Berechtigung der Regierungsdementis und der Haltung der britischen Regierung in dieser Frage an.

Man verweist darauf, daß die Krise, die eine Aufwertung des Pfund Sterling propagieren, zu vergessen scheint, daß das Pfund Sterling nicht nur die britische Währung ist, sondern darüber hinaus eine große Bedeutung als internationale Verrechnungseinheit hat. Es ist in fast der ganzen Welt mit Ausnahme des Dollar-Bloks auch heute noch die am meisten gehandelte und für den internationalen Zahlungsverkehr meist angewandte Währung. Andererseits wird zugegeben, daß das schnelle Steigen der britischen Dollar- und Goldreserven in Verbindung mit der britischen Deflation, im Gegensatz zu der nordamerikanischen Inflation, sehr wohl ein berechtigter Grund für eine Neuorientierung der Währungsparität des Pfund Sterling zum Dollar sein könnte. Doch steht dieses Problem in engstem Zusammenhang mit inflationären Erscheinungen in anderen Ländern des eigentlichen Sterlingblocks und der Länder, die die Transferierbarkeit des Pfund Sterling zusammen mit Großbritannien anerkannt haben. Dazu gehört jetzt auch die Europäische Zahlungsunion (EPU), in deren Mitgliedstaaten das Pfund Sterling fast ohne Beschränkungen als Verrechnungsdollars anerkannt ist. Auch unter den Mitgliedern der EPU gibt es einige, bei denen die inflationären Tendenzen sehr viel stärker ausgeprägt sind als in Großbritannien und selbst in den Vereinigten Staaten. Alle diese aber kosten dem Sterling-Block Devisen durch die Konversion ihrer Pfundguthaben in Dollar oder andere harte Währungen. Außerdem sei zu erwägen, so meint man in London, daß eine Herabsetzung der Pfund-Dollar-Parität oder selbst eine freie Konvertierbarkeit des Pfund Sterling irgend-woher Grundgedanke über die noch aus der Kriegszeit stammenden Sterling-Guthaben zur Voraussetzung haben müssen. Schon heute müsse festgestellt werden, daß die geltenden Bestimmungen und internationalen Abmachungen wahrscheinlich nicht ausreichen, um die Fluß von Sterlingguthaben in Dollarguthaben aufzuhalten oder zu vermindern.

Die große Auswirkung des Steigens der britischen Dollar-Reserven wird wahrscheinlich auf den internationalen Warenmärkten insofern fühlbar werden, als Großbritannien in die Lage kommt, Dollar-, Holz- und Grundstoffe zu erwerben, die bisher als Holz- und Grundstoffe aus Wechselkursänderungen oder aus dem Sterling-Block zu Aufpreisen zu bestehen.

Bedenken gegen den Preisindex
Das britische Arbeitsministerium hat soeben ein Sinken des Einzelhandels-Indexes für die letzten vier Wochen bis zum 15. August gemeldet, was von den Verbrauchern und einem Teil der Presse mit Skepsis aufgenommen worden ist. Die Basis des Indexes ist der 17. Juni 1947. Gegenüber diesem 100 war die Medianzahl am 15. Juli auf 114 herabgegangen und im August auf 113 gefallen. Der Rückgang wird von Arbeitsministerien auf erhebliche Preis-senkungen bei Kartoffeln, Äpfeln und Orangen zurückgeführt, obwohl die Preise für Eier und verschiedene Kleintiergüter und in manchen Gebieten die Kosten für elektrisches Licht herabgegangen sind.

Das Publikuum meint, diese Indexrechnung bedinge nur die Statistik, jedoch kaum die Handlung. Die Woche für Woche schwer durchzumachen. Die Frauen geben als Beweis, daß allein in der letzten Woche Speck, Butter, Haferflocken und verschiedene andere verarbeitete Getreide sowie besonders Kaffee

merklich gestiegen sind, dass Hemden, Wäsche-stoff und einfache Teppiche. Mit Steigerungen bei Konserven, Tee, Margarine, Kekes und Mischprodukten, elektrischen Taschenlampen, Batterien und Radiogeräten, also gerade bei wichtigen Artikeln des englischen Konsums.

Britisch-brasilianischer Handelsvertrag

Das am 18. September unterzeichnete brasilianisch-britische Handelsabkommen sieht brasilianische Exporte in Höhe von 51,44 Mill. Pfund Sterling vor. Mehr als ein Drittel der brasilianischen Ausfuhr müßte auf Baumwolle mit einer Quote von 18,65 Mill. Pfund Sterling. Diese Quote erreicht mit etwa 52 Mill. Dollar das Doppelte der für die Ausfuhr nach Deutschland vorgesehenen Baumwollquote von 25 Mill. Dollar und entspricht bei den heutigen Preisen ungefähr einer Ausfuhr von 25.000 bis 40.000 t. Im einzelnen enthalten auf die hauptsächlichsten Ausfuhrartikel Brasiliens folgende Quoten (in Mill. Pfund Sterling): Baumwolle 18,7, Kaffee 4,0, Kakao 3,8, Hölzer 1,6, Fleisch 3,0, Häute und

Bürgschaften für Tito

Das in Frankfurt/Main paraphierte Warenkreditabkommen zwischen der Bundesrepublik und Jugoslawien hat in westdeutschen Außenhandelskreisen zu lebhaften Erörterungen geführt. Erstmals habe Westdeutschland die Praxis der Vorkriegszeit wieder aufgenommen, indem es einem Südpolpartner seinen eigenen Staatskredit für größere Lieferungen von Investitionsgütern zur Verfügung gestellt habe. Man verkennt in der westdeutschen Außenhandelsindustrie nicht, daß dieses Abkommen angesichts der starken deutschen Kapitalknappheit und des gerade mit dem Jugoslawien-Geschäft verbundenen hohen Risikos ein gewisses Risiko darstellt, aber versucht darauf, daß auch die USA und England der jugoslawischen Regierung beträchtliche Kredite zum freien Aufbau des Landes zur Verfügung gestellt haben, und daß unter den heutigen Weltverhältnissen nur auf diese Weise ein Aufschwung an diesem Markt gesichert werden kann.

Ursprünglich habe sich die Forderung Jugoslawiens auf einen Kredit von 100 Mill. Dollar belaufen. Die Verhandlungen, die bereits seit dem 1. Juni liefen, hatten sich deshalb so schwierig gestaltet, weil einerseits die norddeutschen deutschen Stellen nur bereit gewesen wären, einen Kredit von etwa 25 Mill. Dollar zu gewähren, diesen aber revolvieren zu lassen, so daß schließlich für die Vertragstauer mit einem Volumen von rund 65 Mill. Dollar auf der Ausfuhr und Einfuhrseite zu rechnen gewesen wäre. Der Widerstand der hohen Kommission gegen dieses Projekt sei offenbar nicht zu überwinden gewesen. Auch das nunmehr vereinbarte Ausfuhrvolumen in Höhe von 147 Mill. DM (35 Mill. Dollar) bei einer Kredit-

summe von 126 Mill. DM (30 Mill. Dollar) sei immer noch auf starkem Widerstand bei den Westdeutschen gestanden, so daß die Entscheidung der Außenministerkonferenz in New York nicht zu umgehen gewesen wäre. Die rein technische Abwicklung dürfte über ein DM-Fondskonto, das bei der BDE geführt werden, erfolgen. Den deutschen Exporteuren würden die Refinanzierungskredite von der Kreditanstalt für Wiederaufbau zur Verfügung gestellt. Sie seien in den Jahren 1954 und 1955 von Jugoslawien zurückzahlen. Diese deutschen Kredite sollen durch eine Bürgschaft der jugoslawischen Nationalbank gesichert werden. Ferner dürften das Fabrikations- und Kreditrisiko der deutschen Exporteure noch durch eine Bürgschaft abgedeckt werden. Die Differenz zwischen dem Gesamtvolumen der deutschen Lieferungen und der Summe der Refinanzierungskredite der deutschen Exporteure, d. h. 21 Mill. DM (5 Mill. Dollar) soll bereits von Jugoslawien mit eigenen Ertragsmitteln in den Jahren 1952 und 1953 ausgeglichen werden. Während die deutsche Ausfuhrseite in den Vereinbarungen nicht spezifiziert worden sei, obwohl die Lieferungen auf Grund der direkten Führungnahme mit den in Frage kommenden deutschen Firmen bereits feststünden, seien die jugoslawischen Gegenlieferungen im einzelnen festgelegt worden. Diese Lieferungen liegen um 33 Mill. DM höher als das deutsche Ausfuhrvolumen von 147 Mill. DM.

Zu entsprechenden Gegenlieferungen in Agrarprodukten ist Jugoslawien derzeit kaum in der Lage. Es ist zu hoffen, daß seine Wirtschaftsexperimente gelingen, so daß es wieder eine wichtige Stellung als Handelspartner im Südoften erringen kann.

Oberschlesien in der Sowjetrüstung

Es war zu erwarten, daß sich Polen nicht lange der Verfügungsgewalt über die wertvollen ober-schlesischen Kohleabbauvorkommen erwehren würde. Die Sowjet-Union ist im ganzen immer noch ein Metallmangelndes und ihr Metallbedarf wächst in jedem kommenden Jahr noch wachsender. Wie jetzt berichtet wird, sollen bis Ende 1950 zunächst 2.000 sowjetische Fachleute für Bergbau und Metallindustrie nach Oberschlesien umgesiedelt werden, um die Gesamtleistung des ober-schlesischen Blei- und Zinkerganges zu übernehmen. Der ganze ober-schlesische Industrie-komplex soll in ein einziges großes SAG-Kombinat umgewandelt werden und man kann heute schon annehmen, daß die Polen in der Leistung des Kombinala kaum Blei und Stinno haben werden.

Schon einmal vor dem ersten Weltkrieg entwickelte sich der ober-schlesische Zink-Bleierzbergbau zu einem geschlossenen Wirtschaftsbild. Der Ausgang des ersten Weltkrieges führte zu einer sehr willkürlichen Zerteilung, denn die neue Grenze zwischen Deutschland und Polen verlief mitten durch das ober-schlesische Industriegebiet. Bei der Grenzsetzung waren sämtliche Blei- und Bobblei-Gruben in Polen gefallen, und von der Zinkblei-Grube blieb nur 20% von der Blei-Grube nur 20% deutsch. Auf deutscher Seite verblieben dazu noch einige Zinkwerke.

Sehr bald stellte sich damals in Polen Zinkermangel ein, während auf deutscher Seite die Zinkstätten fehlten. Deutschland war zudem von einem Zinkexportland zu einem Zinkimportland geworden. Es war nur dem Umstand zu verdanken, daß sich die erzführenden Schichten der Blei-Schärfel-Grube unter der Grenze hinweg auf deutsches Gebiet erstreckten, daß die Giesche-Gesellschaft auf diesen Vorkommen eine neue Grube, die Deutsch-Blei-Schärfel-Grube im Jahre 1928 dicht an der polnischen Grenze ausbauen konnte, womit die größte und modernste Zinkzinkgrube in Europa erst- und zweitgrößte wurde.

Die wirtschaftlich unsinnige Grenzsetzung hatte zur Folge, daß nach 1923 die westdeutschen Zinkwerke der „Schlesia“ im Wege des politisch vereinbarten Verkehrs, das in den polnischen Häfen gewonnene Blei zu verarbeiten, für das die Erde vorher aus Westoberschlesien d. h. aus Deutschland geliefert wurde. Über die Entwicklung der ober-schlesischen Zinkindustrie bis

zum Ausbruch des letzten Krieges gibt die nachstehende Zusammenstellung Auskunft (in 1000 t):

	Deutsch-polnische Zinkwirtschaft	
	Deutschland	Polen
Mittlerer Verbr.	Mittlerer Verbr.	Mittlerer Verbr.
1913	281,1	232,0
1918	171,9	188,0
1928	302,2	71,8
1929	105,0	109,0
1932	42,0	137,6
1938	194,4	208,4

Der polnische Zinkbergbau, teilweise aus von Deutschland gelieferten Erzen erzeugt, wurde nach dem ersten Weltkrieg hauptsächlich von der deutschen Wirtschaft aufgenommen. Nach dem Zusammenbruch Deutschlands wurde das gesamte ober-schlesische Industriegebiet von Polen in Besitz genommen. Polen hat es jedenfalls nicht verstanden, seit 1945 aus dem ihm zugefallenen wertvollen Besitz den höchstmöglichen Nutzen zu ziehen. Die polnische Blei- und Zinkergabe ist zum mindesten bis 1946 noch weit hinter der Vorkriegserzeugung zurückgeblieben (in Tausend):

	Zinkergabe	Bleierzeugung
1945	39.400	5.300
1946	34.900	4.800
1947	71.500	1.900
1948	87.000	15.100

Spätere Zahlen sind nicht bekannt gegeben worden. Es ist aber einmal anzunehmen, daß die Abwanderung deutscher Fachkräfte aus dem ober-schlesischen Revier sich ungünstig auf eine Produktionssteigerung ausgewirkt hat. Die polnische Wirtschaft wäre wahrscheinlich auch gar nicht in der Lage, die Erzeugung einer auf vollen Touren laufenden ober-schlesischen Zink- und Bleierzeugung zu konsumieren. Sie wäre wie vor dem Krieg auf den Export angewiesen. Daß sich dieser Export unter der gegenwertigen politischen Konstellation nicht nach dem Westen richten kann, dürfte sich bei den Ansprüchen Moskaus von selbst verstehen. Wahrscheinlich hatte man in Moskau damit gerechnet, den polnischen Blei- und Zinkbergbau auf dem normalen Handelswege zu erwerben. Anzusehen drängt aber die Zeit und so hat sich Moskau entschlossen, den ganzen Wirtschaftskomplex Oberschlesien in eigene Regie zu nehmen.



Schimmelpfeng

Die große Deutsche Aushufel
Der deutschen Wirtschaft
guter Berater

Handelszettel wie zum Beispiel, aus europäischen Ländern und Übersee, benötigt, schnell, übersichtlich

Auskunft: W. Schimmelpfeng - Bestenbach (Aachen)
(vormals E. O. Dun & Co.) GmbH

Hamburg 1, Spitzler Straße 47
Fernruf: 800000000, 22 25 87
Düsseldorf, Aachenerstr. 10
Schweinfurt 21 144, Niederstr.
Stuttgart, Stettinstraße 10
reguliert und in Berlin

Felle 2,8, Reis 2,7, Pflanzenfette 1,5, Rohwoll-Linter 1,4, Paraffin 1,4, Apfelsinen 1,2, Baumwoll-Linter 1,0.

Angesichts des schlechten Ausfalls der brasilianischen Baumwollenernte wird die restliche Ausfuhr der hohen Baumwollquote kein einfaches Problem darstellen.

In der Verteilung der Quoten für die Einfuhr aus England ist es Brasilien gelungen, wenigstens teilweise seine Wünsche nach einer Erhöhung der Petroleumquote zu realisieren, die mit 11,46 Mill. Pfund Sterling ungefähr ein Viertel der vorgesehenen Gesamteinfuhr ausmacht. Fast völlig ausgeschlossen ist die Kohleneinfuhr aus England, für die nur 600.000 Pfund Sterling vorgesehen sind, so daß der Gesamtanteil der Brennstoffe über die Einfuhrquote mit 28,12% nur ganz leicht über dem Anteil des Petroleums allein liegt. Die bedeutendste Einfuhrgruppe sind Anlagen und Maschinen für Landwirtschaft, Industrie u. Handel mit 20,91%. Rohstoffe für industrielle und landwirtschaftliche Produktion erhalten einen Quotenanteil von 21,67%.

Im ganzen entspricht der für 1950/51 vorgesehene Durchfuhrwert von 126 Mill. Dollar ungefähr der Durchschnittseinfuhr Brasiliens aus England während der letzten Jahre. 1949 führte Brasilien aus England Waren im Wert von 130 Mill. Dollar ein und 1948 im Wert von 126 Mill. Dollar. Für die Ausfuhr bedeutet die Gesamtquote von 144 Mill. Dollar eine wesentliche Steigerung.

Die verhinderte Rüstungshausse

in Metallen

Es muß erstaunlich erscheinen, daß angesichts einer weitverbreiteten Nachfrage nach NE-Metallen, mit der die Erzeugung in der letzten Zeit offenbar nicht Schritt halten kann, die Metallpreise, wenn man von Zinn abläßt, seit dem Ausbruch des Korea-Konfliktes nicht so reagiert haben, wie man es in einer freien Wirtschaft hätte erwarten können. Die Ursache für diese Entwicklung ist darin zu sehen, daß die amerikanische Regierung ihr Bevorratungsprogramm gegenwärtig nicht nur durchführt, sondern daß sie bestrebt ist, ihre Metallkäufe zu steigern. Diese Auktionenpolitik trifft nun auf einen Markt, der schon durch eine beträchtliche Angebotsknappheit seit Monaten gekennzeichnet ist. Wie verläuft, beachtet die USA-Regierung ihre Kupferkäufe um etwa 10.000 t/Jr und die Zinkkäufe um etwa 7000 t/Jr monatlich zu erhöhen. Diese Mengen würden dann für den zivilen Sektor der amerikanischen Wirtschaft fehlen und sich in einer weiteren Angebotsverknappung auswirken.

Wenn die NE-Metallpreise von den großen Erzeugern trotz ungewöhnlich lebhafter Nachfrage auf dem freien Markt gehalten werden, so ist der Grund hauptsächlich darin zu sehen, daß die Metallhersteller befürchten, daß die amerikanische Regierung wieder zu den Kontrollmaßnahmen in der NE-Metallwirtschaft greifen wird, die die Jahre des letzten Krieges beherrschten, die aber nach dem Krieg weitgehend abgebaut wurden. Dabei sind sie sich darüber klar, daß sie unter den gegenwärtigen Verhältnissen wahrscheinlich weit höhere Preise erzielen könnten.

Eine Folgeerscheinung dieser Entwicklung ist das Wiederauftreten eines grauen Marktes in den USA. Spekulative Käufer und Verkäufer, die in der letzten Zeit über ihren Bedarf hinaus gekauft haben, geben dann über begrenzte Mengen von Kupfer, Zink und Zinn abzugeben, und erzielen dabei beträchtliche Gewinne, denn einzelne Drahtwerke sind so knapp an Material, daß sie Altkupfer zu Überpreisen aufkaufen und raffinieren. In manchen Fällen kommen sie damit auf einen Gestehungspreis von 20 ct je lb.

Die großen USA-Metallgesellschaften tun gegenwärtig alles, um den Markt in der Hand zu behalten, weil sie eine allseitige Einmischung in die Metallwirtschaft des Landes nach Möglichkeit hinauschieben wollen. Man ist dabei der Meinung, daß in dem Augenblick, wenn etwa 45-50% der amerikanischen Metallproduktion in die Wiederaufrüstung gehen, das Zuteilungssystem des zweiten Weltkrieges und eine Preiskontrolle unvermeidbar wird. Deshalb scheut man sich, die Konkurrenz, die seit Wochen an den NE-Metallmärkten herrscht, prematurely auszulöschen.

Man erkennt sich, daß die Preise im zweiten Weltkrieg selbst unter Berücksichtigung der Subventionen, die an die Grenzkontrollen ergriffen wurden, wesentlich niedriger lagen als die gegenwärtigen Preise. So notierte Kupfer offiziell 11,77 ct je lb, Blei 6,56 ct, Zink 6,25 ct und Zinn 5,2 ct. Man hat die veränderten Preisniveaus, das nach 1945 notierte, die höchsten Nachkriegspreise betragen im Jahre 1949 für Kupfer 23,30 ct je lb, für Blei 11,30 ct, für Zink 11,90 ct und für Zinn 10,30 ct. Heute liegen sie bei 22,30-24,30 ct für Kupfer, 16,00 für Blei, 17,50 für Zink und erreichen für Zinn vorübergehend nicht weniger als 105,00 ct je lb. Damit haben die Metallpreise für Kupfer und Zinn nahezu den höchsten Nachkriegsstand wieder erreicht. Sie haben ihn für Zinn sogar überschritten und nur für Blei stellen sie bei etwa 74,5% dieses Standes.

Es ist fraglich, ob die amerikanische Regierung bei einer rigorosen Bewirtschaftung der Metalle, wie sie im zweiten Weltkrieg mit Erfolg gehandhabt wurde, den Metallherzeugern

auch nur die gegenwärtige Preishöhe kennendieren würde. Das aber fürchtet man offenbar in den Kreisen der Erzeuger.

Metallzwangsbewirtschaftung in USA

Die amerikanischen Metallherzeuger und auch der Handel sind sich klar darüber, daß die amerikanische Regierung in der kommenden Zeit beträchtliche Mengen Kupfer und Zink benötigt, und die verarbeitende Industrie versucht daher ihre Lager nach Möglichkeit aufzufüllen, ehe die Regierung Prioritäten einführt und die Metallzuteilung durch den National Production Authority anordnet. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird man zu vorerst der Industrie überlassen, die Metallzuteilungen unter Berücksichtigung des Regierungsbedarfs selbst vorzunehmen, und eine Reihe der großen Metallgesellschaften ist bereits zu einem solchen Verfahren übergegangen. Die Regierung verfügt gegenwärtig noch nicht über den für die reiblose Bewirtschaftung notwendigen Apparat. Man rechnet jedoch damit, daß die Zuteilungspolitik der privaten Gesellschaften nicht die reiblose Zustimmung der für die strategische

„Eine staatliche Organisations-AG.“ in der Tschechoslowakei

Das Durchgreifen in der Organisation der verstaatlichten und vergesellschafteten Betriebe in der Tschechoslowakei, die zahlreichen organisatorischen Mängel und Fehlleistungen und der Mangel an geeigneten Fachleuten für Organisationsaufgaben hat die tschechoslowakische Regierung veranlaßt, eine „Organisations-AG ins Leben zu rufen. Die neue „Organisations-AG“ (OAS) bezieht sich auf ihren Stammkapital von 3 Mill. Kčs, aufteilt auf 3000 Namensaktien, zu 3% im Besitz des Industrieministeriums und der Staatsbank, während sich in die übrigen Aktienanteile andere Ministerien teilen. Der aus 12 Mitgliedern bestehende Vorstand wird vom Finanzministerium im Einvernehmen mit der Regierung bestellt. Die OAS soll in jedem Verwaltungskreis eine Filiale einrichten — ein Beweis dafür, welche Wichtigkeit man der Neuordnung beimißt. Das fachtechnische Personal wird aus 500 ehemaligen tschechoslowakischen Wirtschaftsingenieuren und technokratischen Angestellten der Organisationsabteilungen der ehemaligen „Bata-Werke“ in Elze (heute Nationalunternehmen „Svit“ in Gottwaldov) bestehen, worin man die Werterschätzung erkennen kann, die die von der kommunistischen Propaganda bisher so vielgelobten Bata-Werke und ihre Organisation auch heute noch in der Tschechoslowakei genießen.

Die Aufgaben der OAS bestehen darin, die Organisation von Betriebsverwaltungen und der Kontrolle der Betriebswirtschaft aufzutragen, wobei diese Mitwirkung über Auftrag „von oben“ oder auf Ersuchen der Betriebsleitung erfolgen kann. Die OAS soll ferner Organisationsbefehle (Broschüren, Handb. nach den Richtlinien des Innenministeriums herausgeben. Offen wird bekannt, daß die „OAS“ bei der zur Zeit im Gang befindlichen einheitlichen Organisation der nationalen Unternehmen in der Tschechoslowakei eine wichtige Rolle spielen wird. Sie soll die verstaatlichten und vergesellschafteten Unternehmen „auf der Grundlage der sozialistischen wissenschaftlichen Betriebsführung neu aufbauen“. Man erwartet ferner an höherer Stelle Einparungen im Verwaltungsapparat der Staatswirtschaft, Kostensenkungen, Produktivitätssteigerungen und die Abstellung der bisherigen Mängel, Korruptionsfälle und Fehlleistungen in leitenden Stellen der Staatsindustrie.

Österreichs Exportchancen

durch Rüstungskonjunktur

Der letzte allmonatliche Bericht des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung, der die Wirtschaftsentwicklung Österreichs von Mitte Juli bis Mitte August registriert, stellt fest, daß die wirtschaftlichen und wettbewerbspolitischen Folgen der Koreakrise nunmehr langsam auch auf Österreich übertragbar geworden. Die Nachfrage nach wichtigen Rohstoffen auf der anderen Seite die Zurückhaltung von Waren sei zwar in Österreich sehr viel weniger zu spüren als in den meisten anderen Ländern, machte sich jedoch bemerkbar. Die Einzelhandelsumsätze sind in der Berichtzeit — entgegen den Salesberichtigungen — um durchschnittlich 3,5% gestiegen. Nur die Erschöpfung der Kaufkraftreserven, — die in Österreich besonders schwach sind, — haben in der zweiten Hälfte der Berichtzeit wieder ein Abklängen der Kaufkraft bewirkt. Da die österreichische Wirtschaft noch über größere Lager billig eingekauft hat, verlor sie, hat sich der Preisanstieg auf den Weltmärkten bisher nicht so stark wie anderswo bemerkbar gemacht, bzw. das Steigen der Preise für Lebenshaltung wurde durch übernormalen Zurückgehen der Obst-, Gemüse- und Kartoffelpreise im Gesamtwert weitgehend abgezwängt. Daher sind die Großhandelspreise von Mitte Juli bis Mitte August ebenfalls um 2,3 Punkte (von 554 auf 531, Preisbasis März 1938 = 100) zurückgegangen, während die Lebenshaltungskosten um 1,8 von 519,7 auf 503,3 (Preisbasis April 1948 = 100) zurückgingen. Die Beschaffung von Rohstoffen und Lebensmitteln zu erhöhten Weltmarktpreisen lasse allerdings für die nächste Zeit ein mögliches Steigen der österreichischen Preise voraussehen. Bisher haben bereits die Preise für Wolle, Baumwolle, Zinn, Zink, Kautschuk, Fleisch und Kohle ansgestiegen. Der Preis für Gold ist um 13,3% für Silber um 10,3% und für markentiefen Zucker um 33,3% gestiegen.

Der Bericht stellt sodann fest, daß die österreichische Industrie insbesondere die Schwerindustrie, dank der internationalen Rüstungswelle mit günstigen Exportchancen rechnen könne. Da Österreich selbst nicht mehr könne so seine ganze Industriekapazität für die Versorgung des Inlandes und den Export einsetzen, wobei sich der neue Exportmarkt und die Ausfuhrförderungsmittel dazu zurwirken könnten. Allerdings könne die österreichische Wirtschaft diese Chancen nur dann richtig ausnützen, wenn die seit Monaten schwelenden Fragen des unvollständigen Subventionsabbaus und der Ver-

einbringlichkeit des Schillingkurses an gelöst werden, daß die österreichischen Exportgüter auf den Weltmärkten konkurrenzfähig bleiben. Das Forschungsinstitut rechnet aus, daß die Beseitigung aller Importsubventionen und die geplante Erhöhung der Apparate des Lebenshaltungskostenindex um mindestens 13% erhöhen würde. Schließlich empfiehlt das Institut im Zusammenhang mit dem steigenden Weltmarktpreis und dem vorgesehenen Subventionsabbau die Preisüberbretenden in Österreich durch eine vollständige Geld- und Kreditpolitik in engen Grenzen zu halten.

Verlängerung des Handelsabkommens mit Ungarn

Das zwischen Ungarn und Österreich bestehende Handelsabkommen ist nach der Meldung aus Budapest um ein weiteres Jahr verlängert worden. Ungarn wird Österreich handelswirtschaftliche Erzeugnisse wie Weizen, Butter und Vieh, sowie Industriewaren liefern, während Österreich Eisen- und Stahlzeugnisse, Papier, Magnesium und Maschinen nach Ungarn ausführen wird.

Auch deutsch-österreichisches Handelsabkommen verlängert

Das am 30. Sept. 1950 ablaufende deutsch-österreichische Handelsabkommen vom 20. September 1949 ist bis zum 31. Oktober verlängert worden, weil der österreichische Handelsdelegierte in der Bundesrepublik Deutschland, die Hobe Kommission hat der Verlängerung zugestimmt.

Kredite aus dem Exportfonds

Der österreichische Exportfonds, der zum Zwecke der Exportförderung durch Kreditgewährung im Leben gerufen wurde, ist nunmehr in Tätigkeit getreten. Er wird hauptsächlich kurzfristige Kredite bis zu 6 Monaten vergeben. Nur in Sonderfällen sind mittelfristige Kredite bis zu 12 Monaten zur Verfügung gestellt werden, die mit 6% verzinset werden. Der Mindestkredit beträgt 10.000 Schilling. Die Kredite werden nur für Ausfuhrgeschäfte mit dem vereinbarten Staat oder gegen freie Dollar gewährt und können sowohl für die Finanzierung der Produktion als auch für die Aufzucht der Ware verwendet werden.

Vorratbildung verantwortlichen Kreise finden wird, es daß eine starke Wahrscheinlichkeit dafür besteht, daß innerhalb weniger Monate von der Regierung der für eine neue Bewirtschaftung der Metalle notwendige Stab ins Leben gerufen wird. Das wäre wahrscheinlich gleichbedeutend mit der Festsetzung von Metallhöchstpreisen wie im zweiten Weltkrieg, und es ist zweifelhaft, ob sich die Regierung damit begnügen wird, die gegenwärtigen Preise unbeeinträchtigt zu lassen, oder ob sie nicht Preisobergrenzen vorsehen wird. Diese Ausichten sind es, die die amerikanischen Metallherzeuger trotz einer ungünstigen Konjunktur veranlassen, die Preise nicht zu übersteigern. Der offizielle Kupferpreis beträgt gegenwärtig immer noch 22,30-24,30 ct je lb, doch werden im offenen Markt bis zu 31 ct je lb für Kupfer gezahlt. Für Zink belaufen sich die gezahlten Preise letztlich auf 25 ct je lb, während der offizielle Preis nur 17,50 ct beträgt.

Französischer Stahl für russisches Mangan

Frankreich hat der Sowjetunion, wie aus London berichtet wird, 3000 t Stahlabbruch im Wert von 60 Mill. frs in den letzten beiden Monaten geliefert. Diese Lieferungen waren ein Teil eines Kommissionsgeschäftes zwischen einer französischen Stahlgruppe und der Sowjetregierung, die Mangan gegenseitig hat.

Der chinesische Außenhandel in Erzen und Metallen

Nach einem Bericht der Chinese News Agency wird der chinesische Außenhandel im wesentlichen auch weiterhin in den Händen privater

Auch Holland erhöht Diskont

Die Niederländische Bank hat am 25. September den Bankdiskontsatz von bisher 2 1/2% auf 3% heraufgesetzt.

Gleichzeitig mit der Erhöhung des Bankdiskontsatzes wurde der Diskontsatz für Solawechsel von 1 auf 2 1/2% geändert.

Die Maßnahmen der Niederländischen Bank, die erste dieser Art seit dem 27. Juli 1949, wird mit der stärkeren Kreditbeanspruchung infolge der internationalen wirtschaftlichen Lage erklärt. Außerdem habe sich, wie die Niederländische Bank ausführt, die Zahlungsbilanz der Niederlande im Vergleich zum Vorjahr weniger günstig entwickelt, was auf die Neigung der Geschäftswelt zurückgehe, die größere Lagerhaltung von Gütern durch Beanspruchung von Krediten zu finanzieren. Dieser Entwicklung müsse Einhalt geboten werden.

Um die Wirksamkeit ihrer Diskontpolitik zu erhöhen, hat sich die Niederländische Bank entschlossen, so verläuft in diesem Zusammenhang, den Finanzminister zu ersuchen, er solle sie mit größeren Vollmachten zur Überwachung der Kreditpolitik der Handelsbanken ausstatten. Die Durchführung dieser verstärkten Kreditkontrolle sei mit den Handelsbanken und mit den landwirtschaftlichen Kreditinstituten bereits diskutiert worden.

Außenhandel unverändert passiv

Die niederländische Einfuhr und Ausfuhr haben sich im August gegenüber dem Vormonat kaum verändert, wie aus den niederländischen Statistischen Büros veröffentlichten Zahlen hervorgeht. Danach erreichte die Einfuhr ohne Eisenwaren und Pelzwaren einen Wert von 620 Mill. hfl gegenüber 627 Mill. hfl im Juli. Die Ausfuhr ist gegenüber dem Vormonat leicht zurückgegangen und betrug 436 Mill. hfl im Vergleich zu 444 Mill. hfl im Juli. Es ergibt sich somit ein Einfuhrüberschuß von 184 Mill. hfl gegenüber 183 Mill. hfl im Vormonat.

In den ersten 8 Monaten 1950 lag die Einfuhr mit 4.961 Mill. hfl beträchtlich über dem Ergebnis des entsprechenden Vorjahreszeitraumes, wo sie nur 3.448 Mill. hfl erreichte. Auch die Exporte sind im Vergleich zu 1949 ansehnlich gestiegen und betragen 3.163 Mill. hfl gegenüber 2.280 Mill. hfl in der Zeit von Januar bis August 1949.

Leder- und Häuteausfuhrverbot gefordert

Der niederländische Wirtschaftsminister hat von der Utrachter Gruppe der Vereinigung der niederländischen Schuhmacher und Händler telegraphisch um sofortige Unterbindung des Exports von Leder und Häuten ersucht worden, andernfalls eine weitere Preissteigerung zu unvermeidlich besiedelt wird, während die jüngst angekündigte 15%ige Erhöhung der Reparaturpreise nicht zurückzuführen sein würde. Auf einer Tagung der Vereinigung in Utrecht wurde eine 15%ige Preissteigerung für Leder in Erwägung gezogen, jedoch nicht beschlossen. Es wurde darüber geklagt, daß infolge erheblicher Exporte guten Leders die niederländischen Werke sich mit drückender Qualität begnügen müssen, für die jedoch Preise wie für erstklassige Ware verlangt werden. Die Lederpreise haben sich in den Niederlanden seit 1944 um fast 10% erhöht. Käufe für deutsche und belgische Hersteller waren in allen erreichbaren guten Qualitäten werden als Ursache hierfür benannt.

Belgische Maßnahmen gegen Preissteigerungen

Obwohl die belgischen Hamsterkäufe ganz bedeutend abgenommen haben und mit fortschreitender Besserung der Lage auf dem belgischen Kriegsschauplatz an Umfang zunehmend zurückgehen, beschloß die belgische Regierung in einem Kabinettsrat, dennoch strenge Maßnahmen gegen die zunehmende Preissteigerung zu ergreifen. Die bisherige Bestimmung, daß diejenigen Produzenten und Zwischenhändler und Verkäufer zur Verantwortung gezogen würden, welche die Normalpreise nicht einhalten, hat sich als ziemlich unwirksam erwiesen, weil der Begriff des „Normalpreises“ verschiedenartig interpretiert wurde und sich insbesonderen nicht als zuverlässiges Kampfmittel gegen die Preissteigerung bewährt hat. Die Regierung wird in der beschlossenen Neuregelung der gegen die übertriebenen Preissteigerungen gerichteten gesetzgeberischen Maßnahmen die Bestimmung verankern, daß die gesamte Preissteigerung der betreffenden Waren nur die durch die eigentlichen Produktionselemente verursachte und in absoluten, präzisen Ziffern ausgedrückte wirkliche Verteuerung zum Ausdruck bringen dürfen. Es wäre also nur die durch die Verteuerung der Rohstoffe verursachte Preissteigerung gestattet und diese soll nur einmal, d. h. beim Produzenten, erlaubt sein. Die Zwischenhändler und Vermittler, die die Fertigerwaren an den Verbraucher weiterleiten, dürfen keine weiteren Preissteigerungen vornehmen, die nicht durch eine Verteuerung der Erzeugungselemente berechtigt wäre.

Unternehmen liegen. Die kommunistische Regierung Mao-Tse-Tung hat sich nur für „gewisse Mineralien“, wie es heißt, ein Außenhandelsmonopol vorbehalten. Es handelt sich vornehmlich um Wolfram und Antimonerz und Antimon sowie Zinn. Für Antimonerz, Antimon und Wolfram hat auch die Nationalregierung Chinas einseitig ein Ausfuhrmonopol errichtet, die aber nie voll zur Wirksamkeit kamen, weil in diesem Mineralien, für welche China der wichtigste Erzeuger in der Welt ist, immer ein lebhafter Schmuggel blühte. Wenn Mao-Tse-Tung diese Praxis beibehält, so offenbar in der Absicht, das Rüstungspotential der kommunistischen Welt zu stärken, bzw. das der westlichen Welt zu schwächen. Es ist in diesem Zusammenhang interessant, festzustellen, daß die Wolframpreise und auch die Preise für Antimonerz und Antimon seit Monaten steigen. Da die Lieferungen aus China und gegenwärtig auch aus Korea für die westliche Industrie vorerst sind.

Österreichische Stahlpläne

Der Ausbau der Werksanlagen der „Vereinigte Österreichische Eisen- und Stahlwerke“, der teilweise aus ECA-Mitteln finanziert wird, wird die jährliche Leistungsfähigkeit in der Stahlerzeugung von 170.000 t auf 203.000 t bringen. Für die Erzeugung einer Tonne Roheisen werden gegenwärtig nur 783 kg Koks benötigt. Nach Berichten aus London ist das ein Weltrekord in der Wirtschaftlichkeit des Brennstoffeinsatzes.

Ägyptischer Staat will Steuern erhöhen

In einer Verlautbarung des ägyptischen Finanzministers heißt es, die staatlichen Einkünfte deckten zwar die normalen Ausgaben, einem zusätzlich auftretenden Bedarf jedoch seien sie nicht mehr gewachsen. Auch Ägypten müsse sich auf alle Fälle vorbereiten, daher sei es notwendig, den Verteidigungsetat zu stützen. Jedoch sei das ägyptische Finanzministerium gegen die Auflegung neuer Anleihen zur Finanzierung von Mehrausgaben. Daher nimmt man mit Sicherheit an, daß sie auf dem Weg über die Steuererhöhung werden sollen. Man spricht vor allem von einer Erhöhung der Einkommensteuer für Industrie- und Handelsunternehmen, die in den letzten Jahren eine gute Konjunktur erlebt hätten. In Kreisen der Wirtschaft werden solche Pläne heftig abgelehnt. Man weiß dabei darauf hin, daß hohe Steuern den notwendigen Zufluß ausländischen Kapitals zurückhalten würden. Auch eine beachtliche Besteuerung der in Ägypten ansässigen Aus-

länder würde den gleichen Erfolg zeitigen. Die finanzielle Situation Ägyptens wird als gut fundiert bezeichnet. Außerdem glaube man, daß der ägyptische Finanzminister sich nicht auf Experimente einlassen werde. Dank der in der letzten Zeit erfolgten Gold- und Dollarankäufe ist der Notenumlauf mit etwa 35 Prozent durch Gold und Bestände in harten Währungen gedeckt.

Rekord-Außenhandel Malaysias

Bei einer Ausfuhr von 266,9 Mill. Straits-Dollars und einer Einfuhr von 279,5 Mill. Straits-Dollars erreichte der Außenhandel Malaysias im August einen Höchstwert. Es ergibt sich somit ein Ausfuhrüberschuß von 11,7 Mill. Straits-Dollars.

Die Ausfuhr Malaysias nach der UdSSR erreichte in den ersten 8 Monaten 1950 einen Wert von 93,2 Mill. Straits-Dollars. Gegenüber dem Juli erhöhten sich die Exporte im August um 20 Mill. Straits-Dollars, wovon 24,2 Mill. Straits-Dollars auf Gummilieferungen entfielen.

Indien — Indonesien

Die seit dem 8. September in Jakarta geführten Handelsvertragsverhandlungen zwischen einer indischen Delegation und indonesischen Regierungsteilen sind am 27. September abgeschlossen worden. Wie in Jakarta amtlich bekanntgegeben wurde, ist eine Einigung über die grundsätzlichen Fragen für den Abschluß eines Handelsabkommens erreicht worden. Der Text des Handelsvertragsentwurfs, der den Bedingungen beider Länder zur Prüfung und Billigung eingeleitet wurde, soll erst später veröffentlicht werden. Die indische Delegation hat am 27. September Jakarta in Richtung Singapur verlassen.

Neues Wasserkraftwerk in der Türkei

Zwischen dem türkischen Staat und der ECA-Verwaltung wurde ein Abkommen unterzeichnet, durch das ein 6000 KW Wasserkraftwerk bei Sarizay in Nordwesten von Anatolien finanziert werden soll. Die Baukosten werden auf 120 Mill. türk. Pfund geschätzt. Die Marshallplanverwaltung wird Devisen im Werte von 40 Mill. türk. Pfund bereitstellen, während die Türkei den Rest der Baukosten tragen soll.

Ausbau der Stromversorgung auf Island

Innerehalb des Elektrifizierungs-Programms der isländischen Regierung, durch das die Stromversorgung des Landes vervollständigt werden soll, wurden der General Electric Co. ein Auftrag für zwei 2100 PS wasserangetriebene Turbinen-Generatoren u. Nebensaurüstung erteilt.

Schwedens Außenhandel verändert

„Es ist offensichtlich, daß wir (Schweden) in eine neue handelspolitische Situation gekommen sind, nachdem jetzt eine Reihe von Ländern erneut begonnen haben, den Export eines Teiles ihrer wichtigen Erzeugnisse zu quotieren“, erklärte Handelsminister John Ericsson in einem Interview mit dem „Västgöta-Demokraten“. Diese Erklärung ist im Anschluß an die Wiedereinführung der Exportkontrollierung für Kupfer sowie für gewisse Eisen- und Stahlzeugnisse und den Export von Baumwollwaren in den USA gemacht worden. Der schwedischen Handelspolitik müsse dieser Veränderung selbstverständliche Bedenken entgegen werden. Handelsminister Ericsson betonte bei der gleichem Gelegenheit mit, daß sich der schwedische Außenhandel im August im befriedigenden Maße entwickelt hat. Der Export dürfte etwa 500 Mill. skr. erreichen gegenüber nur 390 Mill. skr. im August vorigen Jahres.

und für Pergamentpapier um 16 Pfund Sterling je Tonne angekündigt.

Starke Erhöhung der Steuern in Norwegen

Die für die neuen Wehrausgaben benötigten Mittel sollen in Norwegen durch eine Erhöhung der steuerlichen Steuern um 10% sowie durch Erhöhung der Kräfteabgaben auf Schokolade, Süßigkeiten usw. sowie Alkohol um 50% aufgebracht werden. Die Erhöhung der Staatssteuern soll nur für physische Personen, jedoch nicht für Aktiengesellschaften und muß von allen Personen getragen werden, welche mehr als 300 skr. Staatssteuern zu entrichten haben. Auf Schokolade und Alkohol wird bereits jetzt eine Kräfteabgabe von 100% erhoben. Die Preise dieser Erzeugnisse dürften sich durch die Erhöhung der Kräfteabgabe um 25% etwa verdoppeln.

Norwegens Industrieproduktion

Norwegens industrielle Produktion weist für 1948 und 1949 die folgende Entwicklung auf:

	1948	1949
Zahl der Betriebe	5.700	6.080
Arbeitsstunden (Mill.)	420,8	430,3
Wert der Produktion für eigene Rechnung einschl. Produktions- und Umsatzabgaben an den Staat (Mill. nkr.)	6.353,3	6.781,1
Ersatz für Reparaturen (Mill. nkr.)	401,8	398,8
Ersatz für gemietete Arbeiten (Mill. nkr.)	79,8	81,8
Bruttoproduktionswert	6.834,9	7.351,6
Wert der Verbrauch-, Rohstoffe	3.042,2	3.129,3

Der Wert der Bruttoproduktion mit einer Zunahme von 415 Mill. nkr. von 1948 auf 1949 weist eine geringere Erhöhung als von 1947 auf 1948 auf; diese betrug 1115 Mill. nkr. Von der Zunahme der Erzeugung entfällt der weitaus überwiegende Teil auf die Eisen- und Metallindustrie, während sich für Holzverarbeitungs-erzeugnisse ein Rückgang ergibt, bedingt durch die unbefriedigenden Absatzbedingungen auf dem Weltmarkt in der ersten Jahreshälfte 1949.

Hier streifen und einzeichnen:

An dem

Karlsruher Wirtschaftsverlag GmbH
Karlsruhe i. B., Neilchenstraße 35

Probe-Bezug

Senden Sie mir die „Wirtschaftsrevue“ kostenlos einen Monat zur Probe.

Name _____

Ort _____

Straße und Hausnummer _____

Preiserhöhung für Pack- und Pergamentpapier

Eine führende schwedische Papierfabrik hat für Ende dieses Jahres im Zusammenhang mit den höheren Forderungen für Zellulose eine Preiserhöhung für Kull- und Kull-Packpapier durchschnittlich um 15 Pfund Sterling

Welt-Warenmärkte

Sieg in Korea brachte scharfen Preisrückgang

Kautschuk um 13%, Kaffee um 10% gesunken — Nur Wolle gehalten

Vorwiegend ist es der günstigeren Lage am Kriegsschauplatz in Korea...

Getreide

An der Chicagoer Getreidebörse stieg die Notierung für Weizen...

Tea

Die Preise an den Teemärkten in Kalkutta und Jakarta...

Zucker

Nr. 4. Weltmarkt, Januar-Termin, fiel von 2,87 ct...

Wolle

Wenn auch die Wollpreise im wesentlichen den hohen Stand...

Getreideerträge

Weizenpreise in Chicago in Dollar-Cent je Bushel...

Table with 2 columns: Month (December, März, Mai) and Price (e.g., 21.9, 22.4, 22.9)

Table with 2 columns: Month (Dezember, März, Mai) and Price (e.g., 21.9, 22.4, 22.9)

Table with 2 columns: Month (Dezember, März, Mai) and Price (e.g., 21.9, 22.4, 22.9)

Table with 2 columns: Month (Dezember, März, Mai) and Price (e.g., 21.9, 22.4, 22.9)

Öle und Fette

Die Aussichten auf einen baldigen Frieden in Korea...

Kaffee

An der New Yorker Kaffeebörse wurde Santos 19-Kontrakt...

Kakao

Acra-Kakao wurde in New York für Oktober...

wolle gelandet, gegenüber 23 384 Ballen in der Vorwoche...

Baumwollenerträge

Table with 2 columns: Month (Dezember, März, Mai) and Yield (e.g., 23.8, 24.3, 24.8)

Kautschuk

An der New Yorker Kautschukbörse fiel die Notierung...

Die internationale Märkte für Häute und Felle...

NE-Metalle in New York

Zu Preisveränderungen kam es am New Yorker NE-Metallmarkt...

Metalle

Die für die UN-Bewirtschaftung geplante Entwicklung...

Kupferpreis für 25 ct je lb. Der englische Verzögerungsminister...

Bei der Zinnmarkt zeigt zwar seit einiger Zeit ein etwas...

Bei der Bleimärkte zeigt, beeinflusst von den anderen Märkten...

Preis von 16 ct einsehlich Zoll. Die westdeutschen Bleipreise...

Zink: Außerdem fällt bei weiter der Zinkmarkt. Er wird aber...

Erze

Wolfram: Im Mittelpunkt des Interesses steht weiterhin der Wolframmarkt...

Metallpreise vom 27. 9. 50

Table with 2 columns: Metal (Kupfer, Zinn, Aluminium) and Price (e.g., 202.5, 147.10, 114.10)

Deutsche Börsen

Large table with multiple columns showing stock prices for various companies like Allianz, Deutsche Bank, etc.

Auslandsbörsen

Table with 2 columns: Location (Paris, London, etc.) and Price (e.g., 29.9, 210.0)

SCHWEIZ: gehalten bei geringem Umsatz

Im Gegensatz zu den anderen Weltbörsen wirkte sich die politische Vorgänge...

Advertisement for Erdbohrer, Brunnenbohrer, TALPA with contact information.

berührt wurden. Auch Bank- und Industrieanteile fanden etwas mehr Interesse, wobei Handelsbank und Eidgenössische Bank im Vordergrund standen. In diesen Werten nahm der Berufsstand größere Engagements vor. Zum Wochenendausschlag wurden Unfall-Winterthur stärker beachtet, wenn die in Aussicht genommene Kapitalerhöhung des Konzerns Veranlassung gab. Die Umsätze an den schweizerischen Börsen, die im Frühjahr dieses Jahres rückläufig waren, im Juli und August aber wesentlich ansteigen und größer waren als in den entsprechenden Monaten irgendeines anderen Nachkriegsjahres, scheinen sich gegenwärtig wieder zu verringern.

28.9.	32.9.	
5 1/2%ige Young-Anleihe	19.60	18.25
5 1/2%ige Albrück-Dogern	102 1/2	103 1/2
Conti-Linoleum-Union	212	215
Elektra-Watt	731	730
Interhandel	672	676
Brown Boveri	914	920
Ciba	2190	2225
Neefle	1440	1448
Licht und Kraft	32 5/8	34
AEG	27 1/2	27 5/8

LONDON: fest; deutsche Werte sehr fest

Zwei Entwicklungen gaben der Londoner Effektenbörse in der letzten Berichtswoche das Gepräge. Die außergewöhnliche Festigung der deutschen Bonds und die starke Nachfrage nach indonesischen Werten. Von deutschen Bonds notierten die beiden Kall-Anleihen innerhalb einer Woche um 7 Punkte an, die Dawes- und Young-Anleihen wurden von dieser Bewegung mitgezogen. Meldungen, daß die westdeutsche Regierung für die Verpflichtungen aus der Vorkriegsverordnung einstehen werde und daß die bei den niederländischen Banken deponierten Guthaben bereits in relativ kurzer Zeit freigegeben würden, ließen ein reges Kaufinteresse aus. Für die Kursgewinner in indonesischen Wertpapieren waren die Erfolge der UN-Truppen in Korea entscheidend. Größeres Geschäft entwickelte sich in der Hauptnote in Kautschukwerten, jedoch fanden auch Zinnaktien und ferrierteile Bank- und Schiffahrtswerte starke Beachtung. In Kautschukwerten stieß die Nachfrage vornehmlich auf leere Märkte. Auf den übrigen Marktgebieten war die Kursentwicklung unregelmäßig, zumal da es im Laufe der Woche zu größeren Glattstellungen kam. Von Kupferaktien, wovon Ndangwa eine Sonderbewegung auf, die die ständig sehr starke Nachfrage nach diesem Metall um ernste Gerüchte über eine Sitzeverlegung der Gesellschaft nach Rhodesien Anregung boten. Britische Staatspapiere unterlagen mehrfachen Schwankungen, konnten sich im allgemeinen aber leicht festigen. Hierzu trugen größere Überaufträge bei, die zum Teil infolge des herrschenden Stückmangels nicht ausgeführt werden konnten.

28.9.	32.9.	
5 1/2%ige Consols	72 1/2	73
7%ige Dawes-Anleihe	25 1/2	23 1/2
7%ige Young-Anleihe	18 1/2	17 1/2
7%ige Deutsche Kall-Anl.	70	63
6 1/2% DL Kall-Anleihe	68	61
Rio Tinto	17 1/2	18
Royal Dutch	32 1/2	32 1/2
Anglo Iranian	131 1/2	130 1/2
Courtauld	37 1/2	38 1/2
Imperial Chemicals	42 1/2	45 1/2
Reuters Index Goldgründ.	94.1	93.7
Industriewerte	132.3	134.3
Kaffirwerte	111.7	111.3

NEW YORK: unsicher

An der New Yorker Börse standen in der Berichtwoche überwiegend Anteile von Gesellschaften im Vordergrund, deren Produktionsprogramm in erster Linie auf die Friedensbedürfnisse ausgerichtet ist. Dies gilt insbesondere für die Shares von Fernheizgeräte-Fabriken, Kredit- und Nahrungsmittel-Gesellschaften, Versorgungsbetrieben und Baumunternehmungen. Das Geschäft war indessen nur zeitweise lebhaft, da man vielfach erst Klarheit über die wirtschaftlichen Auswirkungen einer erfolgreichen Beendigung des Korea-Konfliktes zu gewinnen sucht. Teilweise wird eine Beendigung des Korea-Konfliktes dahingehend konzentriert, daß das Rüstungsprogramm möglicherweise nicht in dem geplanten beschleunigten Tempo durchgeführt wird und damit auch die inflationistischen Tendenzen weniger stark zum Ausdruck kommen werden. Aus diesem Grunde kam es auch vorübergehend zu einem stärkeren Kursrückgang von dem in erster Linie die Anteile der Schwerindustrie betroffen wurden. Diese Kursverluste konnten jedoch aber wieder heringebracht werden, als die Hausiers zu umfangreichen Käufen schritten. Eisenbahnaktien hatten lebhaftes Geschäft und unterlagen größeren Schwankungen. Die Auktionierung hoher Frachtwagenstellungen im Mittelwesten für das 4. Quartal, die die zur gleichen Zeit des Vorjahres um 23% übersteigen dürften, war im Laufe der Woche für die Kursentwicklung auf diesem Marktgebiet ausschlaggebend. New York - Chicago and Saint Louis Railway zogen stark an und erreichten mit 14 1/2 einen neuen Höchststand für 1950. Anlaß zu dieser Festigung war die Erwartung einer Wiederaufnahme der Dividendenzahlung.

Durchschnittskurse für:	28.9.	32.9.
30 Industriewerte	226.28	226.04
30 Eisenbahnwerte	67.64	67.50
40 Industrieanleihe	101.03	101.23
15 Versorgungsbetriebe	40.48	39.00
Moody's Index	467.4	470.9

Notenkurse in Zürich am 30. September

1 £ USA	4.33	4.30
1 £ England	16.86	16.86
100 Fr Frankreich	1.13 1/2	1.13 1/2
100 belg. Belgien	8.22 1/2	8.24 1/2
100 holl. Holland	101.50	101.50
100 schw. Schweiz	67.00	66.50
100 norw. Norwegen	48.00	48.00
100 dän. Dänemark	46.00	46.00
100 litv. Litauen	—	—
100 port. Portugal	14.70	14.00
100 arg. Argentinien	—	—
100 urug. Uruguay	—	—
100 südaf. Südafrika	—	—
100 österr. Österreich	13.50	14.00
1 israel. Israel	—	—
100 DM Deutschland	88.32	82.00

Die aktuelle Reportage.

OSRAM

Osram ist ein Begriff. Jedes Kind in Deutschland weiß, daß Osram Glühlampen herstellt. Aber auch im Ausland ist Osram ein Begriff. Das vor dem Krieg existierende internationale Phoebus-Kartell sicherte Osram in Deutschland einen Marktanteil von 70%, in Italien von 80%, in Schweden von 54% und in der Schweiz von 35%. Osram hatte vor dem Krieg elf Fabriken im europäischen Ausland und zwei Werke in Übersee. Heute ist der Export noch

in der Nähe von Heidenheim. Außerdem wurde schon Ende 1945 eine weitere Fabrik in Neheim in Westfalen zur Herstellung von Allgebrauchslampen aufgebaut. Das schon früher bestehende Glühlampenwerk in Augsburg konnte die durch den Krieg eingetretenen Schäden verhältnismäßig schnell beheben. Die Herstellung von Leuchtröhren, die mit Hochspannung betrieben werden, befindet sich in Mannheim und Essen. Für die Fertigung von Glühlampenkolben sind zwei Glasblöden im Gange, in Essen-Karnap und in Neustadt an der Waldnaab. Forschungsstellen befinden sich in Arnberg, Heidelberg und Morbach. Die Verwaltung und die Verkaufleitung für den Westen ist in Heidenheim.

In einem kleinen barackenhellen Gebäude gegenüber der Siedlung von Voith sitzt diese Verwaltung. Das Gebäude ist neu, aber es herrscht der alte Osram-Geist. Rührend sind die vielen Episoden, die uns dort erzählt wurden. Episoden von alten Osram-Arbeitern und -Angestellten, die teilweise im Rückzug oder auf den unzugänglichen anderen Wegen Maschinen und Maschinenteile wieder beschafften, als es hieß, die Fabrikation wieder in Gang zu bringen.

Man ist sich in diesem Gebäude klar darüber geworden, daß Osram inzwischen mehr Konkurrenz bekommen hat. Da ist nicht nur Philips, eine international bekannte Marke, sondern da sind auch noch drei andere deutsche Glühlampenfabriken, die man irgendwie erst nehmen muß. Das Phoebus-Kartell besteht seit 1943 nicht mehr — es war die große Lebensarbeit des ehemaligen Generaldirektors von Osram. Das ist also das zweite Handicap für Osram. Früher war Osram und Glühlampe fast identisch, heute heißt es, die Qualität gegen die Konkurrenz herauszustellen. Heute muß die Werbung darauf abgestellt werden, daß der Kunde eine Osram-Lampe verlangt und nicht eine Glühlampe schlechthin. Das ist nicht leicht, insbesondere wenn man seit 1945 mit einem ganz kleinen Kapital wieder anfangen muß.



Wendelprüfung (Gütekontrolle)

sehr gering, obwohl die Nachfrage aus dem Ausland nach Osram-Lampen sehr groß ist. Der Name Osram ist nur in Deutschland geschützt, aber nicht mehr im Ausland. So sind im Ausland minderwertige Lampen unter dem Namen Osram produziert und in den Handel gebracht worden, was dazu führte, daß die ausländischen Interessenten ausdrücklich verlangen, als wollten nur Osram-Lampen, die in Deutschland hergestellt sind. Auch aus der Ostzone kommen Fabrikkäufe mit dem Namen Osram, die aber in Westdeutschland — wenn man überhabhaft wird — der Beschlagsnahme verfallen.

Es gibt nur wenige Großbetriebe in Deutschland, die so viel verloren haben wie Osram. Der Hauptbetrieb im Osten Berlins ist vollständig zerstört worden, und die vielen in der Ostzone gelegenen Werke und Zehnerwerke gingen verloren. Auch die in den Westsektoren Berlins liegenden Betriebe haben schwere Verluste durch Bomben, Artilleriebeschuss und Demontagen erlitten. Heute arbeiten in Berlin wieder 8000 Menschen in den Osrambetrieben, und zwar in dem Hauptwerk in der Helmholzstraße (Werk 5 im englischen Sektor) und im Werk B im französischen Sektor. Im Werk B befindet sich auch die Hauptverwaltung. Im Werk B werden Allgebrauchslampen hergestellt, ein Maschinenwerk liefert Kolben und Giaruhr und ein Drahtwerk, dem Werk B angeschlossen, produziert den für die Glühlampenherstellung notwendigen Draht. Das Werk S stellt Sonderlampen und Leuchtstofflampen her; eine umfangreiche Forschungsabteilung ist diesem Werk angeschlossen.

Greifen wir noch einmal zurück: Im letzten Friedensjahr hat Osram monatlich 11,5 Mill. Stück Allgebrauchslampen hergestellt, im Jahr 1948/49 erzielte die Firma einen Umsatz von 109 Mill. RM, im Jahr 1949/50 26,6 Mill. DM; im Juni 1950 betrug die Gesamtbelegschaft 13.650, im Juni 1949 7824 und heute etwa 8500. Vom Friedensumsatz wurden etwa 15% exportiert, vom Umsatz des vorigen Jahres kaum 1%.

Zerstörungen und Demontage brachten Osram einen Verlust von etwa 80%. Man kann darum



Eisenblech-Automat

heute verstehen, warum es nach dem Zusammenbruch so schwer war, an eine Glühlampe zu kommen. Schritt für Schritt, aus den kleinsten Anfängen heraus, wurde der Wiederaufbau begonnen, und heute hat Osram etwa 50% der Vorkriegskapazität wieder erreicht. Schon während des Krieges wurden durch Verlagerungsaktionen Maschinen in die westlichen Gebiete Deutschlands gebracht, die nach dem Zusammenbruch unter vielen Mühen und Schwierigkeiten zusammengesucht und repariert werden mußten. Man konzentrierte die Sonderlampenproduktion in Herbrechtingen,



Ein Arbeitsraum im Werk Herbrechtingen

Der Wolframstaub wird dann zu Stäben gepreßt und diese Stäbe bei 2000 Grad gelöst. Wieder stehen eine Reihe kesselartig aussehende, kupfern glitzernde Gebäude vor uns, an denen unten ein Wolframstab hängt, durch den ein Strom mit hoher Amperenzahl durchgelassen wird. Jetzt hat der Wolframstab schon etwas Metallisches bekommen. Dann kommt er in die Hammermaschinen, die ihn von allen Seiten hämmern und ihn dadurch die innere Festigkeit geben. Nun geht es von einem Ziehvorgang in den anderen. Zuerst sind es die üblichen Drahtziehwerke, dann wird er schon auf Spulen gewickelt, und so wird er immer feiner, bis er die gewünschte Feinheit erreicht hat. Bis zu 1/100 mm kann jeder Draht angesetzt werden: Die niedrigste Feinheit für die Allgebrauchslampe liegt bei 1/100 mm (das Frauenhaar liegt zwischen 1/100 und 1/200 mm). Die Ziehstadien, die für diese feine Herstellung notwendig sind, werden auch in diesem Werk produziert. In den letzten Stadien des Ziehvorgangs haben die Ziehstadien innen Diamanten, die auf einer an der Seite im Raum stehenden Schleifmaschine immer wieder geschliffen werden, damit der Wolframfaden die gewünschte gleichmäßige Stärke hat. Die Toleranzen sind sehr gering, und schon eine geringe Überschreitung der Toleranz bringt eine wesentliche Qualitätsveränderung der Lampe mit sich. Wenn der Wolframdraht die letzte Ziehmaschine verlassen hat, dann ist er noch nicht einbaufähig; er muß nämlich noch gewandelt werden, d. h. dieser Wolframdraht wird auf einen anderen dünnen Draht gewickelt und dann wird der Halbdraht chemisch herausgelöst. Für die größeren Glühlampen wird der Draht doppelt gewandelt. Nach dieser Beschreibung kann sich schon der Laie eine Vorstellung von der Schwierigkeit der Produktion machen. Man kommt nur einmal in den Saal, in dem der Wolframdraht gewandelt wird. An langen Tischen steht ein Wendelapparat am anderen. Immer wieder leuchtet hier und da die rote Lampe auf, die der Arbeiterin zeigt, daß die Maschine aus irgendeinem Grunde nicht läuft. Dann springt sie hinzu, fädelt den Draht wieder ein und es geht weiter. Eine Reihe von Mikroskopen stehen zur Verfügung, um laufend die Güte der Produktion zu verfolgen.



Fertigung von 1000-W-Lampen

Man spricht davon, daß die finanzielle Ausgangslage in einem Betrage von 5000 RM beizubehalten ist, die von Siemens leitweise der Hauptverwaltung der Osram-Gesellschaft in der Helmholzstraße zur Verfügung gestellt wurde. Das Kapital ist auch sehr knapp; es wird ja alles wieder in die Produktion gesteckt, in die Erweiterung der Werke und in den Maschinenpark. Osram stellt alle Maschinen, die es in seinen Werken braucht, selbst her. Man kann nun schwer beides tun: die Produktionsstätten wieder auf den alten Stand bringen und gleichzeitig große Mittel in die Werbung stecken. Überblickt man aber die vergangenen fünf Jahre und die geradezu unvorstellbaren Aufbauleistungen, dann kann man annehmen, daß Osram sich sehr bald wieder zu dem entwickelt, was es einmal reingewonnen und wertmäßig war. Die Qualität hat, wie das in Deutschland üblich ist, auch bei Osram nie unter den Nachkriegswirkungen gelitten. Eine Lampe, die den Namen Osram trägt, verpflichtet, und die erste Allgebrauchslampe, die Ende 1945 die Berliner Fabrik verließ, war genau so gut wie eine von heute.

Wir haben diesen kurzen Rückblick an die Spitze dieser Reportage gestellt, um dem Leser einen Begriff von den Schwierigkeiten und den Leistungen zu geben, die Osram hinter sich — und noch vor sich hat. Um an Ort und Stelle die Aufbauleistungen sehen zu können, haben wir das Werk Herbrechtingen besucht. Am Rande dieses kleinen württembergischen Industriestortes wurde während des Krieges eine Fabrik zu Rüstungszwecken erbaut, im Juli, der damals notwendig war: mehrere höchstens zweigeschossige Gebäude auf verhältnismäßig engem Raum. Diese Gebäude standen nach dem Zusammenbruch leer oder wurden leer gemacht, und Osram zog mit seiner Sonderlampenproduktion dort hinein. Es ist sehr eng in diesem Werk, und je mehr die Produktion steigt, um so enger wird es werden. Selbst in den großen Sälen mußte man sich vom Tisch zum Tisch durchzwängen. Aber man sagt sich bei Osram: der Wichtigste ist zunächst einmal die Herstellung von Maschinen und die Produktion. Jetzt erst geht man an Baupläne.

Wohl das Komplizierteste an der Glühlampe ist die Herstellung des Wolframdrahts. Lassen wir also den langen Weg vom Wolfram zur fertigen Wende, wie sie in die Glühlampe montiert wird, an uns vorbeiziehen. In einem geheimnisvollen chemischen Labor mit vielen Kesseln wird das Wolfram zu reinem Wolfram verarbeitet. Nur Bruchteile eines Prozents macht das Rüstmittel aus. Alles andere ist reines Wolfram.

Lampe, aber man hat festgestellt, daß gerade dieses kleine Lämpchen Störungen im Empfang bereitet. Also prüft man an einem besonders Prüfling, das in der Mitte ein magisches Auge hat, diese Störungen, indem die prüfende Arbeiterin mit einer Stahlbürste über die brennende Lampe fährt und nun am magischen Auge die Wirkung ablesen kann.

Wir drängeln uns weiter durch die engen Gänge und kommen zu den in jeder Glühlampenfabrik bekannten Maschinen, die zu den, wie der Fachmann sagt, Gruppen gehören. Auf einem kreisförmigen Band werden auf der einen Maschine die Kolben mit dem Gestell vereinigt, auf der anderen luftleer gepumpt. Der Produktionsvorgang ist so bekannt, als daß wir hier im einzelnen darauf eingehen sollten.

Viel mehr interessiert uns die Herstellung der Leuchtröhren in einem anderen Bau des Werkes. Ein unheimlicher physikalischer Vorgang spielt sich in einer Leuchtstofflampe ab, wenn sie brennt. Man wird an die Arbeitsweise eines Cyclotrons erinnert, wenn



Aufbringen des Leuchtkörpers bei Biluxlampen

man die Beschreibung des technischen Vorgangs hört. An beiden Seiten der Leuchtstofflampe ist ein kleiner doppelgewendelter Wolframdraht, der beim Anknippen genau wie bei jeder anderen Glühlampe zum Glühen gebracht wird. Innerhalb der Röhre befindet sich in kleinen Mengen Quecksilber, das von den Elektroden, die innerhalb dieses sehr schwer zu erklärenden Vorgangs auf die Wanderschaft geschickt werden, beschossen wird. Die dadurch entstehende Lichtenergie bringt den Leuchtstoff, der auf der Innenwand der Leuchtstofflampe angebracht ist, zum Leuchten. Bei der Leuchtstofflampe leuchtet also tatsächlich der ganze Stab, d. h. der Leuchtstoff, der innen auf dem Stab aufgetragen ist, nicht wie bei der Glühlampe der Wolframdraht. Dieser Leuchtstoff ist eine milchige Flüssigkeit, die von unten in die senkrecht auf der Pumpe stehende Röhre hineingepumpt wird, bis die Röhre voll ist, dann läßt man die Flüssigkeit wieder ablaufen, dreht den Stab um und pumpt den Leuchtstoff noch einmal hinein. Der Vorteil dieser Leuchtstofflampe beruht in der viel größeren Lichtausbeute und infolgedessen auch in dem viel geringeren Stromverbrauch.

Werfen wir nun noch einen Blick in die mechanische Werkstatt. In der die Maschinen für die Produktion Osram hergestellt werden. Allerlei große neue Maschinen gehen dort ihrer Vollendung entgegen, wovon wir natürlich nichts verraten wollen. Eine dieser Werkstätten angegliederte Lehrlingswerkstatt sorgt für den Nachwuchs bei Osram; denn man will von dem Prinzip nicht abgehen, die Maschinen, die man braucht, im eigenen Hause herzustellen. Die Osram-Lampe soll immer eine Qualitätslampe sein, und in dieser Branche spehelt man die besten Erfahrungen damit gemacht zu haben, daß man für diese Präzisionsarbeit die Maschinen selbst herstellt. Vielleicht werden da hinein auch ein paar Geheimnisse und Kniffe aus der jahrzehntelangen Erfahrung eingebracht, die das Ansehen der Osram-Lampe begründeten und aufrechterhalten.

Auf dem Heimweg von dieser Besichtigung wird ein Gefühl des Stolzes stark, eines Stolzes auf das eigene Volk; denn was die Osram-Leute nach 1945 geschafft haben, war schier übermenschlich.



Leuchtröhren am Prüfstand

deutlichsten, daß die Hälfte aller Arbeit an der Glühlampe kontrolliert ist. Die beiden Benutzersysteme müssen in der richtigen Stellung zueinander stehen, sonst funktioniert das Abbinden nicht. Sowohl das Einsetzen der Benutzersysteme wie das Geraderichten erfordert eine außerordentlich präzise Arbeit. An einigen Stellen der Fabrikation wird den Arbeiterinnen die Kontrolle dadurch erleichtert, daß sie die Glühlampen in einen Vergrößerungsapparat einpassen können, und sie sehen dann die kleine Bilux-Lampe in der Größe wie eine 200-Watt-Lampe. Da kann eigentlich kein Fehler mehr durchgehen.

Interessant ist auch die Herstellung der Lampen für die Stabbeleuchtung im Radioapparat. An sich ist das doch eine harmlose

